

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



9. Mai 1981
Jg. 2 Nr. 10

Preis:
2 DM



1. Mai: Viele Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD Seite 8



Parteitage UdSSR und Osteuropa: Sozialimperialistische Lockerungsübungen sollen „Schwierigkeiten“ im RGW beheben und Ausbeutungsrate steigern Seite 13



Weltkongreß des IMB: Rund 800000 Metallarbeiter in 3 1/2 Jahren neu organisiert Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

Kirchen: Kirchen und Aufrüstung: Staatsbeweihräucherung verduftet, Kanzler Schmidt stänkert	Seite 3
Kirchen und imperialistischer Krieg: Aus Kriegspredigten 1914—1918	Seite 4
Apels neues Traditionsbewußtsein	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Arbeitslosenversicherung: Gefährlicher Gegenzug der Kapitalisten für Ausdehnung der Niedriglöhne	Seite 7
Lohnbewegung: Problemstau bis 1982	Seite 7
1. Mai 1981: Viele Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD	Seite 8
Leistungsbeurteilung: Beamtenbund stellt Baum Bedingungen	Seite 10
Stahlindustrie: Rationalisierung, Entlassungen, Lohnsenkung in der BRD und der EG	Seite 10
BRD: Verbot des Waffenexports!	Seite 11
Italien: Gefährliche Spaltung in den Gewerkschaften ...	Seite 12
Parteitage UdSSR und Osteuropa: Sozialimperialistische Lockerungsübungen sollen „Schwierigkeiten“ im RGW beheben und Ausbeutungsrate steigern	Seite 13
Änderungen in Struktur und Arbeitsweise der PVAP vor dem Parteitag	Seite 14
Gewerkschaftsrecht in den Verfassungen	Seite 16
X. SED-Parteitag: Eher versteckte Reaktionen auf die Entwicklung in Polen	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Hoesch-Dortmund: Deutsche Bank rationalisiert: Schwierige Lage im Kampf gegen Entlassungen	Seite 19
Bauhauptgewerbe: Schlichtungsspruch ohne große Verbesserungen	Seite 19
HBV: Rationalisierung im Versicherungsgewerbe — Arbeitskreise der HBV	Seite 20
Wohnraumbesetzung: Bundespost besteht auf „friedlicher Nutzung“	Seite 21
Bauern: Steigende Versicherungslasten geplant	Seite 21
Heimarbeit: Die Löhne liegen ein Drittel unter dem niedrigsten Tariflohn	Seite 22
Daten zur Heimarbeit	Seite 23
Bayern: Reaktionäre Schulverfassung im Entwurf	Seite 23
Berufsschule: Kürzung des Berufsschulunterrichts geplant	Seite 23
Bundeswehr: Aufgaben des Vertrauensmann neu festgelegt	Seite 24
Westberlin: Die Aufgaben der Arbeiterbewegung bleiben	Seite 24
Landeskrankenhäuser: Von der Bewahranstalt zum Landeskrankenhaus. Zur Lage der psychisch Kranken in der Bundesrepublik	Seite 25
Gängige Methoden in der Psychiatrie: Bestenfalls Symptome verdeckt	Seite 26
Stichwort Landeskrankenhäuser	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
Libanon: Einkreisungsversuch gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation	Seite 29
OPEC: Imperialisten machen Druck auf den Ölpreis ...	Seite 29
Wahlen in Frankreich: Schwächung der PCF kompliziert die Lage	Seite 30
Irland: Besatzungstruppen trifft der Zorn über Sands Tod	Seite 30
Türkei-Hilfe: Massenprozesse, Rohstoffraub, Steuertreiberei	Seite 31
Namibia: Westmächte blockieren Südafrika-Sanktionen	Seite 31
Weltkongreß des IMB: Rund 800000 Metallarbeiter in 3½ Jahren neu organisiert	Seite 32
Asien: IMB gegen imperialistische Konzerne	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Filmrezension: „Eine ganz normale Familie“: ein oscarprämierter Versuch, die bürgerliche Familie zu retten	Seite 34
Sie kam und sie blieb	Seite 34
„Toleranz“ für die bürgerliche Ehe	Seite 34
Was tun gegen den „Apokalypso“?	Seite 35
Frisuren: Kurzhaarschnitte im Kommen, Dauerwelle setzt sich durch	Seite 35
Terrorismus-Debatte: Wieso ist die RAF in der Jugend populär?	Seite 36
USA: Waffenbesitzrecht: entstanden in der Kolonisierung Amerikas	Seite 37
Lohnhöhe und Ausbildung II	Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3–12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13–17) und Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln.

Kirchen und Aufrüstung: Staatsbeweihräucherung verduftet, Kanzler Schmidt stänkert

Die bürgerliche Öffentlichkeit reagiert gehässig: In den christlichen Kirchen macht sich die Strömung breit, Moralgrundsätze, die sich zur Handhabung unterdrückter Klassen durch herrschende Klassen vortrefflich bewährt haben, zur Beurteilung des politischen Handelns herrschender Klassen heranzuziehen. In den christlichen Kirchen greift die politische Opposition gegen die Aufrüstung der BRD um sich. Der Übergang von moralisierender Betrachtung des Zeitgeschehens zur Unterstützung sehr praktischer politischer Forderungen ist etlichen Theologen, Seelsorgern und Kirchenaktivisten eher überfällig als pflichtgemäß zuwider. „Das politische Interesse sucht sich seine moralische Rechtfertigung. Der evangelische Sozialdemokrat und Bundeskanzler Schmidt reagiert gehässig:

„Die Idee, die Bergpredigt unmittelbar auf die Außenpolitik unseres Staates zu übertragen, kann man leicht bewerten, indem man sie auf den extremen Fall anwendet: Was hätte es dem Frieden genützt, wenn ein ausländischer Staat Hitler oder Stalin auch noch die andere Backe hingehalten hätte? Das sind in ihrer Naivität absurde Vorstellungen, die völlig abstrahieren von der konkreten geschichtlichen Erfahrung ...

Ich war und bin allerdings der Meinung, daß es ein Irrtum wäre, die Bergpredigt als einen Kanon für staatliches

Handeln aufzufassen. So ist sie nicht gemeint gewesen; sie war zu einer anderen Zeit für eine andere Gemeinde in einer anderen Lage gesprochen.“

Die Bergpredigt, soviel ist wahr, wurde an die unterdrückten Klassen des alten Judäa gehalten mit dem Zweck, ihnen den Klassenkampf auszureden. Insofern weiß sich Schmidt in der Überlieferung, hat er doch als seines Führers treuer Frontoffizier moralisch diesem die Backen hingehalten bis zum letzten Schluß. Peinlich, weil so sehr aus dem Bedürfnis irgendeiner Rechtfertigung erwachsen, Schmidts Ausfälle gegen Stalin. Hat sich doch Schmidt mit seinesgleichen zum Angriff auf die UdSSR in Marsch setzen lassen. Wo käme die Bundesrepublik Deutschland hin, wenn die Theologie aufhörte, ein solches Verhalten zu rechtfertigen? Sie kann das nämlich ausgezeichnet. Einen schönen Extrakt der staatstragenden Aspekte des Christentums lieferten 1952, in der Debatte um die Wiederbewaffnung der BRD, die evangelischen Landesbischöfe Westdeutschlands in einer Denkschrift:

„Die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags hat die deutsche evangelische Christenheit weithin in Verwirrung und Gewissensnot gebracht. Trotzdem halten wir es nicht für eine Aufgabe der Kirche, die politische Frage zu beantworten, ob unter heute ge-

gebenen Umständen ein deutscher Beitrag zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft ratsam ist oder nicht. Wir versuchen, auf diese Frage eine Antwort zu geben, so weit sie das Gewissen betrifft ...

Um sich der Gewalt zu erwehren, haben die Staaten eine Polizei und ein Heer. Sie haben sie so lange mit Recht, als sie diese Machtmittel im Dienste des Rechts und zur Abwehr des Unrechts verwenden ...

Es ist dem Christen nicht erlaubt, diese Tatbestände zu leugnen. Es ist vielmehr seine Pflicht, sie in seine Verantwortung aufzunehmen ...

Gewiß war Gottes Gericht am Werk, als uns nach dem letzten Krieg die Waffen aus der Hand geschlagen wurden. Und gewiß folgt daraus, daß wir sie nicht zu dem Zweck wiederaufnehmen dürften, um mit abermaligem Vertrauen auf die Gewalt unsere alte Machtstellung wieder zu erobern.

Es hieße aber den Weg einer selbstgewählten, nicht von Gott befohlenen Buße gehen, wollten wir sagen, es sei unserem Volke auch verwehrt, gemeinsam mit anderen Völkern diese und uns, den Frieden und das Recht vor einer erneuten Bedrohung durch die nackte Gewalt zu schützen. Der Wille eines Volkes zum Frieden erfordert aber nicht zugleich die Bereitschaft, selbst dauernd waffenlos zu sein; denn schon oft hat die Waffenlosigkeit derer, denen es mit Recht und Frieden ernst war, die Kriegsgefahr erhöht, sobald waffenlose Räume zum Zugriff verlocken.“

Die glatte Verpflichtung des Christen auf „Tatbestände“, die von ihm eine verantwortliche Beteiligung an Polizei und Militär geradezu fordern, erlaubte den Handlangern des Faschismus die moralische Reorganisation und der westdeutschen Monopolbourgeoisie die Reorganisation von Polizei und Heer. Wer hätte schon (und wann genau) erkennen sollen oder können, daß Polizei und Reichswehr nicht mehr im Dienste „des Rechts“ standen? Und wer wollte der Bundesrepublik schon die Verpflichtung auf „das Recht“ abstreiten?

Wie bewerkstelligen heute die evangelischen und katholischen Christen ihre Befreiung aus dem politischen Gefängnis derartiger Gedankengänge? Die katholische Kirche (in der Lehre auf diesem Gebiet im wesentlichen einig mit den evangelischen Kirchen) hat einen sehr praktischen Weg auf ihrem



1. Mai-Demonstration 1981 in Hamburg

Kirchentag 1980 in Westberlin gefunden. Die katholische Kirche rühmt sich des Widerstandes der katholischen Jugendbewegung und der katholischen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus; kritische Bemerkungen über die offizielle Kirchenpolitik werden geschmacklos benutzt, um den Glanz der Bekenner zu erhöhen. Die Schlußfolgerung jedoch, der Bogen zurück zur Geschäftsordnung, nimmt sich in den Kirchentagsprotokollen so aus:

„Es ist nicht nur ein Mißbrauch, sondern eine Verballhornung jener Ereignisse von 1942/1943, wenn sie als ein Beispiel für den Widerstand gegen politische Mißstände in unserer Gegenwart in Anspruch genommen werden. Wir haben wieder einen Staat. Wir haben eine Demokratie, und die Justiz ist nicht mehr die Magd eines von Haß und Rassenwahn verblendeten Diktators. Ein politischer Widerstand gegen politische Mißstände heute und jener Widerstand gegen einen Hitler sind nicht vergleichbar. Vor zwei Monaten, am Jahrestag der ersten Hinrichtungen von Hans und Sophie Scholl, von Kurt Huber und Alexander Schmorell, lagen an der Gedenktafel für die Weiße Rose im Lichthof der Universität reihenweise Kränze mit aufdringlich beschrifteten Schleifen, angefangen vom Deutschen Gewerkschaftsbund bis DKP, Spartakus und anderen linken Gruppen, ein eher makabres Schauspiel ... Hier konnte man sehen, wohin es führt, wenn die jungen Männer und Mädchen der weißen Rose als politische Beispiele in Anspruch genommen werden.“

Die katholische Kirche strebt also eine Versöhnung mit der und eine Aufmunterung zur Einlassung auf die staatliche Gewalt an durch Rückgriff auf die Berechtigung des Widerstandes gegen den Faschismus und die Nichtberechtigung gegen die Entschlüsse der Staatsmacht heute. Daß diese Strategie nicht ganz befriedigende Ergebnisse hat, zeigt die Zusammenfassung des Berichterstatters über die Diskussion „Helfen – Frieden schaffen“:

„Befürworter eines Friedensdienstes mit der Waffe und eines gewaltlosen Dienstes hielten sich im Plenum die Waage. Eine junge Hamburgerin warnte als erste vor der sowjetischen Bedrohung, bekannte sich zur Bundeswehr und setzte sich für kontrollierte Abrüstung überall in der Welt ein. Wehrdienstverweigerer dagegen meinten, Christen müßten als erste auf Rüstung, Waffen und Militär verzichten, um damit ein Beispiel zu geben ... Ein junger Wehrpflichtiger meinte, wenn er demnächst die Uniform anziehen müsse, dann tue er dies, um sicherzustellen, daß in diesem Staat jeder das Recht hat, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Daß Militärdienst auch Friedensdienst sein kön-

Kirchen und der imperialistische Krieg: Aus Kriegspredigten 1914 – 1918

Christoph Blumenhardt, Morgenandacht am 7. August 1914: „Nein wir wollen keinen Krieg, um keinen Preis, haben die Leute gesagt. Die große Friedensgesellschaft ist auch gut gewesen, aber genutzt hat sie nichts. Es kommt, es ist der Herr. Und so müssen wir es uns jetzt gefallen lassen und mit rechter Ausdauer.“

Frankfurter Zeitung

Kontinental 1. Februar

Die Blockade Englands.

Berlin 1. Februar 1915. (N.B. Hirsch): Der „Hochland“ zeigt selbst im östlichen Teil folgende Felseninschrift.

1. Der Herrscher muss sich nicht nur auf die Macht der Flotte verlassen, sondern auch auf die Macht der Landarmee. Die Flotte ist die Hand, die den Herrscher stützt, die Landarmee ist die Hand, die den Herrscher schlägt. Die Flotte ist die Hand, die den Herrscher stützt, die Landarmee ist die Hand, die den Herrscher schlägt.
2. Auch unsere Flotte ist in der Lage, die Flotte der anderen Nationen zu schlagen. Die Flotte ist die Hand, die den Herrscher stützt, die Landarmee ist die Hand, die den Herrscher schlägt.
3. Die Flotte ist die Hand, die den Herrscher stützt, die Landarmee ist die Hand, die den Herrscher schlägt.

Berlin, 1. Februar 1915.

Der Chef des Admiralstabes
gen. a. Flot.

Martin Rade, 1915: „Nun wird der Krieg interessant. Nun ist es eine Lust zu leben. Jetzt geht alles Volk in die Schützengräben.“

Cottfried Traub, 1917: „Zum neuen Jahr kenne ich nur eine einzige Losung. Sie lautet: Unerschütterlicher Siegeswille. Wenn nicht alles trägt, fallen in ihm die großen Entscheidungen ... Unsere Braven draußen müssen noch einmal alle Kraft zusammennehmen, und es tut uns bitter leid, daß wir ihnen keine andere Aussicht eröffnen können. Aber England will es so. Es will seine Vorherrschaft bis zum letzten Atemzug verteidigen. Ehe England zum Frieden genötigt wird, erhält Europa keine Ruhe.“

Balthasar Poertner, Brief an den Herausgeber des „Hochland“ (katholische Zeitschrift): „Oh, heiliger Krieg, der solche bis dahin verborgene religiöse Kräfte in einem Volk zur Entfaltung bringt, das hat Gott in seinen Weltregierungsplan wohlweislich aufgenommen, um unseres deutschen Volkes Seele, die Religion, wieder in alter Kraft erstehen zu lassen.“

Poertner 1915: „Viele von denen, die da vor mir liegen, sind schon im

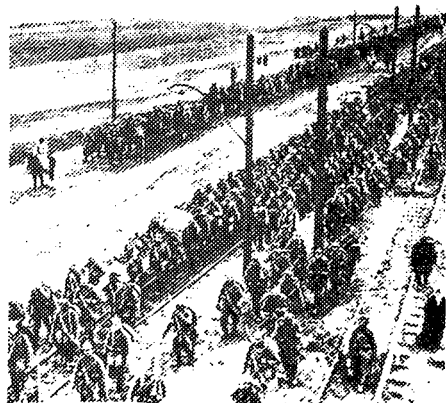
Jenseits, ihre Leiber aber liegen in Soldatengräbern bei Hohenstein, wo sie in fünftägigem Kampf die in der heiligen Kommunion erhaltene göttliche Kraft wohl nötig hatten.“

Carl Muth, Herausgeber des „Hochland“: „Denn Christus will den Frieden und nicht den Krieg. Aber wie er sich selbst geopfert hat, um den Menschen die Versöhnung zu bringen, so segnet er auch jeden, der das Opfer seines Lebens bringt zum Zweck des Krieges.“

Gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Erzbischöfe 1917: „Gebet Gott, was Gott ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist ... Je eifriger wir den religiösen Pflichten nachkommen, desto bessere Staatsbürger werden wir sein, treu dem Kaiser und dem Landesfürsten ... Mit unerschütterlicher Treue und opferfreudiger Hingebung stehen wir daher zu unseren Herrschern von Gottes Gnaden.“

Allgemeine evangelisch-lutherische Kirchenzeitung, Landesverrat: „Jetzt hört man von Fernernisierung und Besuchen in den gegenüberliegenden Schützengräben. Deutsche mit Franzosen, sogar Deutsche mit Engländern. Wie ein Stich ging es uns daheim durchs Herz ... Jeder Feind, den du erschlägst ist ein Teil Befreiung des Vaterlandes, dein Volk dankt es dir und dein Gott segnet es dir. Es ist echte Nachfolge Christi, kühn in den Kampf für die Brüder zu gehen und sein Leben einzusetzen und die ‚Wölfe‘ tot zu schlagen.“

Die Zitate sind entnommen aus: Hammer, „Deutsche Kriegstheologie“, München 1971; „Kriegspredigten aus dem großen Krieg 1914 und 1915“, Stuttgart 1915; „Der Dienst am Volk“, Herg. v. J. Rump, Leipzig 1916.



„Auf dem Ostermarsch“

ne, meinte abschließend ein anderer Diskussions Teilnehmer unter Hinweis auf das erst kürzlich befreite Nicaragua.“

Hieraus läßt sich schon erschließen, daß auch in der katholischen Christenheit die Berechtigung der westdeutschen Monopolbourgeoisie, ein Heer hochzurüsten, ja zu unterhalten, umstritten ist und die Volksmeinung, nach der bewaffnete Befreiungskriege und Aufstände etwas anderes sind als imperialistische Raubkriege, durchaus verbreitet. Andererseits kann von einer Erschütterung der katholischen Lehre bzw. von einem Eindringen der politischen Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie in diese Lehre noch nicht recht gesprochen werden. Dies ist in Reihen der evangelischen Kirchen anders. Auf dem evangelischen Kirchentag 1979 kam es zu folgenden Auslegungen des Mottos „Für den Frieden kämpfen – gegen Gewalt leben“:

„Nebenbei bemerkt: die Aussagen des Neuen Testament über den Staat sind nicht in Einklang zu bringen mit der Theorie von einer herrschaftsfreien Gesellschaft, wie wir sie heute vielfach vorfinden. Staat hat nun einmal mit Gewalt etwas zu tun. Zweite Nebenbemerkung: Da der Staat mit Gewalt zu tun hat, muß er auch mit Gegengewalt rechnen. Revolution der Bürger gegen eine korrupte Staatsführung kann nicht als illegitim bezeichnet werden. Sie kann, so weit es sich um eine ge-

waltsame Revolution handelt, nicht den Namen ‚christlich‘ annehmen, aber sie kann von den Christen nicht einfach als illegitim bezeichnet werden.“

Verständlich, daß Präsident und Kanzler der Republik wegen solcher Äußerungen Kopf stehen. Verständlich umso mehr, als auch praktisch naheliegende Konsequenzen aus der – denkbaren – Illegitimität einer staatlich organisierten Herrschaft gezogen werden.

„Wir möchten unseren Abgeordneten signalisieren: Es gibt Wähler, mit denen könnt ihr rechnen, wenn ihr aktive Abrüstungs- und Entspannungspolitik betreibt, und wir möchten denen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs signalisieren: Ihr könnt vor Euren Völkern die sicherheitsbegründete Aufrüstung nicht aufrecht erhalten, weil diese Begründung nicht mehr stimmt.“

Im Vortrag dieser politischen Taktik ist ein Zweifel an der Friedfertigkeit der BRD enthalten. Der Besorgnis anderer Völker, die NATO und die BRD bedrohten sie mit ihrer Rüstung, wird eine Berechtigung eingeräumt. Die Diskussion in den Kirchen wäre mithin auf einem Punkt angekommen, der für den weiteren Fortgang der Bewegung gegen die Aufrüstung sehr bedeutsam sein wird: Läßt sich diese Bewegung ablenken von der Absicht, kriegsvorbereitende Schritte der BRD, die im Ermessen der Bundesregierung getan

werden, zu durchkreuzen, läßt sie sich also von so klaren Forderungen wie Rücknahme des Stationierungsbeschlusses für die Mittelstreckenraketen ablenken und gibt diese Punkte auf zugunsten der Verfechtung allgemeiner Abrüstungsvorschläge, ist ihre zuerst politische und dann ideologische Niederlage sicher.

In der heutigen Weltlage sind bloß zwei Entwicklungsrichtungen möglich: Entweder die unterdrückten und ausgebeuteten Völker der imperialistischen Ländern sind bereit, je ihrer eigenen Bourgeoisie in den Arm zu fallen und deren Kriegsvorbereitungen zu unterbinden; in diesem Falle wird sich zeigen, daß die internationale Solidarität sich sogar an bescheidensten Erfolgen schwungvoll entzündet – oder aber die Völker lassen sich darauf ein, gemeinsam mit ihrer Bourgeoisie den anderen Vorleistungen abzuverlangen. In diesem Falle wird die Entwicklung eines chauvinistischen Hexenkessels nicht zu vermeiden sein, der in kriegsrische Verwicklungen treiben wird.

Die Maidemonstrationen dieses Jahres zeigten in ihrer Parolenvielfalt, daß diese Frage auch in der Arbeiterbewegung noch nicht entschieden ist. Die Parole „Reagan, Breschnew und Schmidt – Wir machen Euren Krieg nicht mit“ führt jedenfalls eine klare Sprache, die Parolen, die nach „Abrüstung in Ost und West“ rufen, engen den Spielraum imperialistischer Politik nicht ein.

Apel: Neues Traditionsbewußtsein

Die Bundesregierung und alle bürgerlichen Parteien versuchen seit den heftigen Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf, den Hausbesetzungen und dem Kampf gegen die Isolationshaft, „Brücken“ zur Jugend zu schlagen. Bundeskanzler Schmidt hat auf dem Kant-Kongreß die staatsphilosophische These aufgestellt, „daß der Konflikt eine positive Funktion für den Fortschritt hat“. Minister Hauff schlägt vor, daß bei Berufsverboten gegen Kommunisten auch eine Beschäftigung als Angestellte im Öffentlichen Dienst möglich sein soll. Der Bundestag hat eine Enquete-Kommission zur Aufklärung der „Jugendunruhen“ gebildet. Carstens lädt 700 Jugendliche ins Bundespräsidialamt ein.

Verteidigungsminister Apel hat mit 50 Vertretern gesellschaftlicher Gruppen eine zweitägige „Traditionsdebatte“ durchgeführt. Nach der Konferenz erklärte Apel mit Hinweis auf die Auseinandersetzung um die öffentlichen Gelöbnisse, daß der Tra-

ditionserlaß der Bundeswehr abgeschafft wird. Vorausgegangen waren verschiedene Stellungnahmen auf dem Kongreß. Generalinspekteur Brandt beklagte die mangelnde Verteidigungsbereitschaft bei einem militärischen Angriff.

Auch wenn Apel jetzt den Traditionserlaß fallenläßt, ist die Politik, die das Verteidigungsministerium einschlägt, nicht anders. SPD-Abgeordneter Ehmke beklagte, daß die Bundeswehr gar keine Tradition hat, sondern nur Rituale. Bereits vor dem Kongreß ist ein Artikel von Generalleutnant Dr. Günther Kießling in der „Europäischen Wehrkunde“ erschienen. In diesem Artikel schreibt der eher konservative „Truppenführer“, daß der Traditionserlaß ein „Stück Papier“ geblieben ist. Er schlägt die Schaffung von neuem Traditionsbewußtsein auf Grundlage des Traditionserlasses vor. Damit entsteht eine scheinbare Differenz zum Verteidigungsminister, der den Traditionserlaß abgeschafft wissen will. Diese Differenz ist aber gering. Sicher ist es nicht schlecht, daß sich die reaktionären Kräfte nicht mehr auf den Traditionserlaß beziehen können.

Das wird Apel aber nicht daran hindern, auf die Schaffung eines Traditionsbewußtseins einzuwirken, das von reaktionären Interessen ausgeht. Apel schrieb bereits 1979 im Weißbuch, daß das Grundgesetz zur Grundlage eines „gesicherten Traditions- und Geschichtsbewußtseins gemacht werden muß“. Dem wird auch Generalleutnant Kießling nicht widersprechen, der weitere Vorschläge für die Traditionspflege macht:

„Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls und daraus folgende Traditionspflege in den Bataillonen.“ Dieser Vorschlag kann durchgesetzt werden, wenn – weniger Umgliederungen und Umbenennungen durchgeführt werden, – in der Regel jeder Soldat in seiner ganzen Dienstzeit in seinem Bataillon bleibt, – die Bataillone ein Abzeichen erhalten. Kießling behauptet, daß diese Maßnahmen das „Heimatgefühl“ stärken, das „Verantwortungsbewußtsein“ vergrößern, den „Generationenkonflikt“ abbauen, die „militärischen Formen und Feiern“ verbessern und schließlich eine eigene Tradition in der Bundeswehr bilden.

KFZ-Exportbeschränkung: FAZ denkt laut

Nachdem der US-Handelsbeauftragte in Tokio die „Stimmung im Kongreß geschildert“, also ein Importbeschränkungsgesetz angedroht hatte, verkündete die japanische Regierung eine „freiwillige Selbstbeschränkung“ des Automobilexports in die USA. Maximal 1,68 Mio. Fahrzeuge sollen im kommenden Jahr exportiert werden, 7,7% weniger als im letzten. Damit zügeln die US-Automobilkonzerne etwas ihre Konkurrenten auf dem Markt und schaffen sich Luft für die gegenwärtige Umwälzung des Produktionsapparates. — Neben Kanada wird auch die EG-Kommission entsprechende Regelungen verlangen. Die japanische Regierung hat bei verbindlichen Zusagen für die EG schon abgewunken. Daraufhin hat Lambsdorff gedroht, die BRD dürfe kein Ausweichmarkt für die japanischen Beschränkungen in die USA werden. Die FAZ hat empfohlen, von Einfuhrbeschränkungen in die BRD abzusehen. Der „japanische Schock“ sei schließlich durchaus „recht heilsam“ gewesen. Nicht nur technisch, auch moralisch habe die BRD-Industrie die Herausforderungen angenommen. Die FAZ empfiehlt eine chauvinistische Rezeptur.

Internationaler Roma-Kongreß

Vom 16. bis 20. Mai 1981 findet in Göttingen der 3. Internationale Roma-Kongreß statt. Die Internationale Romani-Union und der Verband Deutscher Sinti rufen dazu auf. Sie haben die Gesellschaft für bedrohte Völker mit der Organisation des Kongresses beauftragt. Ziel ist u.a., über den Völkermord unter der Herrschaft des deutschen Faschismus aufzuklären.

Lohnsenkungen wirken sich aus

Bei einer Inflationsrate von durchschnittlich 5,6%, bei Nahrungsmitteln sogar von 5,8%, stagnierte der Einzelhandelsumsatz im März gegenüber dem Vorjahresmonat. Das heißt, der Konsum der Volksmassen verringert sich, und zwar noch mehr, als diese Zahlen andeuten. Der Umsatz

stieg nämlich für Luxuswaren, z.B. aus Reformhäusern, während er z.B. bei den sog. „Gebrauchsgütern“ sank, bei Textilien z.B. um 2%. Frisches Obst und Gemüse ist, wie die „Frankfurter Allgemeine“ hämisch bemerkte, für die Lohnabhängigen nahezu unerschwinglich. Die Preise stiegen bis zu 20%, für Äpfel z.B. um 13,6%, für Kartoffeln um 14,3%. Eine neue Preiswelle kündigte jetzt der Lebensmittel Einzelhandel an für Brot, Milch- und Fleischwaren.

Gewerkschaften gegen Ford-Pläne

Die Amsterdamer Ford-Arbeiter, die gegen die Schließung des Werkes und 1300 Entlassungen kämpfen, erhalten internationale Unterstützung. Die Metallgewerkschaften aus der BRD, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden beschlossen, daß jede Verlagerung der Produktion in andere europäische Ford-Werke, jede Mehrarbeit aufgrund der Werkschließung boykottiert wird. Ford bereitet die Verlagerung der Produktion des Ford-Transit nach Langley in Großbritannien vor.

VDS-Demonstration am 3.6.81

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) rufen für den 3.6. zu einer zentralen Demonstration in Bonn gegen die geplante Änderung des BAFöG auf. Der Aufruf wurde vom Zentralrat der VDS verabschiedet, der aus 30 Ästen besteht und zwischen den Mitgliederversammlungen die Arbeit der VDS koordiniert. Der Aufruf fordert u.a.:

- Sofortige Anhebung des BAFöGHöchstsatzes auf 750. und des Elternfreibetrages auf 1500.-!
- Keine Verschiebung der Anpassung!
- Jährliche Anpassung der BAFöG-Sätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten!
- Erhöhung des BAFöG-Haushaltes auf Kosten des Rüstungshaushaltes!

Im Aufruf sind im einzelnen die geplanten Auswirkungen der Novelle kritisiert. Am 1.10. würden bei Verabschiedung des Gesetzes praktisch alle BAFöG-Bezieher weniger Geld erhalten, da die Nominallohnsteigerung der Eltern zu-



100000 Bauern aus ganz Italien demonstrierten am 27.4. in Rom gegen die drastische Verschlechterung ihrer Einkommen. Bei 22% Inflation und noch höheren Preissteigerungen für Produktionsmitteln ist die geringfügige Erhöhung der Erzeugerpreise nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die EG fördert die Vernichtung der kleinen Bauern: Während immer mehr Bauern auf den Arbeitsmarkt strömen und Landwirtschaftsfläche brachliegt, steigt die negative Außenhandelsbilanz für Nahrungsmittel 1980 auf 8606 Mrd. Lire (ca. 17 Mrd. DM).

sammenfällt mit der ausgesetzten Anpassung und den gesunkenen relativen Freibeträgen für Kinder. Am 6.5. fand bereits ein bundesweiter Aktionstag gegen die Novelle statt, der an den Fachhochschulen mit Streikaktionen verbunden war. Gleichzeitig streiken an den meisten medizinischen Fachbereichen die Studenten gegen Durchfallquoten von bis zu 80% bei der letzten Physikumprüfung. Regierungsstellen haben bereits eine Prüfung der Forderungen der Medizinstudenten zugesagt und sind vereinzelt mit Studentenvertretern in Verhandlungen getreten. Der Termin für die zentrale Demonstration ist gut gewählt, da er noch vor der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag liegt.

USA sabotieren Weltbaumwollabkommen

Zum 1.5. ließen die USA erneut die UNCTAD-Verhandlungen über ein Weltbaumwollabkommen platzen. Sie lehnen, gestützt auf ihre Stellung als größter Einzelexporteur und stellvertretend für die EG und Japan, Preisregulierungen ab. Die Länder der Dritten Welt, die 80% der Weltbaumwolle produzieren, ohne daß sie gegenüber den imperialistischen Monopolen eine Kontrolle über die Preise hätten, fordern Ausgleichslager zur Stabilisierung der Weltmarktpreise. Die Sowjetunion will nur nationale, aber keine internationalen Ausgleichslager zulassen.

USA: Demonstration gegen Kriegspolitik

Nahezu 100000 demonstrierten am 3. Mai in Washington unter der Parole „Stoppt die US-Kriegsvorbereitungen“. U.a. hatten auch verschiedene US-Gewerkschaften zur Demonstration aufgerufen. Sie wenden sich gegen die Kürzung der Sozialprogramme bei Steigerung der Rüstungslasten.

Japan: Ergebnisse der Frühjahrsoffensive

Im Rahmen der Frühjahrsoffensive der japanischen Gewerkschaften (s. Pol. Ber. 6/81, 9/81) traten Ende April die Beschäftigten der Privatbahnbetriebe in den Streik, angedrohte Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst wurden nicht durchgeführt. Den Beschäftigten der staatlichen Bahnen war unter 7,5% angeboten worden, anderen Staatsbediensteten gar nur 4,4%. Die in der privaten Wirtschaft bis Anfang Mai abgeschlossenen Lohnerhöhungen lagen mit durchschnittlich 7,6% unter der gleichzeitig von der Regierung bekanntgegebenen Inflationsrate von 7,8%. Das Handelsblatt urteilte: „gesamtwirtschaftlich vertretbarer Kompromiß“. — Unter dem Eindruck der Gewerkschaftskampagne gegen Aufrüstung mußte der japanische Premierminister vor seiner Amerika-reise die US-Aufrüstungs-forderungen gegenüber Japan zurückweisen. Die Verwirklichung dieser Rüstung bedeute den Sturz der Regierung.

Arbeitslosenversicherung

Gefährlicher Gegenzug der Kapitalisten für Ausdehnung der Niedriglöhne

Vorstand und Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg haben beschlossen, der Bundesregierung einen Nachtragshaushalt zu präsentieren. Bereits Anfang des Jahres hatte Stingl, der Präsident der Bundesanstalt, die „Handlungsfähigkeit der Arbeitsverwaltung“ infolge Geldmangels bei steigenden Arbeitslosenzahlen bekundet. Jetzt drohe Zahlungsunfähig-



„Es geht der Bundesregierung nicht darum, irgendwo finanzielle Mittel zusammenzukratzen... Hier geht es vielmehr darum, den moralischen Aspekt der Sache zur Geltung zu bringen.“

keit. Etwa 4,2 Mrd. DM seien nötig. Bei der für die zweite Mai-Hälfte angekündigten Regierungsentscheidung geht es um mehr als ein halbes Prozent Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung.

Die Vertreter der Kapitalisten im Verwaltungsrat der Bundesanstalt hatten bereits Ende vergangenen Jahres dem Haushalt die Zustimmung verweigert. Unter Einsatz von 3,5 Mrd. DM aus der Rentenversicherung wurde mit Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter ein Ausgabevolumen von 23,8 Mrd. DM festgelegt und von der Bundesregierung bestätigt. Die Kapitalistenpresse machte sich lustig über den „getürkten Haushalt“. Ende Dezember hatte die Arbeitslosigkeit bereits die Zahl von 1,1 Mio. gemeldeten Arbeitslosen überschritten. In den ersten Monaten dieses Jahres stieg sie weiter auf über 1,2 Mio., und nach den jüngsten Schätzungen der Wirtschaftsinstitute wird ein Jahresdurchschnitt von 1,25 Mio. gemeldeter Arbeitsloser für 1981 erwartet. Mit einer Rate von 5,3% wäre dies der höchste Stand der Arbeitslosigkeit in den letzten 25 Jahren, bezogen auf den Jahresdurchschnitt.

Die Kapitalistenvertreter im Verwaltungsrat der Bundesanstalt verlangten darauf „weitergehende Maßnahmen“: von „einer mehr kostenbewußten Praktizierung bestimmter Maßnah-

men“ bis zur „generellen Überprüfung der Anordnungen des Verwaltungsrats und darüberhinaus auch der Revision gesetzlicher Normen, z.B. hinsichtlich ungerechtfertigter lohnsteuerrechtlicher Vorteile bei Arbeitslosigkeit“. Diese Forderungen wurden Ehrenberg in einem Brief des Vorstands der Bundesanstalt präsentiert.

Am 8. April beschloß das Bundeskabinett die „Förderung wirtschaftlicher Umstrukturierung und Anpassung“. In dem 10-Punkte-Programm werden den Kapitalisten 6,3 Mrd. DM verbilligter Kredite in Aussicht gestellt zur Finanzierung von Energie einsparenden Investitionen und für die Umrüstung auf neueste Technologien. Soweit dazu erforderlich, sollen auch Mittel für die „Anpassung der beruflichen Kenntnisse“ bereitgestellt werden. Im Punkt 8 des Programms erklärt die Regierung: „Der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes soll entgegengetreten werden.“ Ehrenberg wurde mit der Vorlage eines geeigneten Maßnahmenkatalogs beauftragt. Ehrenberg eröffnete prompt die Liste der „Ansatzpunkte“ zum Vorgehen gegen den „Mißbrauch der Arbeitsförderung“: Der „Betrug“ bei den Selbständigen durch Beschäftigung von arbeitslos gemeldeten Familienangehörigen im eigenen Betrieb müsse aufhören ebenso wie die Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld für den Übergang zur Rente mit 59 Jahren, vor Zahlung von Kurzarbeitergeld an die Beschäftigten der einen Abteilung müßten erst die Überstunden der Beschäftigten der anderen Abteilung verrechnet werden, und schließlich sei es doch „finanziell und moralisch“ höchst verwerflich, daß „Arbeitslose durch den Lohnsteuerjahresausgleich oft mehr Geld haben, als Arbeitnehmer, die das ganze Jahr über arbeiten“. Der hessische Wirtschaftsminister Karry entdeckte, daß „pünktlich zu Beginn und zu Ende der Urlaubszeit die Arbeitslosenziffern fallen bzw. wieder ansteigen“, und die Bildzeitung wußte es ja schon lange: „Blaumachen, Alkohol: 1,2 Millionen Deutsche gefeuert“ (28.4.81). Ähnlichkeiten mit der Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen sollen sicher so zufällig sein, wie das bei dieser Zeitung so üblich ist.

Fest steht: Von 100 gemeldeten Arbeitslosen erhielten 1980 überhaupt bloß 64 „Leistungen“ (1975: 75). Von diesen wiederum erhielten 21,5% Arbeitslosenhilfe (1973: 13%). $\frac{2}{3}$ der Lei-

stungsempfänger hatten vorher weniger als 2000 DM brutto und somit ein Arbeitslosengeld von weniger als 950 DM im Monat. Es handelt sich also um die Beschäftigten aus vorwiegend niedrig bezahlten Tätigkeiten, auf die jetzt der Druck per Arbeitsförderungsgesetz erheblich ausgedehnt werden soll. Finanzielles Elend und moralische Degradation dieses Teils der Beschäftigten sind von den Kapitalisten beabsichtigt. Das paßt zu ihren Vorhaben der „technologischen Umstrukturierung und Anpassung“ ebenso wie zu der von ihnen geforderten „Differenzierung der Entlohnung“. Für die Gewerkschaften ist mehr und anderes ge-



„Und der Mensch braucht Arbeit. Er braucht sie – nicht nur, weil er vor Langeweile erstickt, sondern weil er erkennen will, welchen Wert er schaffen kann.“

boten als Überlegungen zur „Haushaltsdeckung“, die am Ende noch zu weiteren Sondersteuern führen, wie z.B. der Vorschlag der „Arbeitsmarkt-abgabe für Beamte und Selbständige“, wenn nicht eine Flanke aufreißen soll, durch die alle Positionen im Kampf gegen die niedrigsten Löhne und um den Lohnstandard zunichte gemacht werden können.

Lohnbewegung Problemstau bis 1982

Der 4,9%-Abschluß der IG Metall wird gegenwärtig noch sehr verschieden beurteilt. Innerhalb des Kapitalistenlagers melden sich stereotyp jene, denen noch jeder Tarifabschluß zu hoch war. Innerhalb des Gewerkschaftslagers melden sich jene, die noch für jeden Abschluß gute Worte fanden. Diese Stimmen vor einer Würdigung herauszufiltern, ist schon geboten; denn für die aktuelle Lohnsituation sind Bemerkungen nicht aufschlußreich, deren allgemeiner Grund sich aus dem Interesse der Kapitalisten ergibt, den Lohn so weit irgend möglich zu senken. Genauso wie Bemerkungen, getan aus dem Grund, die er-

folgreiche Tätigkeit von Verbandsführern für innerverbandliche Zwecke herauszustreichen, am Problem vorbeigehen.

Die Kapitalisten hatten gegenüber den Lohnbewegungen dieses Frühjahres ein bestimmtes Ziel: Sie wollten einen Abschluß, der unterhalb der laufenden Inflationsrate liegen sollte. Die laufende Inflationsrate liegt bei 5,6%; das heißt, der Metallabschluß liegt mehr als ein halbes Prozent unterhalb derselben. Allerdings laufen Prognosen um, wonach die Teuerungsrate zum Jahresende bei 4,0% liegen würde und 1981 dann im Jahresdurchschnitt bei 5,0% gelegen hätte. Sollte diese Prognose zutreffen, so würde eine Beurteilung dieses Abschlusses sich zuerst einmal danach richten müssen, wie weit durch ihn die effektiven Löhne und Gehälter gesichert wurden. Da ist allerdings nichts Gutes zu erwarten.

Wahrscheinlich ist jedoch die folgende Entwicklung: Die Inflation wird auch im Durchschnitt des Jahres 1981 über 5% liegen. Der Kostendruck auf die Lohnabhängigen mit niedrigem Einkommen wird überproportional zunehmen. Die Entwicklung der effektiven Löhne und Gehälter wird hinter dem Tarifabschluß zurückbleiben. Die gegenüber 1980 erheblich gesteigerte Steuer- und Abzugslast wird die Kaufkraft zusätzlich schmälern. Die sinkende Beschäftigung wird die Familieneinkommen treffen. Die technische Umgestaltung der Produktion wird die Belastung der Arbeitskraft spürbar steigern. Die neu gewählten Betriebsräte werden alle Hände voll zu tun haben, um vorteilhafte Regelungen zu erhalten und um die weiter um sich greifende Einführung von Akkord- und Schichtarbeit abzuwenden.

Ungefähr bis August/September werden in den Gewerkschaften diejenigen merklich ruhiger werden, die diesen Abschluß noch zu loben wußten. Bald wird sich die Frage stellen, mit welchen Forderungen die IG Metall in die Lohnbewegung 1982 geht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sich das Bedürfnis einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltseinkommen ergeben, zumal in dieser Hinsicht nichts erreicht wurde. Wenn aber die Gewerkschaftsbewegung das steuereinnehmende und versicherungslastentreibende Wesen der Bundesregierung ebenso hinnimmt wie die Arbeitsbedingungen, die für in diesen Lohn- und Gehaltszonen Beschäftigte besonders drückend sind, so wird sich abermals zeigen, was unserer Meinung nach sich bereits in der Lohnbewegung dieses Jahres gezeigt hat: Wenn nicht eine Besserung der Lage jener Arbeiter und Angestellten erzielt werden kann, die zu niedrigsten Löhnen und Gehältern vernutzt werden, sinken die Löhne im Ganzen.

1. Mai 1981

Viele Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD

Die Maidemonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes standen in diesem Jahr unter dem Motto *Vollbeschäftigung – Mitbestimmung – Soziale Sicherheit – DGB*. Zehntausende beteiligten sich an den Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen des DGB. Viele Redner der Einzelgewerkschaften und des DGB gaben sich Mühe, die Themenstellung des DGB in ihren Reden darzulegen. Andere Redner, vor allem der Bundeskanzler und einige Bundestagsabgeordnete, meinten den Kundgebungsteilnehmern das Regierungsprogramm einpacken zu können. Das provozierte die Teilnehmer. Kanzler Schmidt forderte und prophezeite „Einbußen“ für viele Lohnabhängige in seiner Rede in Duisburg. Bundesarbeitsminister Ehrenberg propagierte in Siegen die Sozialpolitik der Bundesregierung. SPD-Fraktionschef Wehner rühmte in Recklinghausen die neue Montan-Mitbestimmungsregelung beim Mannesmann-Konzern. Norbert Blüm von den CDU-Sozialausschüssen sprach sich für „Lohnzurückhaltung“ und mehr Investitionen aus.

Die Kundgebungsteilnehmer wandten sich mit ihren Forderungen, die sie auf den Demonstrationen mitgetragen hatten, gegen die Maßhaltappelle der bürgerlichen Politiker. Arbeitszeitverkürzung, Keine Nacht- und Schichtarbeit, Tarifvertrag für kirchliche Mitarbeiter, Forderungen für besseren Wohnraum und viele andere Forderungen richteten sich gegen die Kapitalisten und die Bundesregierung.

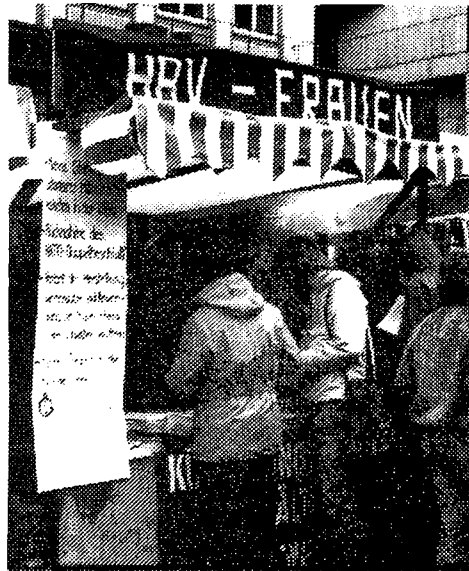
Auch wenn im Maiaufbruch des DGB gegen die Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung keine Stellung bezo-

gen wird, waren solche Forderungen zahlreich und besonders hervorstechend vertreten. Viele Redner gingen auf den Kundgebungen und Veranstaltungen auf das Thema ein und wendeten sich teilweise direkt an die Bundesregierung mit der Forderung, den NATO-Nachrüstungsbeschluß zurückzunehmen. Bereits Wochen vor den Maidemonstrationen wurde in gewerkschaftlichen Körperschaften über die Dringlichkeit des Auftretens gegen die Kriegsvorbereitungen diskutiert. Die GEW-Landesvertreterversammlung in Westberlin sprach sich auf ihrer Tagung am 28./29. April gegen den Nachrüstungsbeschluß aus und wies darauf hin, daß heute noch immer in Schulbüchern die deutschen Grenzen von 1937 bestehende Lehrmeinung sind. Sie fordert von der Kultusministerkonferenz die Rücknahme der entsprechenden Beschlüsse.

Obwohl der DGB im Maiaufbruch weder vor der Kriegsgefahr warnt noch gegen die Mittelstreckenraketen Forderungen aufstellt, faßten gewerkschaftliche Körperschaften zahlreiche Beschlüsse. So forderten ÖTV-Frauen „Gegen Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr“; türkische Arbeiter „Für die Einstellung der Türkei-Hilfe“; die IGM Hamburg „Keine Aufhebung der Waffenexportbeschränkungen“; Bürgerinitiativen fordern „Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen“ und „Kein Munitionslager“ oder „Auflösung der Raketenbasis“ an bestimmten Orten; Soldaten fordern „Keine Verlängerung der Wehrdienstzeit“; Schüler trugen das Transparent „Keine Grenzen von 37 in den Atlanten“ und „Stoppt den Wehr-



Stuttgart: 8000 Teilnehmer



München: HBV-Stand gegen Krieg

kunde-Erlaß“; ÖTV-Gewerkschafter fordern „Nachrüstung an der richtigen Front – Ausbau des Gesundheitswesens“; Beschäftigte eines Rüstungsbetriebes fordern auf einem Transparent „Gegen Rüstung und Krieg“; Forderungen gegen Rüstungslieferungen sind aufgestellt worden: „Stoppt die Waffenlieferungen an Chile“ und „Keine Panzer für die Saudis“; neben der Forderung „Hände weg von Polen und El Salvador“ wurde die Forderung „BRD raus aus der NATO“ und „Abschluß eines Friedensvertrages“ aufgestellt.

Diese Initiative ist beachtlich und verdeutlicht die politischen Interessen der Lohnabhängigen. Die Forderungen richten sich gegen die Kriegsvorbereitung des westdeutschen Kapitals. Von der Bundesregierung wird verlangt, diesen Forderungen nachzugeben.

Auch wenn der DGB auf seinem Bundeskongreß die Wiedervereinigung aus dem DGB-Grundsatzprogramm genommen hat, liegen keine Vorschläge vor, welche Forderungen die Bundesregierung als erste und wichtige erfüllen muß. Da solche Forderungen auf den Maidemonstrationen aufgestellt wurden, wird es im DGB leichter fallen, diesen Mangel jetzt zu beseitigen. Zumal die Kundgebungsredner dies teilweise schon getan haben.

Die Beteiligung an den Maidemonstrationen war leicht rückläufig. Ob dies an den fehlenden Aussagen gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO oder dem schlechten Lohnabschluß in der Metallindustrie oder an anderen Ursachen liegt, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Kleine Gewerkschaften fielen oft in ihren geschlossenen Blöcken auf. Dringend wird jetzt die Vorbereitung des Anti-Kriegstages im September unter zentralen Forderungen des DGB, damit der Bundesregierung nicht wieder die Möglichkeit verschafft wird, wie bei den Maikundgebungen, dem Thema auszuweichen.

Antikriegskreis - Wehrpflichtige Gewerkschaftsjugend



Hamburg: 25 000 Demonstrationsteilnehmer. Soldaten im Block der ÖTV.



Hannover: Block der ÖTV-Gewerkschaftsfrauen



Westberlin: 20 000 Demonstrationsteilnehmer



Bielefeld: IG Druck gegen Aufrüstung

Leistungsbeurteilung Beamtenbund stellt Baum Bedingungen

Seit Anfang April 1981 wird im Innenministerium beraten über Verwaltungsrichtlinien zur Durchführung des Beurteilungsverfahrens für Beamte, Teil der von Baum ins Werk gesetzten Reform des öffentlichen Dienstes, die auf Schürung der Konkurrenz und Lohnsenkung abzielt (s. Pol. Ber. 6 u. 7/81).

Der Deutsche Beamtenbund bezeichnet die geplante Vorgabe von Quoten zur Einstufung der Beamten als „eklatanten Verstoß gegen das Leistungsprinzip“, denn in der Praxis werde der Zwang eintreten, „auch besser qualifizierte Beamte geringer bewerten zu müssen“. (DBB-Presse-dienst 15/1981) Richtig ist der Einwand insofern, als niemand das Kunststück fertigbrächte, gleichzeitig die Aufspaltung der Entlohnung quotenmäßig, also vor Beurteilung und ohne Ansehen der Person, festzulegen, und dann die persönliche Leistung etwa bei der Einstufung abzuwägen. Sowieso wird nicht die Leistung gezahlt, sondern die Reproduktion der Arbeitskraft. Nur die höheren und die Spitzenbeamten nehmen an der Aneignung des Mehrwerts teil.

Gleichzeitig enthalten aber die Bedenken des Beamtenbundes den Hinweis an Baum, wie die Beurteilung zu lenken sei. Nämlich so, daß auf keinen Fall die Dienstaufsicht, der „besser qualifizierte Beamte“, davon Nachteile hat. Dies soll gerade durch die Beurteilung definiert werden. Noch sei der „Katalog von Leistungsmerkmalen ... zu abstrakt und in der Gewichtung zweifelhaft“. Wenn Baum „Kernpunkte seines Entwurfs“ ändere, sei der Beamtenbund zur weiteren Mitarbeit an der Reform des Beurteilungswesens bereit. Damit drückt er die Zusage aus, darauf hinzuwirken, daß die Dienstaufsicht sich der Beurteilung der kleinen und mittleren Beamten schon annehmen und Rückstufungen und andere Formen der Lohnsenkung gegen sie durchsetzen wird.

Weiter verlangt der Beamtenbund, daß die hohen Beamten gegen die Anwendung des Disziplinarrechts geschützt werden, durch das nach geltendem Recht Rückstufung und Verzögerung des Aufstiegs als Bestrafung verhängt werden. „Sachgerechte Abgrenzungen“ sollen die Unterdrückung der Beamten, die vom Verkauf der Arbeitskraft leben, sichern, zumal der Beamtenbund sich auf deren Unruhe angesichts seiner Forderung zur Besoldungserhöhung von nur 5,5% und des in Aussicht stehenden schlechten Abschlusses gefaßt macht.



Fast 50000 Stahlarbeiter wurden in den letzten fünf Jahren wegrationalisiert.

Stahlindustrie Rationalisierung, Entlassungen, Lohnsenkung in der BRD und der EG

7% Lohnerhöhung fordert die IG Metall seit Januar für die ca. 210000 Stahlarbeiter in NRW. Obwohl die Tarifausschussverhandlungen noch nicht entschieden ist, ist deutlich, daß der Kampf um eine Lohnerhöhung wenigstens in Höhe der Inflationsrate (derzeit 5,6%) oder selbst nur in Höhe des Metall-Verhandlungsergebnisses von Baden-Württemberg unter extrem schwierigen Bedingungen geführt werden muß. Dies aus mehreren Gründen.

Seit der tiefen Stahlkrise von 1975 krähen die EG-Stahlkapitalisten im Chor über die „unverantwortlich“ hohen Löhne der Stahlarbeiter. In der neuerlichen Krise, die sich seit Sommer letzten Jahres noch verschärft hat, sehen sie die Chance, zu einem durchgreifenden Erfolg bei der Lohnsenkung zu kommen.

Die belgischen Stahlbarone machen den Vorreiter. Ihre Produktionsanlagen sind bis auf eine Ausnahme, das Kaltwalzwerk Sidmar in Gent, total überaltert. Doch seit Jahren konnten sie ihre Konkurrenzposition als größter Netto-Exporteur der EG durch rücksichtslose Antreiberei der Stahlarbeiter und mit Hilfe von Millionen-Subventionen aus Steuergeldern behaupten. Doch heute ist diese Position gefährdet, große Monopole wie Cockerill oder Hainaut-Sambre können im Konkurrenzkampf kaum noch mithalten, und sie antworten zuerst und vor allem mit dem Versuch, die Löhne der Stahlarbeiter zu kürzen, laut Plan um 10%! Die Entscheidung wird in den nächsten Wochen fallen. Die Gewerkschaften

haben bei Sidmar, an dem der luxemburgische Stahlkonzern Arbed mit 60% beteiligt ist, den Streik beschlossen. Doch: Werden sich die Belegschaften der wallonischen Stahlmonopole, die zudem von Massenentlassungen bedroht sind, anschließen? – Inzwischen ist auch Arbed dem Beispiel der belgischen Konkurrenten gefolgt und hat für die luxemburgischen Stahlarbeiter ebenfalls eine – gestaffelte – Lohnkürzung von 10% angekündigt. In Belgien und Luxemburg arbeiten zusammen knapp 10% der Stahlarbeiter in der EG. Sie produzierten 1980 fast 17 Mio. t Stahl, das sind über 13% der EG-Stahlproduktion. Ihre Niederlage würde auch für die anderen westeuropäischen Stahlarbeiter verheerende Folgen haben. Denn die übrigen westeuropäischen Stahlmonopole würden nicht ruhen, bis sie diesen Vorteil der Konkurrenz ausgeglichen, d.h. ihrerseits die Produktionskosten und darunter v.a. die Löhne gesenkt hätten.

Zweitens sind die westdeutschen Stahlarbeiter massiven Rationalisierungs- und Entlassungsdruck ausgesetzt (s. auch S. 19). Erst kürzlich hat Krupp die Reduzierung der Belegschaft um 5000 auf 35000 angekündigt: Einige Werke und Abteilungen sollen ganz geschlossen, die Flachstahlproduktion mit Investitionen von 500 Mio. DM bis 1985 durchrationalisiert werden. Die Stahlwerke Röchling-Burbach haben das 1978 in Angriff genommene „Restrukturierungsprogramm“ noch weiter ausgebaut, weite-

re Produktionen werden eingestellt, weitere 1500 Beschäftigte entlassen, gleichzeitig soll die Produktion von 230000 auf 280000 t/Monat gesteigert werden. Der staatliche Konzern Salzgitter plant einige hundert Entlassungen, in mehreren Werken sind die Beschäftigten zur Zeit auf Kurzarbeitergeld gesetzt. Die Klöckner-Werke AG stellt bis Ende 1981 in den Georgsmarienwerken von den Siemens-Martin-Öfen um auf eine neue Produktions-technik, das Klöckner-Stahlerzeugungsverfahren; rund 1000 Arbeiter werden hier und im Werk Osnabrück „freigesetzt“, die Produktionskosten um 50 – 60 DM/t gesenkt.

Dies sind nur einige Beispiele. Insgesamt rechnet das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung allein für 1981 mit 10000 Entlassungen in der Stahlindustrie. Jede weitere Woche Verzögerung des Tarifabschlusses ist für die Stahlkapitalisten bares Geld wert.

Im Großen und Ganzen, dies zeichnet sich heute deutlich ab, gehen sie gestärkt aus der Krise hervor, gestärkt gegenüber den Stahlarbeitern und gestärkt gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz. Man erinnere sich, wie sie im letzten Herbst gegen die Anwendung des Art: 58 des Montanunion-Vertrages gezetert hatten, gegen die Zwangsfestlegung der Produktionsquoten für die Stahlkonzerne in der EG (s. Pol. Ber. 2 und 3/80). Sie hatten damit höhere Quoten für sich erreicht und waren's zufrieden. Infolge dieser Maßnahme sind die Preise pro Tonne Stahl gegenüber September 1980 um 20 bis 60 DM gestiegen. Heute sind Thyssen & Co. die stärksten Befürworter einer freiwilligen Quotenfestlegung durch ein Eurofer-2-Abkommen ab Juli 1981, auf das sich die 15 größten Stahlkonzerne in der EG inzwischen auch geeinigt haben. Sie erwarten davon v.a. weitere Preissteigerungen um 15 – 20%.

Doch wäre die Annahme falsch, daß mit Eurofer 2, d.h. der vorläufigen Aufteilung des Stahlmarktes, die Konkurrenz zwischen den Stahlmonopolen gedämpft würde. Im Gegenteil. Eurofer 2 wird nur solange Bestand haben, bis sich einer oder mehrere der Konkurrenten in der Lage sehen, größere Marktanteile zu erkämpfen und zu behaupten. So kämpfen sie verbissen um die Ausgangspositionen, vor allem um die größtmögliche Steigerung der Ausbeutung, aber nicht nur.

Anfang April stellten die Stahlkapitalisten der BRD-Regierung ultimativ ihre Forderungen: Sie möge dafür sorgen, daß Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien jetzt und nicht irgendwann die Subventionierung der jeweiligen Stahlkonzerne beenden. Dies würde die Konkurrenten erheblich schwächen, da sie pro Tonne Stahl

durchschnittlich 100 DM aus Steuer-geldern erhalten, bei einem Marktpreis von derzeit zwischen 530 DM und 760 DM je nach Produktengruppe. Zweitens verlangen die westdeutschen Stahlkapitalisten eine „Ausgleichs-abgabe“ für Importstahl aus der EG, um sich den westdeutschen Markt zu sichern. Gleichzeitig würde ihnen eine solche Maßnahme einige belgische Konkurrenten endgültig aus dem Wege räumen. Und schließlich fordern sie für sich selbst, was sie den Konkurrenten mit Hinweis auf den Montanunion-Vertrag verwehren wollen: Subventionen in Milliardenhöhe. Bereits jetzt erhalten sie jährlich 130 Mio. aus Steuer-geldern zur Beschleunigung ihrer Rationalisierungsvorhaben, von vielen Hundertmillionen Mark an Bundeszuschüssen, staatlichen Garantien usw. für die einzelnen Konzerne ganz abgesehen. Sie wollen sich ihre weitere Ausrüstung gegen die Stahlarbeiter und gegen die Konkurrenz jedoch weitgehend aus den Steuern bezahlen lassen.

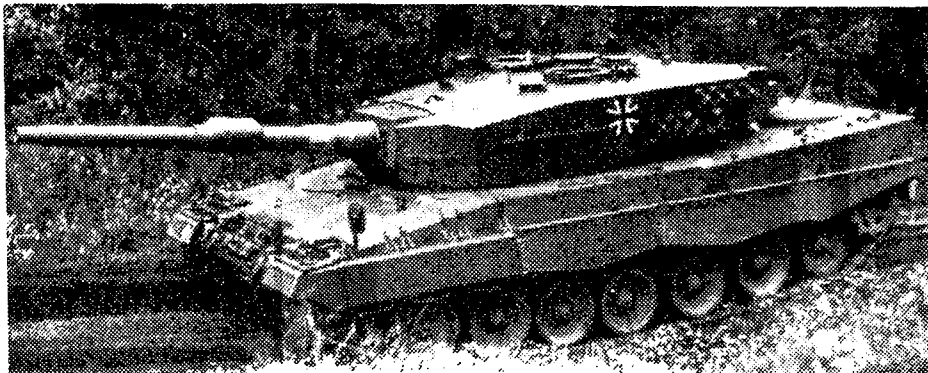
BRD Verbot des Waffenexports

Die Bundesregierung inszeniert ein widerwärtiges Schauspiel. Im letzten Jahr lockte sie Saudi-Arabien mit dem Angebot, 300 Leopard-2-Panzer zu verkaufen; sie drängte die Regierung König Chalids fortan in die Rolle des fordernden Liebhabers, indes Schmidt, kaum daß er sein geschäftliches Interesse angemeldet hatte, die hinhaltende Jungfer zu mimen begann: Eine Entscheidung von solcher Tragweite brauche Zeit ... Die Zeit läuft in diesem Falle für die westdeutschen Imperialisten. Rund elf Monate nach dem ersten Verkaufsangebot sind die Panzer zwar nicht verkauft, doch hat Schmidt die

Einwilligung König Chalids-erwirkt, in Saudi-Arabien eine „Anti-Terror-Truppe“ nach dem Vorbild der GSG 9 aufzubauen. Noch bevor Schmidt am 28. April in Riad eintraf, waren die „Grenzschützer“ schon da, leichte Waffen, Fahrzeuge und „nützliches Gerät aller Art“ angesagt. Nun, da die westdeutschen Imperialisten sich direkten militärischen Einfluß in Saudi-Arabien verschafften, wird auch das Panzer-Geschäft bald steigen können.

Für sie steht allerdings mehr auf dem Spiel als die 1,2 Mrd. DM, die ihnen der Panzer-Export nach Saudi-Arabien einbringt, und vorerst sind vor allem noch einige Hürden zu beseitigen. Das Kriegswaffenkontrollgesetz legt u.a. fest: „Kriegswaffen dürfen nur ausgeführt werden ... wenn die hierzu erforderliche Beförderung genehmigt ist.“ Ausführende Grundsätze verabschiedete sodann die Brandt-Regierung 1971, in den Worten Schmidts 1978 vor der UNO folgende: „Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses ... In internationale Spannungsgebiete lassen wir Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zu.“ Zum Teil traf die sozialliberale Koalition die Einschränkung in Reaktion auf den Widerstand gegen ihre Unterstützung des US-Vietnamkrieges und des israelischen Aggressionskrieges gegen die arabischen Länder. Zugleich mit der negativen Einschränkung jedoch legte sie eben positiv die „Ausnahmefälle“ fest und räumte damit den Rüstungsmonopolen den Weg zur Exportoffensive frei: Innerhalb der letzten zehn Jahre stieg die BRD zum fünft-, inzwischen sogar zum viertgrößten Rüstungsexporteur auf. Unter den zehn größten waffenexportierenden Monopolen finden sich mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Krauss-Maffei zwei westdeutsche.

Wie weit die „geringfügigen Ausnahmefälle“ gefaßt sind, erhellt die



Rüstungsexport (in Mio. \$) und Steigerungs-raten (68—77, in %):
USA: 6900 (50)
Sowjetunion 5 200 (91)
Frankreich 1 300 (320)

Großbritannien	825 (200)
BRD	800 (370)
Italien	320 (530)
Belgien	120 (610)
Niederlande	40 (140)

Tatsache, daß 71 der 80 mit westdeutschen Waffen belieferten Länder „außerhalb unseres eigenen Bündnisses“ stehen. Oder anders: 70% der westdeutschen Waffenexporte gehen in Länder der Dritten Welt.

Doch auch die „grundsätzliche“ Beschränkung des Waffenexports für „Spannungsgebiete“ ist keineswegs wörtlich gemeint. Einen Teil nämlich wickelt die BRD über das westdeutsch-französische Gemeinschaftsunternehmen Euromissile ab, dessen Sitz in Paris ist und das der „Kontrolle“ durch die Bundesregierung nicht weiter unterliegt. An Euromissile ist neben dem französischen Konzern Aerospatiale Messerschmitt-Bölkow-Blohm beteiligt; die Gemeinschaftsproduktionen Hot und Milan (Panzerabwehrk raketen) werden bevorzugt in „Spannungsgebiete“ exportiert.

Dennoch fühlen sich die westdeutschen Imperialisten durch die bisherigen „Grundsätze“ gehemmt, denn trotz ihres Aufstiegs sind sie auf dem Gebiet des Waffenexports nach wie vor nur eine dritt- bis viertklassige Macht. Ihre Selbstbeschränkung prallt zusehends mit den Ambitionen einer (nach Schmidt) „führenden Mittelmacht“ zusammen. Über die „neue Formel“ für den Waffenexport sind sich die Parlamentsparteien bei allen Nuancen einig. CDU-Wörner nennt die „nationalen Interessen“, FDP-Genscher die „globalen Sicherheitsinteressen“, Schmidt die „Zone europäischer Sicherheitsinteressen“ das entscheidende Kriterium. Die „Wirtschaftswoche“ schlägt die angemessene Definition der „Sicherheitsinteressen“ vor: „die Sicherheit von Arbeitsplätzen, die Sicherheit der Ölversorgung, ja der Rohstoffversorgung allgemein, die Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsbereitschaft über die deutschen Grenzen hinaus, die Konkurrenzfähigkeit unserer Rüstungsindustrie ... auch eine intakte Leistungsbilanz ... sowie ein sanierter Bundeshaushalt über arabische Kredite.“ (6.2.) Die „FAZ“ rät angesichts weitgespannter Erwartungen dazu, daß das Verteidigungsministerium selbst die Exportverträge schließt, damit „die Bundesregierung bis zuletzt die Kontrolle über das Geschäft behält“. Denn mit dem Export von Waffen eröffnen sich vielfältige Einflußmöglichkeiten wie die Entsendung von Militär, „beratern“ usw., die bewaffnete Garantie erfordern.

Seit Monaten hat die Bundesregierung die meisten ausländischen Waf-fenaufträge auflaufen lassen, um dann bis zum Herbst die gefaßte Entscheidung bekanntzugeben. Sie gibt damit auch den Termin bekannt, bis zu dem sie mit der Bewegung gegen ihre Waf-fenexport- und Kriegspolitik fertigwerden will.

Italien

Gefährliche Spaltung in den Gewerkschaften

Auf einer Konferenz des Kapitalistenverbandes Confindustria formulierte dessen Vizepräsident Mitte März die Marschroute der Finanzbourgeoisie: „Wir sprechen von Lohn und Arbeitskosten, weil sich die Dysfunktionen unseres Wirtschaftssystems letztlich darin zusammenfassen lassen: Wenn, wie es heute in Italien geschieht, mehr als 70% des Volkseinkommens an die abhängig Beschäftigten verteilt werden, müssen die Therapien zur Korrektur dort ansetzen.“

Die Regierung spürte. Ende März die „Phase 1“: Lira-Abwertung und Kreditverknappung. Die Abwertung beschleunigt die Inflation von schon jetzt 22%. Zinsen um 30% sorgen für Konzentration der Profitmasse in den Händen des Monopolkapitals und füllen durch Strangulierung der Kleinproduzenten zusätzlich den Arbeitsmarkt.

Kurz vor Ostern dann die „Phase 2“: Staatsausgaben von 5000 Mrd. Lire (10 Mrd. DM) sollen durch neue Plünderungsmaßnahmen „eingespart“ werden: „Selbstbeteiligung“ der Versicherten bei Krankenhausbehandlung; höhere Versicherungsbeiträge, vor allem für Bauern und Handwerker; höhere Einschreibungs- und Prüfungsgebühren an den Hochschulen.

Für die entscheidende „Phase 3“ rührt die Bourgeoisie alle Propagandatrommeln: „Entschärfung“ der Inflationszuschläge nach der „gleitenden Lohnskala“ und gesetzliche Beschränkung des Streikrechts in den öffentlichen Diensten. Daß Benzin nicht zu dem seit zwei Jahrzehnten unveränderten Warenkorb der Lohnskala gehört, hat die Bourgeoisie schon bislang mit regelmäßigen Mineralölsteuererhöhungen ausgeschlachtet. Gegenüber dem



„Die Lohnskala retten, indem die Gewerkschaft der (Fabrik-)Räte wieder Protagonist wird.“

Preisindex der offiziellen Statistik hat jeder Lohnabhängige dadurch allein in den letzten zwölf Monaten 225 000 Lire (450 DM) verloren. Die Steuerprogression frißt fast ein Viertel der verbleibenden Zuschläge. Unter diesen Umständen muß jeder Abstrich von der Lohnskala die langsame Reallohnsenkung der letzten beiden Jahre in einen scharfen Einbruch verwandeln.

Dies ist die Absicht von Confindustria und Regierung. Und erstmals seit anderthalb Jahrzehnten ist es ihnen gelungen, die Gewerkschaften so weit voneinander zu spalten, daß sie zu gemeinsamer Aktion gegen das Lohnsenkungsprogramm gegenwärtig praktisch unfähig sind. Noch Anfang März hatten alle drei Gewerkschaftsbünde gemeinsam die Verteidigung der Lohnskala beschlossen. Jetzt tritt die katholische CISL, mit ca. 3 Mio. Mitgliedern zweitgrößter Gewerkschaftsbund, für ein „Angebot“ an die Regierung ein: Geht die Inflation über eine vorweg vereinbarte Obergrenze hinaus, sollen die Zuschläge nicht wie bisher vierteljährlich angepaßt, sondern erst zum Jahresende, also entwertet, ausbezahlt werden. Der größte Gewerkschaftsbund CGIL, von Revisionisten und Reformisten geführt, fordert, daß die Regierung erst ein Programm zur Inflationsbekämpfung (z.B. durch Preisstopp für öffentliche Tarife usw.) und Senkung der Arbeitslosigkeit vorlegen müsse. Dann wäre auch die CGIL bereit, bei der Lohnskala Zugeständnisse zu machen. Alle Versuche, zu einer Einigung zu kommen, sind bislang gescheitert, Streiks wurden abgesagt.

Die seit 1976 von den Führern aller drei Gewerkschaften im Zeichen der „nationalen Einheit“ betriebene „Lohnmäßigung“ hat die Arbeiterorganisationen geschwächt und erleichtert heute bürgerlichen Politikern das Spaltungsgeschäft. Das gilt auch für die Revisionisten in der CGIL. „Um gesetzliche Einschränkungen zu vermeiden“, haben sie gegen jahrelangen Widerstand der Mitglieder eine „Selbstreglementierung“ des Streikrechts durchgeboxt, die im Verkehrswesen z.B. unbefristete Streiks verbietet. Jetzt schließt CGIL-Generalsekretär Lama „eine Umsetzung in ein Gesetz“, um sie (die „Selbst“reglementierung) für alle verbindlich zu machen“, nicht mehr aus.

Einheit über die parteipolitischen Differenzen der Richtungsgewerkschaften hinweg ist nur auf dem Boden des Kampfes gegen die Kapitalistenklasse möglich. Dafür gibt es jetzt eine Reihe Initiativen. Der Fabrikrat von Alfa Romeo lud zu einer Vertrauensleutekonferenz ein, 122 Fabrikräte schlossen sich an. Die Konferenz, an der auch viele CISL-Funktionäre teilnahmen, hat zur unbedingten Verteidigung der Lohnskala aufgerufen.

Sozialimperialistische Lockerungsübungen sollen „Schwierigkeiten“ im RGW beheben und Ausbeutungsrate steigern

Daß die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion Polen bei westlichen Banken und Regierungen in die Schuldknechtschaft getrieben hat, bestätigte faktisch der polnische Finanzminister Krzak vor zwei Wochen mit einem Interview mit der Warschauer Tageszeitung „Zycie Warszawy“. Er schlug darin folgende Reformen der Handels- und Finanzbeziehungen im RGW (Mitglieder: Bulgarien, Cuba, DDR, Mongolei, Polen, Rumänien, SU, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam) vor: Abwicklung des RGW-Handels auf der Basis von Weltmarktprei-

wird 1981 500 Mio. Rubel erreichen und ohne Reformen im RGW in den nächsten Jahren noch wachsen.

Zynisch vermerkte die „Prawda“ dazu – pikanterweise aus Anlaß des 36. Jahrestages des Freundschaftsvertrages zwischen Polen und der SU –, man könne sich nur schwer vorstellen, wie Polens Wirtschaft ohne sowjetische Lieferungen funktionieren könne. Sie pries den gegenseitigen Nutzen der Beziehungen beider Länder und stellte als Beispiel sowjetischer Selbstlosigkeit die Erdöllieferungen 1981 heraus, die Polen zu 40% unter dem Weltmarkt-

die Wirtschaftskrise in Polen, die aufgrund der engen Verzahnung der Wirtschaften auch die anderen RGW-Länder in den Strudel reißen kann, womöglich zu gewissen Lockerungen. Zu einer Modifizierung des sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Kurses der SU-Bourgeoisie gegenüber den anderen RGW-Ländern und zur Gewährung gewisser Rechte für die Arbeiter und Bauern in den RGW-Ländern, bei gleichzeitiger Rücknahme gesetzlicher oder sonst garantierter sozialer Errungenschaften.

So mußte Breschnew in dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den 26. Parteitag einräumen: „Auf dem vorigen Parteitag wurde davon gesprochen, daß sich ein Prozeß der Annäherung der sozialistischen Staaten vollzieht. Dieser Prozeß entwickelt sich weiter. Er löscht jedoch nicht die nationale Spezifik und die historischen Besonderheiten der Länder des Sozialismus aus. In der Vielfalt der Formen ihres gesellschaftlichen Lebens und der Organisation ihrer Wirtschaft muß man das sehen, was Realität ist: die Vielfalt der Wege und Methoden zur Durchsetzung der sozialistischen Lebensweise.“ In der vom Parteitag in Auftrag gegebenen Neufassung des Parteiprogramms soll u.a. „die unentwegte Annäherung der Bruderländer und die Entwicklung der ökonomischen Integration“ festgeschrieben werden, aber es „müssen auch die Lehren aus den Schwierigkeiten gezogen werden, die bei der Entwicklung der sozialistischen Länder aufgetreten sind“. (Breschnew) Solche „Schwierigkeiten“ veranlaßten die SU in den vergangenen Monaten, im ureigensten Interesse an Stabilisierung des RGW Abstriche an polnischen Liefer- und Zahlungsverpflichtungen hinzunehmen. Sie haben ihre Ursache darin, daß die SU die RGW-Länder über ihre beherrschende Stellung im Außenhandel dieser Länder, über das System der internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung und über die Preispolitik im RGW fest an sich gekettet hat und ausplündert.

Die DDR wickelte 1976 32%, die CSSR 34%, Polen 30%, Ungarn 35% und Bulgarien sogar 54% des Außenhandels mit der SU ab. Auch Rumänien, das erbittert um seine Selbständigkeit innerhalb des RGW kämpft und außerdem wegen eigener Ölvorkommen nicht auf sowjetische Lieferungen angewiesen ist, wickelt immerhin fast ein Fünftel seines Außenhan-



Mit der Erschließung des Öl- und Erdgasfeldes Tjumen in Sibirien verstärkt die SU ihr Monopol über die Energieversorgung der RGW-Länder. Die Baulasten für die 3000 km lange Erdgasleitung „Sojus“ mußten hauptsächlich die anderen RGW-Länder tragen.

se; „realistische“ Anpassung der Wechselkurse der Währungen; Änderung der Kalkulationsgrundlagen von gemeinsamen RGW-Projekten; langfristig Übergang vom Tauschhandel, der vorherrschenden Handelsform, zur Bezahlung der Lieferungen in Geld. Der Übergang zu Weltmarktpreisen im RGW würde Polen „ermöglichen, mehr Dienstleistungen in die Sowjetunion zu exportieren“ – also höhere Exporterträge für Frachten, Lizenzen und Patente, Bau- und Montagearbeiten zu erzielen. Nach Angaben von Krzak ist Polen mit 1 Mrd. \$ in Devisen und mit mehr als 1 Mrd. \$ in Transferrubeln bei der SU verschuldet. Das Handelsdefizit gegenüber der SU

preis und nur 30% teurer als 1980 erhalten werde.

In der Tat: Die sozialimperialistische Herrschaft der SU über die anderen RGW-Länder ist in den RGW-Wirtschaftsbeziehungen zu einem so versteinerten Ausbeutungsverhältnis geronnen, daß die Länder sich ihm kaum und nur bei Gefahr ihres wirtschaftlichen Zusammenbruches entziehen können. Wie allerdings die Parteitage der KPdSU, der SED, der bulgarischen KP und der KP der Tschechoslowakei in den letzten Monaten gezeigt haben, zwingen der Kampf der polnischen Arbeiterklasse, der auch die Herrschaftsbasis der neuen Bourgeoisien in den anderen RGW-Ländern bedroht, und

SU-Außenhandel mit der DDR (Wachstumsraten in %)

	SU-Exporte		SU-Importe		t. of
	nom.	real	nom.	real	trade
1971-74	5,6	3,7	8,4	5,6	- 0,8
1975	37,7	-2,3	22,9	2,5	17,6
1976	8,0	0,6	5,2	3,4	5,5
1977	13,8	2,4	10,3	7,6	8,4
1975-77	19,1	0,2	12,5	4,5	10,3

SU-Anteil an ausgew. DDR-Importen

Erdgas	100,0%
Erdöl	89,3%
Steinkohle, Koks	59,2
Eisen-, Mangan-, Chromerze	65,2%
Formstahl	72,6%
Grob- und Feinbleche	75,4%

Quelle: Dietz, Preisveränderungen im UdSSR-DDR-Handel, Osteuropa-Wirtschaft 1/80

dels mit der SU ab. Schon allein durch ihre dominierende Position im Außenhandel der anderen RGW-Länder hat die SU einen bestimmenden Einfluß auf deren Wirtschaftspolitik – nicht anders als der US-Imperialismus in Lateinamerika. Dagegen hat der größte Handelspartner der SU, die DDR, gerade einen Anteil von 10% am sowjeti-

schen Außenhandelsvolumen. Das Gewicht der SU verstärkt sich noch dadurch, daß z.B. bei der DDR über ein Viertel des produzierten Nationaleinkommens (1976) in den Export gehen, bei der SU dagegen gerade 8%. Schließlich erreicht der Handel der RGW-Länder (ohne SU) untereinander kaum die Größenordnung des jeweiligen bilateralen Handels mit der SU: 57% seiner RGW-Exporte lieferte Polen 1976 an die SU.

Die seit 1970 forcierte Arbeitsteilung und Spezialisierung im Rahmen des RGW – vornehmlich im Energiesektor und im Maschinenbau – schränkt die Souveränität der RGW-Länder empfindlich ein, weil sie ihren Produktionsapparat nicht weiter abrunden können, sondern der Produktionsapparat verstümmelt wird und nur noch im Verbund mit der gewaltigen, nach allen Seiten der Produktpalette hin entwickelten Produktionsmaschinerie der SU funktionieren kann. Die DDR soll sich im RGW auf Werkzeugmaschinen spezialisieren, Polen ebenfalls auf bestimmte Typen von Werkzeug-

maschinen, Fertigungsstraßen und den Schiffbau. Die Fertigung der Teile für Kernreaktoren ist auf verschiedene RGW-Länder verteilt, ebenso die Entwicklung der Mikroelektronik. Zwar hatten die Länder vor Errichtung der Volksdemokratien und der späteren Gründung des RGW keineswegs eine verhältnismäßig allseitig entwickelte Volkswirtschaft, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit garantierte. Aber Spezialisierung und Arbeitsteilung im RGW fördern die Vereinseitigung der Produktionsapparate und die Abhängigkeit von der SU. Es ist dasselbe Muster, nach dem die SU in Fortsetzung der zaristischen Politik die wirtschaftliche Selbständigkeit der Unionsrepubliken im Süden des Landes, die nach der UdSSR-Verfassung das Recht auf Los-trennung haben, durch ihre Investitionspolitik nicht gefördert, sondern erdrosselt hat durch Schwerpunktsetzung auf die extraktive Industrie und Landwirtschaft. 1966 waren die Sowjetrepubliken Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan zu jeweils weit über

Änderungen in Struktur und Arbeitsweise der PVAP vor dem Parteitag

Innerhalb der PVAP und in der polnischen Presse wird die Debatte über die Reform der Partei über die Säuberung hinaus geführt. In einem Interview mit der Zeitschrift „Polen“ erklärte der Wojewodschaftssekretär und frühere Rektor der Technischen Hochschule Wroclaw, ZK-Mitglied Porębski: „Die bisherige Aufnahme in die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei war künstlich. Man ging gänzlich unnötig auf Jagd aus nach ständig neuen Mitgliedern.“ Die Parteizeitung „Trybuna Ludu“ druckte u.a. einen Beitrag ab, daß man berechtigte Kritik und Fehler von autoritären Funktionären auseinanderhalten müsse. Es komme vor, daß „z.B. ein Sekretär einer Parteiorganisation jede Kritik seiner Person als Angriff auf die Partei brandmarke, daß der Gemeindevorsteher, der der Protektionspolitik angeklagt wird, seine Gegner als ... Gegner der Volksmacht ansieht.“

In einer Studentenzeitschrift wird kritisiert, daß nicht auf die richtige Zusammensetzung geachtet worden ist. Eine Sozialdemokratisierung der Partei habe stattgefunden durch den „mechanischen Ausbau der Partei, durch einen statistischen elephantiasisartigen Auswuchs potenziert“, der sich vor allem aus „bürokratischen Beamtenkreisen“ rekrutiert habe.

Auf der 8. Plenarsitzung des Zentralkomitees der PVAP wurde zum erstenmal über die Tätigkeit des Politbüros Bericht erstattet. Aus dem von K. Barcikowski vorgetragenen Bericht



Der 1. Sekretär des ZK Kania nahm an der Debatte der Grundeinheit der PVAP in der Lenin-Werft teil.

geht hervor, daß die hauptamtlichen Funktionäre sich beeilen, angesichts des heranrückenden Parteitages, der vor dem 20. Juli stattfinden soll, sich mit den Problemen der unteren Parteieinheiten zu befassen, ihre Arbeitsweise zu ändern und an ihren Sitzungen teilzunehmen. Die Partei ist geschwächt. Es hat viele Austritte gegeben, z.B. 3000 von 93000 Mitgliedern in Wroclaw. An anderen Orten sind ganze Einheiten ausgetreten und arbeiten als Zirkel. Durch die von der Gewerkschaft Solidarität geführten Ak-

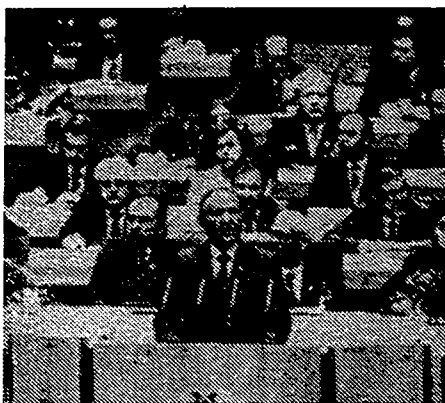
tionen war die Absetzung einer Reihe von Funktionären auch auf der mittleren Ebene erzwungen worden. Die neuen Funktionäre zeichnen sich durch Fachkenntnisse und Zurückhaltung aus.

Auch innerhalb der Partei wird die Debatte geführt, worin sich die Führung durch die Partei ausdrückt. In der PVAP verbreitet sich die Auffassung, die Partei solle anregen, Beschließen und durchführen sollen die Regierungs- und Verwaltungsorgane verschiedener Ebenen. Dem entspricht die Neuerung, daß die PVAP auf den Grundsatz verzichtet hat, die Sekretäre ihres ZK als Wojewodschaftssekretäre einzusetzen. Sie sind gewählt worden, ebenso wie die Vorsitzenden der unteren Volksvertretungen. Ein Ergebnis ist, daß mehrere Mitglieder anderer Parteien und Parteilose gewählt worden sind. Die PVAP betreibt die Reform der Selbstverwaltung auch mit dem Ziel, der Gewerkschaft Solidarität auf der Ebene der gebietsmäßigen Gliederung entgegenzutreten, was die alten branchenmäßig organisierten Staatsgewerkschaften nicht leisten.

Ein weiterer wichtiger Punkt des 8. ZK-Plenums war die Festlegung der Arbeit der Parteimitglieder in den Gewerkschaften. In dem von T. Grabski vorgetragenen Referat „Die Aufgaben der Partei bei der Herausbildung der Arbeitsbedingungen und des sozialistischen Charakters der Gewerkschaften“ wurde die Richtlinie ausgegeben: „Die dringendste Aufgabe der Partei ist es heute, für die politische Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu sor-

50% von Einfuhren von Eisen und Stahl, Maschinen und chemischen Produkten abhängig, obwohl die Gebiete reich an Rohstoffen für diese Produkte sind. Inzwischen hat die SU im Zuge der Wirtschaftsreformen die wirtschaftlichen Kompetenzen und verbliebenen Rechte der Unionsrepubliken noch weiter beschnitten.

Als Beispiel für die Uneigennützigkeit der SU und die Vorteile des RGW für alle Beteiligten nannte Honecker auf dem SED-Parteitag die sowjetischen Öllieferungen, für die die DDR 50% weniger als auf dem Weltmarkt zahlen müsse. Eine derartige Preisdifferenz *kann* zustandekommen aufgrund der RGW-Preisbildung, die offiziell die um kurzfristige Schwankungen bereinigten Weltmarktpreise zur Grundlage macht, aber mit zeitlicher Verzögerung. Worüber Honecker jedoch schwieg, ist der Anstieg der sowjetischen terms of trade im Handel mit der DDR, von 1971 bis 1975 um 12% und von 1976 bis 1980 sogar um ca. 46%. Für jede Tonne Öl, die die DDR aus der SU bezieht, mußte sie



Todor Shiwkow auf dem 12. Parteitag der Bulgarischen KP. Bulgarien steigerte von 1976 bis 80 die Industrieproduktion um 35%.

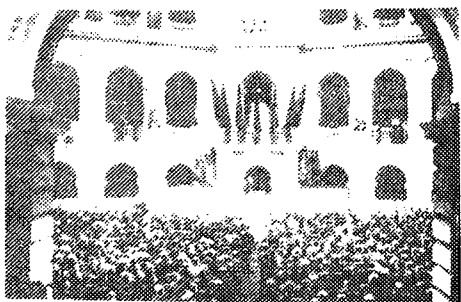
1979 im Vergleich zu 1970 über 50% mehr Maschinen liefern. Auf dem Weltmarkt dagegen hatten die kapitalistischen Industrieländer mit der Dollarentwertung bis 1979 die Ölpreiserhöhungen von 1973/74 fast vollständig zunichtegemacht; die OPEC-Länder mußten für Maschinenimporte fast genauso viel Öl verkaufen wie vor den

Ölpreiserhöhungen. Die völlig andere Entwicklung der Austauschverhältnisse im RGW-Handel, durch die die SU enorme Profite macht und die anderen RGW-Länder in die Verschuldung treibt, hat wahrscheinlich folgende Gründe: a) die Maschinenexporte der DDR und anderer RGW-Länder werden von der SU nicht entsprechend den Weltmarktpreisen bezahlt; b) die SU hat eine künstliche Überbewertung des Transferrubels, der Verrechnungseinheit im RGW-Handel, erzwungen und dadurch ein fettes Geschäft gemacht. Auf die Überbewertung des Transfer rubels dürfte sich auch die Forderung des polnischen Finanzministers beziehen, die Wechselkurse im RGW realistisch zu gestalten.

Ausgeschlossen, daß die SU eine Auflösung des von ihr geschaffenen Wirtschaftsgefängnisses zulassen wird. Allenfalls stehen gewisse Lockerungen an, um Zusammenbruchserscheinungen im RGW – wie im Falle Polens – künftig zu verhindern. So betonte denn Breschnew auf dem KPdSU-Parteitag: „Die KPdSU und die anderen

gen.“ Die PVAP hat die These aufgestellt, daß die Gewerkschaftsbewegung gespalten ist, nicht nach Organisationen, sondern nach Richtungen. Die Parteimitglieder sollen vor allem reagieren, wenn innerhalb der Gewerkschaft Solidarität etwas gegen deren Statut unternommen, d.h. wenn politische Ansprüche erhoben werden. Die Mitglieder sollen in den Gewerkschaften arbeiten. Die Entscheidung darüber, in welcher, steht ihnen frei. Sie sollen eine „Konflikte beschwichtigende Haltung“ einnehmen. „Zu unterstützen sind gesellschaftlich richtige, prosozialistische Tendenzen in dieser Bewegung, sogar dann, wenn wir manche Erscheinungen unterschiedlich einschätzen und unterschiedliche Lösungen der einzelnen Probleme vorschlagen.“

Die Parteiführung selber ist bemüht, zentral einige Konflikte beizulegen. Die Beratungen über das Gewerkschaftsgesetz, das in den Vereinbarun-

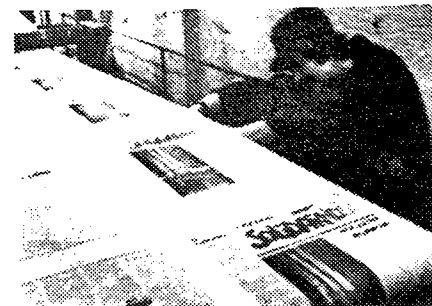


Vereinigungsparteitag der Polnischen Arbeiterpartei (PRP) und der Sozialistischen Partei Polens (PPS) zur PVAP im Dezember 1949.

gen von Gdańsk, Szczecin und Jastrzebie von den Streikkomitees gefordert worden war, sind zur Zufriedenheit der Verhandlungsdelegation der Gewerkschaft Solidarität mit einem Kompromiß abgeschlossen worden. Noch in Verhandlung bzw. Vorbereitung befinden sich das Betriebs-, Arbeiterselbstverwaltungs-, Genossenschaftsselbstverwaltungs-, Volksräte- und Zensurgesetz.

Die PVAP hat einige Änderungen an ihrer Struktur vorgenommen. Um Einfluß auf den unteren Verwaltungsebenen zu gewinnen und die Parteioorganisationen dort zu stützen, hat sie ein Instruktorswesen neu geschaffen, sowohl für Bereiche, in denen sie die größten Schwierigkeiten hat, als insgesamt auf der Ebene der Wojewodschaften, wo sie „von den Mitgliedern des Politbüros geleitete Koordinierungsgruppen mit festem Personalbestand“ eingesetzt hat. Dies ist offenbar auch ein Versuch, Kandidaten für die kommenden Wahlen heranzuziehen und am Ort bekanntzumachen.

Der Versuch der PVAP, sich mit den anderen noch bestehenden Parteien und einflußreichen Kräften wie der katholischen Kirche zu arrangieren, sind weitgehend. Sie hat in der Praxis das Recht der Demokratischen Partei und der Vereinigten Bauernpartei bekräftigt, bei Regelungen, die die Wirtschaftsweise, die Möglichkeiten der Fondsbildung und der Verfügung darüber einerseits der Kleingewerbetreibenden, andererseits der Bauern betreffen, als gleichberechtigte Partner aufzutreten.



Die erste offizielle Ausgabe der Wochenzeitschrift „Solidarność“. Auflage: 500 000 Exemplare.

Der von diesen Parteien anerkannte Führungsanspruch der PVAP wird rein formal. In Wirklichkeit findet ein Prozeß der berufsgruppenmäßigen Absteckung von gesellschaftlichen Einflüßbereichen statt. Der katholischen Kirche wurde ausdrücklich Lob gespendet: „Erfolgreich gestaltet sich das Zusammenwirken mit Vertretern der weltlichen Katholikenkreise im Rahmen der Nationalen Einheitsfront und im Sejm.“

Das größte Problem der PVAP ist nach wie vor die Ausarbeitung der Pläne für die Wirtschaftsreform. Eine Fülle von Vorschlägen und unterschiedlichen Konzepten, sowohl von seiten der Partei wie von einzelnen Instituten, wird debattiert, aber über das Konzept, das dem 9. außerordentlichen Parteitag vorgelegt werden soll, ist noch keine Einheit erzielt, wenngleich die Mitgliedschaft der PVAP darauf drängt.

Gewerkschaftsrecht in den Verfassungen

Bulgarien

Art. 22 (2) In seiner Tätigkeit stützt sich der Staat auf die Initiative und die schöpferische Mitwirkung der Arbeitskollektive, auf die wissenschaftlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen ...

Art. 120 Bei ihrer Tätigkeit stützen sich die Volksräte auf die Initiative und die breite Beteiligung der Bevölkerung an ihrer Arbeit sowie auf die enge Zusammenarbeit mit den politischen, gewerkschaftlichen ... Organisationen.

CSSR

Art. 5 Zur Entfaltung der gemeinsamen Tätigkeit, zur allseitigen und aktiven Beteiligung am Leben der Gesellschaft und des Staates und zur Verwirklichung ihrer Rechte vereinigen sich die Werktätigen in freiwilligen gesellschaftlichen Organisationen, zu denen insbesondere die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ... gehören; auf die gesellschaftlichen Organisationen gehen allmählich einige Aufgaben der Staatsorgane über.

DDR

Art. 44 (3) Die Gewerkschaften nehmen auch die Tätigkeit ihrer Organi-

sationen und Organe, durch ihre Vertreter in den gewählten staatlichen Machtorganen und durch ihre Vorschläge an die staatlichen und wirtschaftlichen Organe maßgeblich teil ...

Die Gewerkschaften arbeiten in den Betrieben und Institutionen an der Ausarbeitung der Pläne mit. Sie leiten die Ständigen Produktionsberatungen. Art. 45 (1) Die Gewerkschaften haben das Recht, über alle die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen betreffenden Fragen mit staatlichen Organen, mit Betriebsleitungen und anderen wirtschaftsleitenden Organen Vereinbarungen abzuschließen ...

(2) Die Gewerkschaften nehmen aktiven Anteil an der Gestaltung der sozialistischen Rechtsordnung ...

(3) Die Gewerkschaften leiten die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten ...

Polen

Art. 85 Eine hervorragende gesellschaftliche Rolle in der Volksrepublik erfüllen die Gewerkschaften, die eine allgemeine Organisation darstellen, welche an der Gestaltung und Verwirklichung der Aufgaben der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung des Landes mitwirkt; die Gewerkschaften

vertreten die Interessen und die Rechte der Werktätigen, sie sind die Schule der staatsbürgerlichen Aktivität und des Engagements bei Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Sowjetunion

Art. 7 Die Gewerkschaften, der Leninsche Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, die genossenschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen beteiligen sich in Übereinstimmung mit ihren satzungsgemäßen Aufgaben an der Verwaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten und an der Lösung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fragen.

Ungarn

§4 (2) Die Patriotische Volksfront vereinigt die Kräfte der Gesellschaft zum vollständigen Aufbau des Sozialismus, zur Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, sie wirkt an der Wahl und Arbeit der Organe der Volksvertretung mit.

(3) Die Gewerkschaften verteidigen und festigen die Volksherrschaft, verteidigen und vertreten die Interessen der Werktätigen.

Quelle: Brunner/Meissner, Verfassungen der kommunistischen Staaten, Uni-Taschenbücher

Bruderparteien nehmen Kurs darauf, die bevorstehenden zwei Planjahrfünfte zu einem Zeitraum der intensiven Kooperation der sozialistischen Länder und Produktion, Wissenschaft und Technik zu machen. Das Leben selbst stellt die Aufgabe, die Plankoordination durch Abstimmung der Wirtschaftspolitik insgesamt zu ergänzen. Auf der Tagesordnung stehen auch solche Fragen wie die Annäherung der Strukturen der Wirtschaftsmechanismen, die weitere Entwicklung der direkten Verbindungen zwischen den Ministerien, Vereinigungen und Betrieben, die in die Kooperation einbezogen sind, sowie die Schaffung von gemeinsamen Betrieben ... Es ist heute unvorstellbar, daß sich irgendein sozialistisches Land ohne die Beziehungen zu den anderen Bruderländern stabil entwickelt ...

Innenpolitisch sah sich Breschnew zu einer Kritik an die Adresse der Gewerkschaften genötigt: „Trotzdem glaube ich nicht fehlzugehen, wenn ich sage, daß es unseren Gewerkschaften bisweilen noch an Initiative bei der Wahrnehmung ihrer umfangreichen Rechte mangelt. Sie sind nicht immer beharrlich, wenn es um die Erfüllung der Kollektivverträge und den Arbeitsschutz geht, reagieren noch zu wenig

auf Verletzungen der Arbeitsgesetzgebung, auf Bürokratismus und Schlenldrian ...“ Daneben ging er mit der schlechten Konsumgüterversorgung ins Gericht, allerdings ein Standardthema auf den KPdSU-Parteitag.

Breschnews Betonung der Rechte der Gewerkschaften – in den vergangenen Parteitagberichten nicht aufzu-

finden und zweifellos eine Reaktion auf den Kampf der polnischen Arbeiterklasse – deutet darauf hin, daß die neue Bourgeoisie hier ein wenig Spielraum gewähren will. Noch Anfang 1980 hatte das ZK der KPdSU mit dem Beschluß „Über die weitere Festigung der Arbeitsdisziplin und der Verminderung der Fluktuation der Fachkräfte in



Breschnew unter Komsomolzen, Mitgliedern des Jugendverbandes, die sich zum Bau der BAM (Baikal-Amur)-Eisenbahnlinie verpflichtet haben.

der Volkswirtschaft“ versucht, Erscheinungen wie Bummelei, Zuspätkommen, Trunkenheit im Betrieb und dem häufigen Betriebswechsel von Facharbeitern und Technikern durch verstärkte Überwachung, Lohn- und Rentenanspruchskürzungen sowie durch Einführung von Gruppenakkord zu Leibe zu rücken. Eine gewisse Lockerung bei den Rechten der Gewerkschaften – so möglicherweise das Kalkül der SU-Bourgeoisie – könnte auch Abhilfe schaffen bei den beklagten Erscheinungen, Ausdruck der Rechtlosigkeit der sowjetischen Arbeiterklasse und ihrer Trennung von den Produktionsmitteln.

Abhilfe ist für die neue Bourgeoisie in der SU dringend nötig. Denn: Die Wachstumsraten in der materiellen Produktion sind in den letzten Jahren ständig zurückgegangen; Arbeitskräftemangel in den Industriegebieten und Kapitalmangel stehen einer Produktionssteigerung durch Produktionsausweitung im großen Maßstab entgegen; die anvisierte Steigerung der Arbeitsproduktivität scheitert u.a. am zähen Widerstand der sowjetischen Arbeiterklasse. Die Unsummen verschlingenden Kriegsvorbereitungen der SU verlangen nach dem NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß einen noch größeren Teil vom gesellschaftlichen Mehrprodukt.

Von Interesse ist in dem Zusammenhang eine weitere Programmänderung. Breschnew: „Das jetzt gültige Programm der KPdSU spiegelt die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt richtig wieder. Doch seit seiner Annahme sind 20 Jahre vergangen. In dieser Zeit wurden viele Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der UdSSR gesammelt. Diese Erfahrungen zeugen unwiderlegbar davon, daß sich unsere Entwicklung zum Kommunismus über die Etappe der bereits entwickelten sozialistischen Gesellschaft vollzieht. Das ist, wie bereits festgestellt, eine notwendige, gesetzmäßige und geschichtlich lange Periode ...“ Im Programm, 1961 unter Chruschschow verabschiedet, heißt es, daß bis 1980 „in der UdSSR die kommunistische Gesellschaft im wesentlichen aufgebaut sein“ wird, „die einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern für die gesamte Bevölkerung sichert“. Bei der Änderung handelt es sich um das Eingeständnis, daß die revisionistischen Seifenblasen vom „Gulaschkommunismus“ geplatzt sind. Doch es ist zugleich die ideologische Vorbereitung kommender Schwierigkeiten, des Angriffs auf bislang garantierte Ansprüche der Arbeiter und Bauern. So könnte die SU-Bourgeoisie eine gewisse Lockerung bei den Rechten zugestehen, um gleichzeitig die sowjetischen Werktätigen zu berauben.



Bildunterschrift in „Neues Deutschland“: Weberin Ursula Dick und ihre Kolleginnen wollen die neue Technik künftig dreischichtig auslasten.

X. SED-Parteitag: Eher versteckte Reaktionen auf die Entwicklung in Polen

Auf dem X. Parteitag der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ vom 11. – 16.4. kam es zu keiner geharnischten Kritik an der Entwicklung in Polen. Erich Honecker, Generalsekretär der SED, nahm im Rechenschaftsbericht nur einmal *direkt* Stellung: „Wie wir alle wissen, halten die ernststen Schwierigkeiten an, mit denen die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei zu kämpfen hat. Unsere Partei hat von Anfang an ihre brüderliche Solidarität mit den polnischen Kommunisten, mit allen Patrioten Polens bekundet, die dafür eintreten, den Sozialismus in ihrem Land zu verteidigen und zu stärken. Danach haben wir gehandelt und tun es auch weiterhin.“

Dennoch gab es auf dem Parteitag Hinweise darauf, daß es in der SED und im „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ eine Auseinandersetzung über Polen geben muß, und sei es vorerst auch nur auf den Leitungsebenen darüber, wie man gewerkschaftliche Forderungen und die Forderung nach Parteierneuerung verhindert. Diese Hinweise sind eher versteckt. So sind die Abschnitte zur Rolle und den Aufgaben der Gewerkschaften in den Rechenschaftsberichten an den IX. und X. Parteitag fast identisch, ihr Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Stärkung des Staates wird gewürdigt. Nur, vor vier Jahren *fehlte* der ausdrückliche Dank dafür an den FDGB. Damals fehlte auch die Mahnung an die Parteimitglieder, der Arbeit in den Gewerkschaften größere Aufmerksamkeit zu schenken: „Es ist Ehrensache jedes Genossen, ein guter Gewerkschafter zu sein.“

Stand 1976 im Rechenschaftsbericht im Abschnitt über die Partei, daß es „noch immer Fälle von Bürokratie“ gibt, wird jetzt nachdrücklich

auf einen massenverbundenen Arbeitsstil verwiesen; dem Funktionär „sind schlechte Routine, bürokratische Engstirnigkeit, Arroganz und Herzlosigkeit im Umgang mit den Menschen zutiefst fremd“. Ansonsten zieht das Zentrale Komitee eine positive Bilanz der Mitgliederentwicklung (351 953 Aufnahmen in die SED seit dem letzten Parteitag; 21,9% aller Berufstätigen der DDR sind in der SED), betont die Fortsetzung des sozialpolitischen Programms – besonders im Wohnungsbau – im Fünfjahrplan 1981–85 und warnt vor Veränderungen: „Modelle“ für einen „erneuerten Sozialismus, woher sie auch kamen, erwiesen sich immer als untauglich.“

Größere Geschütze werden in der Parteipresse aufgeföhren, wenn über die Entwicklung in Polen berichtet wird. So heißt es in einem Kommentar im „Neuen Deutschland“ vom 22.4., PVAP-Mitglieder „griffen unter der demagogischen Lösung von einer ‚Demokratisierung der Partei‘ offen marxistisch-leninistische Grundsätze“ an und die Zulassung der „Land-Solidarność“ sei durch „Streiks und andere Provokationen“ erzwungen.

Harry Tisch, ZK-Mitglied und FDGB-Vorsitzender, versucht, „freien“ und „unabhängigen“ Gewerkschaften mit Lenin-Zitaten den Garaus zu machen. Doch mit der theoretisch richtigen Bestimmung, daß die Basis der grundlegenden Übereinstimmung von Gewerkschaft und sozialistischer Staatsmacht in der gemeinsamen Klassengrundlage besteht (Einheit 4/5-81), kann er die Wirklichkeit nicht schlagen: Verläßt oder verändert die Staatsmacht die Klassengrundlage, wird die Arbeiterklasse Wege suchen, ihre Klasseninteressen geltend zu machen.

Warnstreik der Hafenarbeiter

Am 28.4.1981 haben hundert Hafenarbeiter der Hafenumschlagbetriebe aus Hannover, Hildesheim und Braunschweig für drei Stunden die Arbeit niedergelegt. Sie demonstrierten am Lindener Hafen bei der Spedition Rhenus WTAG und in der Hannoveraner Innenstadt für ihre Forderung nach „existenzsichernden Einkommen“ zwischen 1900 und 2100 DM im Monat. Ein Vertreter des Gesamtunternehmens Rhenus WTAG reagierte auf die vorgetragenen Forderungen mit der Andeutung, daß bei der nächsten Tarifverhandlung am 8. Mai ein verbessertes Angebot vorgelegt werden solle.

ÖTV kritisiert ärztliche Vorprüfung

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat aus Anlaß der Prüfungsergebnisse der ärztlichen Vorprüfung Stellung genommen: „Wenn ... zwei von drei Studenten durchfallen, ist dies ein Alarmzeichen ... Das ohnehin fragwürdige Multiple-Choice-Verfahren, das zu reinem Einpauken von Wissensbestandteilen und mechani-

„Haben wir noch Demokratie oder ‚Dick‘tatur?“ – Immer schärfer wird der Protest gegen den bayerischen Umweltminister Dick und dessen erklärtes Ziel, in Mitterteich eine Atommülldeponie zu errichten, die 10000 Abfallbehälter aus der Nuklearmedizin und 40000 Fässer radioaktiven Abfalls aus Kernkraftwerken aufnehmen kann. Gegen diese Pläne hat der Bund Naturschutz 25000 Unterschriften gesammelt. Am Ostersonntag demonstrierten über 100 Mitterteicher auf der vielbefahrenen B 15.

schem Aneignen des Lehrstoffs verleitet, wird umso mehr disqualifiziert, je mehr es zum Instrument des „Herausprüfens“ gemacht wird. Die Gewerkschaft ÖTV fordert deshalb eine Reform des medizinischen Prüfungswesens. Prüfungen müssen künftig in stärkerem Maße der Selbstkontrolle des Lernfortschritts dienen ... Die Gewerkschaft ÖTV fordert die Länder ... auf, die Ergebnisse der ärztlichen Vorprüfung ... zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß Änderungen des Prüfungsverfahrens nicht zu Lasten der Studierenden gehen.“



Lohnabschlüsse bei Druck und Papier

Mit 4,9% für die Arbeiter der Papierverarbeitung und 5% für die Arbeiter der Druckindustrie wurden die wichtigsten Tarife dieser etwa 300000 Beschäftigten umfassenden Industriezweige abgeschlossen. In der Druckindustrie weigerten sich die Kapitalisten, über die Streichung der Lohngruppe I (74% vom Ecklohn) zu verhandeln, weil dies einer neuen Lohnstruktur vorgreifen würde. Von der 165-DM-Forderung für alle Auszubildenden blieben nur die nackten 5%. – Mit dem Abschluß der Papierverarbeitung konnte der Abstand im Lohnniveau zur Druckindustrie nicht verringert werden. Dies trifft die unteren Lohngruppen um so härter, als die vor wenigen Monaten ausgehandelte Lohnstruktur umstritten ist. Gegen bis zu 90% der neuen Eingruppierungen haben die Betriebsräte Widerspruch eingelegt. 7,50 DM beträgt jetzt der niedrigste Lohn der Papierverarbeitung, 9,26 in der Druckindustrie.

Aktionseinheit zum 17. Juni

Seit 1977 und auch 1981 hat der DGB Frankfurt eine Aktionseinheit mit Stadtjugendring, christlichen Kirchen und jüdischer Gemeinde zum 17. Juni geschlossen. Auch 1981 soll der 17.6. kein Propagandtag für „Wiedervereinigung“ werden, sondern Aktionstag gegen den Faschismus. 1980 hatte Oberbürgermeister Wallmann, CDU, die DGB-Kundgebung verboten; erfolglos, 30000 nahmen teil. Die Kapitalisten haben sich beschwert, daß ihr Antrag auf Teilnahme vom DGB wieder-

um abgelehnt wurde, die CDU hat sich beschwert, daß es mit der Hetze gegen die DDR, für „Wiedervereinigung in Freiheit“, nichts werden wird. Nachdem Familienpsychologe H.E. Richter absagte, spricht als Hauptredner H. Kühn, Ex-„Ausländerbeauftragter“. Die zur Vordertür hinausgeworfenen Kapitalisten sind über den schwerreichen Grundbesitzer und Häuserspekulanten Bubis, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde, durch die Hintertür wieder drin. Richtig ist jedenfalls, den 17. Juni zum Kampftag weder für die BRD-Expansion noch gegen „verbreitete Ausländerfeindlichkeit“, sondern gegen den Faschismus, planmäßige Ausländerhetze und Neofaschisten zu nutzen.

Bundesmontagetarif- vertrag gekündigt

Für die Monteure der Metallindustrie hat die Tariff Kommission beschlossen, den Tarifvertrag für die Auslösesätze und Erschwerniszulagen zum 30. April 1981 zu kündigen. Zur Fernauslösung hat sie die Forderungen nach einer Erhöhung der kalendertäglichen Auslösesätze um 7,6% und nach einer Verringerung der DM-Abstände zwischen den Sätzen in den ersten 60 Kalendertagen bzw. nach 60 Tagen und der Regelung bis zu 150 km und darüber aufgestellt. Die Nahauslösungssätze bei Fernmontagen sollen ebenfalls um 7,6% erhöht, das Trennungsgeld an den Fernauslösesatz nach 60 Kalendertagen bis 150 km angepaßt werden. Weitere Forderungen werden zu den Erschwerniszulagen erhoben. Die Laufzeit soll 12 Monate, die Kündigungsfrist einen Monat betragen.



„Der Herr Generaldirektor Bayer soll einmal nach Judenburg kommen, dann sind die Tomaten ausverkauft!“ So beschreibt ein Arbeiter aus dem Judenburger Werk der staatlichen Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) den Haß der Belegschaft auf die Konzernführung. Diese will noch 1981 1900 Beschäftigte entlassen (s. Pol. Berichte 7/81). In Judenburg, wo jeder Zweite der Erwerbsbevölkerung im Stahlwerk tätig ist, soll insgesamt 1/3 der Belegschaft gekündigt werden. Dagegen demonstrierten am 28.3. 10000, unterstützt vom Bürgermeister und Gemeinderat. Am 22.4. beschloß die Judenburger Belegschaft auf einer Betriebsversammlung (Bild) einen Marsch auf Wien. Inzwischen hat sich die VEW-Muttergesellschaft VOEST bereiterklärt, das Judenburger Werk in Pacht zu übernehmen. Allerdings nur, wenn das relativ hohe Lohnniveau in Judenburg auf das des VOEST-Werkes Donawitz gesenkt werde.

Hoesch-Dortmund

Deutsche Bank rationalisiert: Schwierige Lage im Kampf gegen Entlassungen

Dortmund. Mit dem zum großen Teil durch direkte Entlassungen geplanten Abbau der Belegschaft um mehr als 10000 Beschäftigte ist das Ende März vom Hoesch-Vorstandsvorsitzenden Rohwedder – SPD-Mitglied und vormals Staatssekretär im Wirtschaftsministerium – das derzeit weitreichendste Rationalisierungskonzept der westdeutschen Stahlkapitalisten. Ausgeheckt im Auftrag der Deutschen Bank, die mittels Depotstimmrecht über mehr als 50% des Hoesch-Aktienkapitals verfügt, hat der Hoesch-Aufsichtsrat mit dem Dortmunder Oberstadtdirektor Imhoff als „neutralem Mann“ dem Konzept auf Grund des Drucks der Vertreter der IG Metall nicht zugestimmt. Schon jetzt liegt die Zahl der Arbeitslosen mit 22000 und einer Rate von über 8% in Dortmund weit über dem Durchschnitt. Letzte Entscheidungsbefugnis liegt allerdings bei der

als Ersatz für die veralteten Siemens-Martin-Stahlwerke und das Elektrostahlwerk, dessen Stilllegung bereits seit längerem feststeht. Nach der neuen Konzeption soll ein neues Stahlwerk erst zur Ablösung des jetzt noch laufenden Blasstahlwerks Phoenix gebaut werden. Eine Terminierung lehnt Rohwedder allerdings ausdrücklich ab, was die Frage offen läßt, ob die Stahlproduktion in Dortmund ganz eingestellt werden soll. Diese Vermutung der Belegschaft und der IG Metall wird durch die Absicht des Konzerns bestärkt, die Stahlproduktion im vor einigen Jahren gebauten Stahlwerk an der holländischen Küste zu konzentrieren, von dem ohnehin seit längerem über mangelnde Auslastung geklagt wird – auf Grundlage von Schichtbetrieb rund um die Uhr, versteht sich.

Zusammen mit der Konzentration der Produktion in Dortmund von bis-

lumen der Leistungen des Sozialplans gezehntelt. Wie das gesamte Konzept mit „Unrentabilität“, hat der Hoesch-Vorstand diesen Schritt schlichtweg mit Zahlungsunfähigkeit begründet. Tatsächlich gibt der Estel-Hoesch-Konzern für 1980 zwar 439 Mio. DM Verlust an, hat aber gleichzeitig allein im letzten Jahr rund 500 Mio. DM als Zinsen an die Deutsche Bank weggezahlt – Kapital, das in anderen Bereichen profitabel angelegt wird.

Bei nur geringen Änderungen hat der Hoesch-Gesamtbetriebsrat inzwischen gegen die Stimmen vor allem der Betriebsräte von Phoenix und Union dem neuen Sozialplan zugestimmt. Damit ist eine Voraussetzung zur Durchsetzung des Entlassungskonzepts gegeben. Im Aufsichtsrat macht die IG Metall ihre Zustimmung zum Gesamtkonzept nur noch abhängig von der Terminierung des Baus eines Ersatzstahlwerkes für das Blasstahlwerk Phoenix. Die für den Bau eines Ersatzstahlwerkes für die Siemens-Martin-Anlagen bereits zugesagten 240 Mio. DM aus Bundes- und Landesmitteln werden bei Zustimmung des Aufsichtsrates für das neue Rationalisierungskonzept ebenfalls fließen.

Belegschaftsversammlungen auf allen drei Hütten haben Ende März Resolutionen verabschiedet, in denen festgestellt wird, „daß die herrschende Wirtschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, die Probleme der Zeit zu lösen.“ Sie fordern Enteignung des Stahlmonopols auf Grundlage des Artikels 14 des Grundgesetzes und der nordrhein-westfälischen Verfassung.



Seit der Demonstration von 70000 Leuten am 28. November letzten Jahres hat die Belegschaft der Dortmunder Hoesch-Werke mehrere Streiks durchgeführt. 8500 demonstrierten am 9. April morgens zur Aufsichtsratssitzung. Die Hauptverwaltung wurde mehrere Stunden besetzt.

deutsch-holländischen Holding Estel-NV, in die Hoesch Anfang der siebziger Jahre fusionierte und deren Aufsichtsrat nicht paritätisch besetzt ist. Er stimmte zwar am 15. April nicht über das Konzept ab, signalisierte dem Hoesch-Vorstand aber, mit seiner Durchführung zu beginnen.

Wesentlicher Punkt der Rohwedder-Konzeption ist die Konzentration der bisher drei Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund auf eins, die Westfalenhütte. Noch 1981 soll das Werk Union stillgelegt werden, bis 1987 das Werk Phoenix. Das ist der Hintergrund der Rücknahme des ursprünglich in einem Vertrag mit dem Betriebsrat zugesicherten Baus eines neuen Stahlwerks

her fast allen Walzstahlerzeugnissen auf einige wenige Sorten Feinblech sollen durch das neue Konzept neben der bereits im Zusammenhang mit der Stilllegung der Siemens-Martin-Anlagen beschlossenen und über Frühverrentung bereits laufenden Reduzierung der Belegschaft um 4200 Beschäftigte weitere 6000 hinzukommen, so daß die Belegschaft zum Ende des Jahrzehnts noch etwa 13000 Arbeiter und Angestellte zählen würde. Um diese Reduzierung rascher durchführen zu können, beinhaltet das Konzept Aufkündigung des alten Sozialplans, der zwar Frühverrentung vorsah, Entlassungen aber ablehnte. Von 300 Mio. DM auf 30 Mio. DM wird gleichzeitig das Vo-

Bauhauptgewerbe Schlichtungsspruch ohne große Verbesserungen

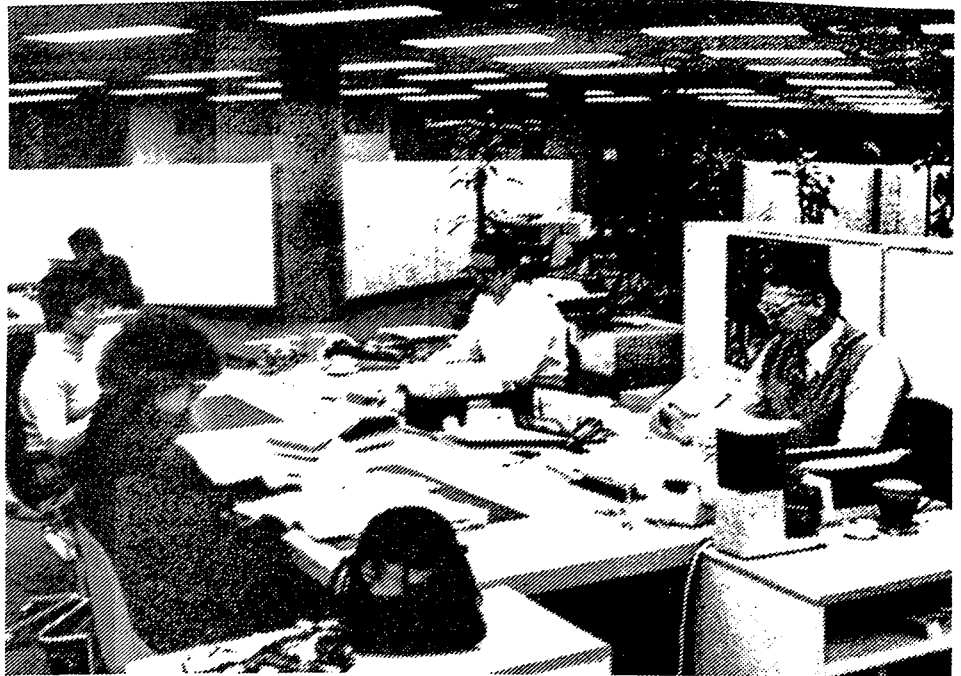
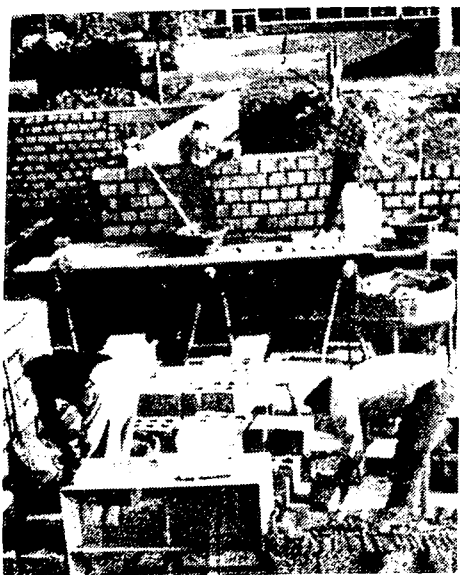
Am 21.4. hat der Schlichter Hesselbach in dem Schlichtungsverfahren des Bauhauptgewerbes einen Schlichtungsspruch vorgelegt: Die bei den Lohnverhandlungen ausgehandelten 4% Lohn-erhöhung ab dem 1.4.81 bleiben unverändert. Beim 13. Monatsgehalt, wo die BSE eine Erhöhung von bisher jährlich 60 auf 1981 80 und 1982 100 Stundenlöhne gefordert hatte, werden nach dem Schlichtungsspruch 1981 78 und 1982 102 Stundenlöhne gezahlt. Der Anspruch auf je 1/12 pro Monat kann von einem in Rente gehenden Arbeiter geltend gemacht werden. Das 13. Monatsgehalt der Auszubildenden erhöht sich 1981 von 200 DM auf 240 und 1982 auf 300 DM. Alle anderen Festlegungen des alten Tarifvertrages zum 13. Monatsgehalt bleiben in Kraft.

Die Große Tarifkommission der IG BSE hat die Mitglieder aufgefordert,

den Schlichtungsspruch anzunehmen. Die Erklärungsfrist beider Seiten ist am 5.5. beendet.

Mit diesem Schlichtungsspruch ist das in den Verhandlungen vereinbarte diskriminierende Verfahren der Berechnung des 13. Monatsgehaltes nach geleisteten Stunden gefallen. 1630 Stunden mußten danach tatsächlich geleistet werden, um eine Erhöhung von 60 auf 75 Stundenlöhne zu erreichen. Nach Abzug von Urlaub, Feiertagen, der Lohnausgleichswoche zwischen Weihnachten und Neujahr sowie der Schlechtwettertage erreichen die meisten Bauarbeiter aber nur 1430 Stunden, so daß eine hinzukommende Krankheit eine Senkung des 13. Monatsgehaltes bedeutet hätte.

Dafür sind aber andere in den Verhandlungen erreichte Ergebnisse zum 13. Monatsgehalt in der Schlichtung fallengelassen worden. So sollte der Anspruch auf anteilige Zahlung pro Monat auch für Arbeiter bestehen, die selbst kündigen, was bisher nicht der Fall war. Auch Wehrpflichtige, die zur Bundeswehr müssen, und Auszubildende, die im Laufe des Jahres ihre Lehre beenden, sollten anteilig das 13. Monatsgehalt erhalten. Eine bestehende Wartezeit von drei vollen Monaten sollte fallen. So gesehen ist es schwer, Fortschritte gegenüber dem abgelehnten Verhandlungsergebnis zu finden, aber auch schwer, eine Einheit über erforderliche Kampfmaßnahmen zu erreichen. Die Baukapitalisten beziffern die bisherigen Lohnsteigerungen seit Beginn des Jahres mit 12–13%, wobei 7–8% auf Kosten des BRTV gehen, nach dem seit dem 1.1.1981 täglich 5 DM Wegegeld sowie alle Fahrtkosten zu erstatten sind. In Kiel wurde der Schlichtungsspruch auf dem Bezirksverbandstag mit 221 zu 200 Stimmen abgelehnt. Die Fachgruppenvollversammlung lehnte ihn mit 230 zu 215 ab.



Angestelltengruppe im Versicherungsbetrieb: „Ist-Zustand“ ist grauenhaft genug.

HBV

Rationalisierung im Versicherungsgewerbe — Arbeitskreise der HBV

„Horrorvision“ nennt der HBV-Vorstand das „Büro der Zukunft“, und unter Betriebsräten und Vertrauensleuten ist häufig von „apokalyptischen Zuständen“ die Rede. Die Versicherungskapitalisten haben die für viele Beschäftigte qualvolle Unsicherheit in Tarifrunde und Betriebsratswahlen nutzen können.

Tatsächlich ist einiges bereits Tatsache, was unlängst noch Zukunftsvision war: Der Versicherungsvertreter kommt zum Kunden mit dem Aktenköfferchen in der Hand. Es wird aufgeklappt, und zum Vorschein kommt – ein tragbares Terminal mit Bildschirm. Flugs wird es ans Telefon angeschlossen, und fertig ist die Verbindung zur Zentraleinheit in der Hauptverwaltung.

Auf dem Bildschirm können sämtliche Auskünfte für den Kunden abgerufen, aber auch gleich die Vertragsdaten für die Ausfertigung einer Police in die Datenbank der HV eingegeben werden. So in Erprobung bei der ÖVA Mannheim. Bleibt nur, das tragbare Terminal mit einem hinreichend kleinen Drucker auszustatten, und sogar die Police kann minutenschnell vor Ort ausgefertigt werden.

Oder: Haft-Pflichtverband der Deutschen Industrie (HDI). Nach zehn Jahren Erprobung ist der Fließbandcharakter der Büroarbeit selbst in den Domänen der bislang hochbezahlten Juristen in den Schadensabteilungen durchgesetzt.

Der Volljurist, der früher „eine Dame zum Schreiben“ hatte und sich um die Vorarbeiten (Schadenanlage und Deckungsprüfung) sowieso nicht kümmerte, macht heute per Bildschirm von der Schadenanlage bis zur Überweisung alles. Personalsparnis: im Bodendienst 100%, in der Registratur 70%, in der Poststelle 40%, in der Buchhaltung 80%, in den Schreibdiensten 60 bis 70%.

Die Prognosen für den Rationalisierungserfolg bis 1990 liegen für die Versicherungswirtschaft zwischen 10 (IAB) und 13,6% (Prognos) der Gesamtzahl der Beschäftigten. Siemens schätzt den Einsparungseffekt von Bildschirmarbeitsplätzen auf 25–38% je Arbeitsplatz. Widerspricht dem nicht aber die Entwicklung der Beschäftigtenzahl?

1962: 135000	1974: 210800
1976: 198000	1977: 198700
1978: 200300	1979: 210800

Die konvulsivischen Zuckungen der Statistik haben ein Einsaugen und Abstoßen von ständig wechselnden verschiedenen Beschäftigtengruppen zur Ursache. Ist z.B. zum Aufbau einer Datenbank vor allem Datenerfassung und Programmierung nötig, so stehen anschließend die qualifizierte Sachbearbeitung und die Wartungsarbeit im Vordergrund. Datenerfasser und Schreibdienst werden abgestoßen. Heute sind die Verhältnisse wie folgt:

Schreibdienste	8,0%
Einf. Sachbearb.	16,1%
Qualif. Sachbearb.	31,4%

Werbeaufsiedlungsdienst (angest.) 19,6%
Gewerbliche 5,4%
Auszubildende 4,3%
der Gesamtzahl der Beschäftigten im Versicherungsgewerbe.

Das gesamte Gehaltsgruppengefüge ist kräftig durcheinandegerüttelt. Ein Programmierer ohne Versicherungsfachkenntnisse verdient soviel wie ein Gruppenleiter in einer Fachabteilung, und für einen Programmierer mit Fachkenntnis ist ein Abteilungsleitergehalt drin. Allerdings – alles außer Tarif, so daß dieser auch keinen Schutz gegen die Schwankungen des Arbeitsmarktes bietet.

Bisher haben es die Versicherungskapitalisten ohnehin geschafft, eine tarifliche Regelung der Rationalisierung zu verhindern. Seit mehr als einem Jahr verhandeln sie einfach nicht über den von der HBV vorgelegten Tarifvertragsentwurf, so daß tarifloser Zustand herrscht. Ohne Zwang wird sich daran nichts ändern.

Der vom HBV-Gewerkschaftstag 1980 eingeleitete Versuch, die Fronten durch eine breit angelegte und fachgruppenübergreifende Untersuchungs- und Mobilisierungskampagne in Bewegung zu bringen, ist nützlich. Mittlerweile existieren bereits bei vielen Ortsverwaltungen die in Antrag 180 beschlossenen Arbeitskreise Rationalisierung.

Wohnraumbesetzung Bundespost besteht auf „friedlicher Nutzung“

Frankfurt. Am 11.4. besetzten 300 junge Leute ein 22000 qm großes Gelände im Frankfurter Stadtteil Nied. Das seit 14 Jahren leerstehende ehemalige Bundesbahnausbesserungsbetriebswerk gehört heute zu 20000 qm der Bundespost, den Rest teilen sich Privatspekulanten in Treuhandenschaft der Bayern-Hypo. Eine Schulz-Immobilien-KG hatte 1980 mit 10,5 Mio. DM Zuzug für 30 Mio. DM an die Bundespost verkauft, die die Auslandskopfvermittlungsstelle aus der Innenstadt Frankfurt in das mit ausgedehnten Bunkeranlagen ausgestattete Betriebswerk legen will. Der Bezirkspersonalrat der Oberpostdirektion Frankfurt hat diese Vorhaben wegen Arbeitsplatzverlusten abgelehnt.

Nachdem die Besetzer vier Tage mit der Renovation von rd. 400 qm ehemaligen Büroraums zum Zweck der Wohnbarmachung beschäftigt waren, tauchte ein Postrat Lamp auf, um das gemachte Angebot des Abschlusses von Nutzungsverträgen mit dem Gegenangebot einer „friedlichen Räumung“ zu beantworten. Begründung waren Rechtssicherheit und Ei-

gentumsanspruch: Zwar wurde die – am selben Tag erst ausgestellte – Abrißgenehmigung von der Bauaufsichtsbehörde besorgt, aber weder besteht ein rechtskräftiger Bebauungsplan noch ein die Bundespost als Eigentümer ausweisender Grundbucheintrag. Selbst wenn der Personalrat dem Bau zustimmt, ist vor 1983 mit keinem konkreten Baubeginn zu rechnen. Mittelbewilligung für die 500 Mio. Baukosten besteht nicht.

Bislang wurden zwei Demonstrationen in Frankfurt für die Nutzungsverträge durchgeführt. Die Oberpostdirektion hat dazu mittlerweile erklärt, Verhandlungsbereitschaft bestünde nur „über den Zeitpunkt einer friedlichen Räumung“, der aber werde nicht den 22. April überschreiten. Unter der Überschrift „Dialog mit der Jugend“ haben die Besetzer einen Offenen Brief an Postminister Gscheidle verfaßt, der die Lage beschreibt und die Forderung nach Nutzungsverträgen „mindestens bis zum Baubeginn“ stellt. Die Fraktion der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung hat die Besetzung und die Forderung unterstützt, eine Äußerung der SPD steht, offenbar mangels Absprache mit dem Parteifreund in Bonn, noch aus. Ansatzpunkte für eine Unterstützung gibt es, hat doch der Kandidat der SPD Berg im kommunalwahlkampf die Errichtung von Wohnraum für 400 Menschen, wenn auch als Eigentumswohnungen, gefordert. Die Leute sind da, Berg muß sich nur noch an seine Forderung erinnern.

Der Personalrat des Fernmeldeamtes Frankfurt 1 – derzeitige, nicht buntergeschützte Auslandskopfvermittlungsstelle – hat anlässlich der Besetzung erklärt, vor Erstellung eines Bebauungsplanes und seiner Rechtswirksamkeit sei ohnehin keine Entscheidung zu treffen, mindestens so lange schieden Abriß oder Räumung aus. Die Besetzer wollen neben kollektiver Wohnraumnutzung ohne bürgerlichen Staatsapparat ein Kulturzentrum einrichten. Das Postministerium soll Nutzungsverträge abschließen.

Bauern Steigende Versicherungs- lasten geplant

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat sich ein Gutachten seines Wissenschaftlichen Beirats erstellen lassen zur „Situation der Agrarsozialpolitik und notwendigen Reformen des sozialen Sicherungssystems für Landwirte in der Bundesrepublik“. Die Bauern seien in unverhältnismäßigem Maße besser gestellt als die Angehörigen anderer Wirtschaftsbereiche.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, die bei Arbeitsunfällen aufkommt sowie bei Erwerbsminderung oder -unfähigkeit Renten zahlt, existiert seit rund 90 Jahren. Die Beiträge werden entsprechend dem Flächenwert des Betriebes (= Größe des Betriebes mal durchschnittlichem Hektarsatz der jeweiligen Gemeinde) erhoben. Diese Einnahmen decken nicht die Ausgaben, die Differenz wird durch Bundeszuschüsse gedeckt.

Die landwirtschaftliche Krankenkasse, 1972 gegründet, erhebt Beiträge ebenfalls nach dem Flächenwert. Vorgesehen ist eine Selbstfinanzierung, ausgenommen für die Arzt- und Krankenhauskosten für Altenteiler, die durch Bundeszuschüsse gedeckt werden. Von den 864 130 Mitgliedern 1980 waren 356 595 Altenteiler und 84 517 mitarbeitende Familienangehörige, die keine Beiträge bezahlen. Die Pläne des Ertl-Ministeriums sehen eine Verringerung des Anteils der Nicht-Beitragszahler vor, insbesondere die Frauen von Nebenerwerbslandwirten sollen beitragspflichtig werden.

Die landwirtschaftlichen Alterskassen zahlen Altersgeld und die Landabgaberente; gegründet wurden sie vor rund 20 Jahren. Rund 75% der Ausgaben werden durch Bundeszuschüsse finanziert, die Beiträge, die erhoben werden, sind für alle Betriebe gleich.

Leistungen und Beiträge der landwirtschaftl. Alterskassen

	1979	1980	1981
Beitrag/mtl.	66,00	70,10	75,00
Altersgeld f.			
Alleinstehende*	277,60	288,70	300,20
f. Verheiratete	416,00	432,70	450,10
Landabgaberente			
f. Alleinsteh.*	392,60	403,70	419,80
f. Verheiratete	591,00	607,70	625,10

* nach 15 Beitragsjahren, f. jedes weitere Versicherungsjahr + 3% bis höchstens 23 Beitragsjahre.

Jetzt soll die Einführung von gestaffelten Beiträgen geprüft werden, um die Bundeszuschüsse zu senken.



Mit der Landabgaberente hat die Bundesregierung erreicht, daß das Durchschnittsalter der Bauern innerhalb der EG mit 45 Jahren am niedrigsten ist.

Heimarbeit

Die Löhne liegen ein Drittel unter dem niedrigsten Tariflohn

Trotz des Rückgangs von rund 20000 Heimarbeitsplätzen in den letzten zehn Jahren schaffen in Baden-Württemberg rund 40000 Heimarbeiter. Auf dem 1. Heimarbeiter-Schutzkongreß 1904 forderte Sombart die Gleichstellung der Heimarbeit mit der Industriearbeit. Dies ist bis heute nicht erreicht.

Im Kommentar zum Heimarbeitsgesetz von H.-T. Brecht heißt es: „Der Heimarbeiter unterscheidet sich vom Arbeitnehmer darin, daß er seine Arbeit nicht im Betrieb des Arbeitgebers verrichtet, sondern in seiner eigenen Wohnung oder in einer von ihm selbst gewählten Betriebsstätte. Der Heimarbeiter ist also hinsichtlich der Art und Weise der Erledigung seiner Arbeit und hinsichtlich der Einteilung seiner Arbeitszeit frei. Er ist außerdem *nicht* in den Betrieb und die dort eingeführte Ordnung *eingegliedert*. Der Heimarbeiter ist damit *persönlich selbständig* ... Der Heimarbeiter ist also weiterhin frei, Arbeitsaufträge anzunehmen oder abzulehnen. In der Regel zwingen ihn allerdings die Marktverhältnisse dazu, die ihm angebotenen Arbeiten auch zu übernehmen. Von dem selbständigen Gewerbetreibenden oder Unternehmer unterscheidet sich der Heimarbeiter dadurch, daß er nur auf *Auftrag* hin tätig wird und die Arbeitsergebnisse nicht selber am Markt absetzt. Der Heimarbeiter trägt also keinerlei unternehmerisches Risiko ...“

An erster Stelle bei der Vergabe von

Heimarbeit steht seit 1980 in Bad.-Württ. die Eisen-, Metall- und Elektroindustrie. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl ist bis auf 90% zurückgegangen. Erstmals seit 25 Jahren sind in Bad.-Württ. mehr als 3000 Männer in Heimarbeit beschäftigt. Dabei handelt es sich überwiegend um hoch qualifizierte Facharbeiter. Heimarbeiter sind völlig unregelmäßig beschäftigt, manchmal erhalten sie wochenlang keinen Auftrag, dann wieder in kürzester Zeit mehrere Aufträge von mehreren Kapitalisten. Sonntags- und auch Nacharbeit oder die Hinzuziehung von Kindern zur Mithilfe kann hier allein durch die Auftragslage erzwungen werden.

Die Gewerbeaufsichtsämter können eine Kontrolle hierüber kaum ausüben: „Da kanns schon mal sein, daß die Firma am Freitag einen Auftrag anliefert, den sie am Montag wieder fertig abholen will, und der Heimarbeiter führt ihn dann auch termingemäß aus, weil er die ganze Woche über keinen Auftrag zu bearbeiten hatte.“ Die Gewerbeaufsichtsämter berichten u.a. über „fehlerhafte stromführende Teile, z.B. ausgebrochene und provisorisch geflickte Stecker und Kupplungen oder blanke Anschlüsse und freiliegende Schaltungen ... In einem Fall führte der falsche elektrische Anschluß einer Handschuh-Plättmaschine zum tödlichen Unfall einer Heimarbeiterin ... In verschiedenen Fällen mußte das An-

bringen von Schutzvorrichtungen, z.B. Abdeckhauben an Keilriemen, zur Auflage gemacht werden, auch mußten die Heimarbeiter immer wieder über die Gefahren einer Entfernung von Schutzvorrichtungen aufgeklärt werden ... Weil eine geeignete Spannvorrichtung fehlte, hielt eine Heimarbeiterin mit Bohrungen versehene Metalleisten zum Ansenken an einer Säulenbohrmaschine mit der Hand fest. Als Senker wurde ein schlecht angeschliffener Bohrer verwendet. Die Ausgabe von Trichloräthylen an Heimarbeiter mußte in einem Fall untersagt werden. Bei einer Heimarbeiterin hatten sich durch Einatmen dieses Stoffes bereits Vergiftungserscheinungen gezeigt, die eine Aufnahme in ein Krankenhaus notwendig machten ...“

Von den 6704 Heimarbeitern im Regierungsbezirk Karlsruhe arbeiten fast 3000 in Pforzheim, unter ihnen ein hoher Anteil von Facharbeitern (Schmuckfasser, Uhrmacher). Durch die von Entlassungen begleitete Krise der hier liegenden Uhren- und Schmuckindustrie verteilen nun viele Kapitalisten je nach Auftragslage an ihre ehemals fest angestellten Facharbeiter Heimarbeitsaufträge.

Nach Auskunft des Gewerbeaufsichtsamts Karlsruhe liegen die Stundenlöhne in diesem Fall bei 20 DM. Die durchschnittlichen Stundenverdienste aber liegen je nach den 26 verschiedenen Gewerbegruppen und Art der Arbeit zwischen drei DM und sieben DM. Für den Wirtschaftszweig Eisen und Metall gilt seit dem 1.1.81 ein Stundenlohn von 6,82 DM (1971: 1,61—1,78 DM), für Textil 4,38 DM (1971: 1,45—2,50 DM). Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Bad.-Württ. dazu: „Die Heimarbeitsausschüsse ... versuchen deshalb in verstärktem Umfang, die Mindestentgelte der Heimarbeiter, die durchschnittlich ein Drittel unter den Tariflöhnen der niedrigsten Lohngruppe der Betriebsarbeiter liegen, obwohl in Heimarbeit nicht nur Arbeiten, die diesen Tariflohngruppen entsprechen, verrichtet werden, an vergleichbare Betriebslöhne heranzuführen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß allzu starke Entgelterhöhungen die Bereitschaft der Auftraggeber zur Vergabe von Heimarbeit beeinträchtigen können.“

Selbst diese niedrigen Löhne werden oft nicht gezahlt und müssen eingeklagt werden. Das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe hat in seinem Bezirk nach Überprüfungen die Nachzahlung von 1,8 Mio. DM an Löhnen für das Jahr 1980 veranlaßt. 1978 waren es für ganz Bad.-Württ. noch 2,3 Mio. DM. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Prüfungen nur stichprobenmäßig geschehen und ein Entgeltprüfer für ca. 2500 Heimarbeiter zuständig ist.



7 große Körbe mit künstlichen Blumen wurden in die Wohnung geliefert. Die Heimarbeiterin muß sie mit Draht zu Sträußen binden und in Tüten verpacken.

Daten zur Heimarbeit

Die Informationsstelle Wirtschaft Baden-Württemberg kommentiert im Februar die folgende Statistik: „... Wie die zahlreichen ‚Tüftler‘ und Erfinder, die zum guten Ruf Baden-Württembergs in aller Welt beigetragen haben, gehören auch die Heimarbeiter zu einem eigenen ‚Menschenschlag‘, der die schwäbischen Eigenschaften des Fleißes, der Sparsamkeit und der Beharrlichkeit pflegt und in Ehren hält.“

Beschäftigte Heimarbeiter

(Männer und Frauen) Juni 1979
n. Landesarbeitsamtsbezirken in %

Baden-Württ.	39954	26,4
Nordbayern	28435	18,8
Nordrhein-Westf.	26609	17,6
Südbayern	18230	12,1
Hessen	14578	9,6
Niedersachsen/Bremen	9123	6,0
Rheinland-Pfalz	7879	5,2
Schlesw. Holst./Hamb.	3801	2,5
Berlin (West)	2629	1,8

BRD 151238 100,0

Anteil der Heimarbeit im Bundesdurchschnitt nach Wirtschaftszweigen in %

I Verarbeitendes Gewerbe (Ohne Baugewerbe)
darunter:

Textil	19611	12,9
Elektrotechnik	19030	12,6
Kunststoffverarb.	11517	7,6
EBM-Waren	10876	7,2
Oberbekleidung, Wäsche	9398	6,2
Spielwaren, Christbaumschmuck	8062	5,3
Leder	7944	5,2
Papier	7788	5,1
Drechsler-, Korb-, Flecht-, Schnitzwaren usw.	5247	3,5
Hüte, Mütze, Kappen, Pelze usw.	5068	3,3
Edel- und Schmucksteine, Schmuckwaren	4690	3,1
Feinmechanik und Optik, Uhren	4455	2,9
Schuhe	3449	2,3
Chemie	3233	2,1
Gummi-, Asbestverarb.	2842	1,9
Druck, Vervielf.	2783	1,8
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	2529	1,7
Fischverarbeitung	1607	1,1
Glasherst. + verarb.	1134	0,8
Musikinstr.	915	0,6
Tabakverarb.	563	0,4

II Handel 7053 4,7

III Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe 718 0,5

IV Dienstleistungen 5227 3,5

V Übrige Wirtschaftszweige 5499 3,7

Bayern

Reaktionäre Schulverfassung im Entwurf

Die Allgemeine Schulordnung (ASchO) und die Lehrerdienstordnung (LDO) in Bayern müssen nach einem Richterspruch des Bay. Verfassungsgerichts vom März 1980 eine gesetzliche Grundlage erhalten. Für Eltern, Lehrer und Schüler ist dies notwendig, damit sie ihre Rechte auch einklagen können. Bisher können diese „Rechte“ durch Verordnungen des Kultusministeriums (KuMi) eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt werden.

Der bay. Kultusminister Maier legte nur deshalb ungenügend Ende März den Entwurf zum „Bay. Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen“ (EUG) vor. Die reaktionären Bestimmungen der ASchO wurden nämlich im EUG voll übernommen und der nahezu rechtlose Status der Eltern, Lehrer und Schüler festgeschrieben. KuMi Maier sagte dazu, daß „... das EUG für ihn kein Anlaß war, Zugeständnisse an Schüler und Eltern für die Mitgestaltung des Schulwesens zu machen.“

SPD, FDP, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) haben den Entwurf scharf kritisiert. „Dort wird den Eltern weiterhin nur beratende und vermittelnde Funktion zugesprochen. Eine rechtliche Einspruchsmöglichkeit soll es auch in Zukunft nicht geben. SPD, FDP und GEW fordern dagegen Schulkonferenzen auf allen organisatorischen Ebenen (Schule, Kreis, Land). Während die GEW die Schulkonferenz jedoch als oberstes, selbständiges Entscheidungsorgan auf allen Ebenen festlegt (die Schulkonferenz wählt z.B. den Schulleiter), untersteht sie im Vorschlag der SPD der Schulaufsicht und hat auf Landesebene keine Entscheidungskompetenz. Im Vorschlag der GEW soll die Landesschulkonferenz über Richtlinien für Prüfungen, Versetzungen und Abschlüsse, über die Umverteilung von Haushaltsmitteln, Anforderung von Planstellen, den Entwurf und die Erprobung von Rahmenlehrplänen, den Schulentwicklungsplan und die Verteilung der Planstellen auf die Kreise entscheiden. Die Wahl der jeweiligen Vertreter in den Schulkonferenzen erfolgt durch die entsprechenden Eltern-, Schüler- und Personalräte. Die Besetzung erfolgt paritätisch.“

Die Zensur von Schülerzeitungen und die Befugnis des Rektors, die Herausgabe einer Schülerzeitung zu verbieten, ist im EUG festgeschrieben. Dagegen fordern SPD, FDP und GEW, daß eine Zensur verboten ist und die

Grundsätze der Pressefreiheit auch für Schülerzeitungen gelten sollen. Außerdem fordert die GEW die Wahl aller Entscheidungs- und Funktionsträger auf Zeit, die Sicherung von Meinungsfreiheit und Koalitionsfreiheit.

Der Entwurf des EUG wird nach der Stellungnahme der Verbände und Kirchen Ende Mai ins Kabinett zur Beratung kommen und darauf in den Landtag und Senat zur Beschlußfassung gehen.

Berufsschule

Kürzung des Berufsschulunterrichts geplant

Hannover. Im Ausbildungsbereich Rechtsanwalts- und Notarsgehilfen in Niedersachsen soll der Berufsschulunterricht von zehn auf acht Stunden gekürzt werden. 1976/77 waren als Versuch in Hannover zehn Stunden Unterricht eingeführt worden: an einem Tag



sechs Stunden mit freiem Nachmittag; an einem weiteren Tag vier Stunden am Nachmittag, wobei vormittags gearbeitet wird. Das Kultusministerium will jetzt in den drei Rechtsanwaltskammerbezirken eine einheitliche Regelung auf acht Stunden durchsetzen. Gleichzeitig sollen aufgrund der Kirchenverträge und eines Erlasses von 1967 Religion und Sport eingeführt werden. Die Kürzung des Unterrichts soll die Fächer Maschinenschreiben, Steno und Kosten- und Verfahrensrecht betreffen.

Da 70 bis 80% der Auszubildenden nach Abschluß der Lehre nicht übernommen werden – eine Auszubildende kostet einen Rechtsanwalt im Schnitt nur 300 DM – heißt für die meisten gerade eine Kürzung der technischen Fächer eine Verschlechterung der Chancen, später einen Beruf zu

finden. Die Prüfungsanforderungen von 120 Silben in Steno sind in der verkürzten Stundenzahl nicht zu schaffen. Viele Kolleginnen besuchen bereits in ihrer Freizeit zusätzlich Kurse.

Die Auszubildenden in Hannover haben sich gegen die Verkürzung der Unterrichts zusammengeschlossen. In einer knappen Woche wurden über 200 Unterschriften gesammelt. An einer Versammlung nahmen ca. 40 Schüler, Vertreter des Stadt- und des Landeschülerrates und der HBV teil. Es wurde beschlossen: Mindestens zehn Stunden müssen beibehalten werden. Gefordert wird: zwölf Stunden an zwei arbeitsfreien Wochentagen. Diese Forderung wurde am 1. Mai im HBV-Block von den Auszubildenden getragen.

Inzwischen hat die Rechtsanwaltskammer Celle auf die Forderung der Auszubildenden reagiert. Sie will im Kultusministerium für zehn Stunden eintreten und eventuell sogar für zwölf Stunden, da bei zehn Stunden der „2. Berufsschultag unausweichlich ist und in diesem Falle ... auch dieser 2. Berufsschultag vollen Unterricht gewährt.“

Am 13.5. findet eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Rechtsanwaltskammer und des Kultusministeriums statt. Dort sollen die Verantwortlichen Stellung nehmen. Die Gewerkschaft HBV unterstützte bisher die Aktionen der Schüler: So wurde über die Ferien ein Ausschuß gebildet, der die Räume der HBV benutzen konnte. Flugblätter und Pausenaktionen wurden unterstützt, eine Wandzeitung gefertigt, und Jugendvertreter der HBV unterstützten die Schüler in ihrer Vorbereitung auf den 1. Mai. Eine Postkartenaktion an den KuMi läuft. Jetzt wollen die Schüler eine Untersuchung über die Lage in den Büros machen als Grundlage zur Erarbeitung eines Tarifvertrages, den es in diesem Bereich noch nicht gibt. Verschiedene Schüler haben sich in der HBV organisiert.

Bundeswehr Aufgaben des Vertrauensmannes neu festgelegt

Hamburg. Seit Anfang des Jahres läßt Verteidigungsminister Apel kaum eine Gelegenheit aus, um seine Absicht zu bekunden, die Rolle des Vertrauensmannes in der Bundeswehr zu stärken. Der Führungsstab der Streitkräfte in Bonn hat nun ein Papier über „Möglichkeiten zur Stärkung der Stellung des Vertrauensmannes“ herausgebracht; erklärtes Ziel ist Schaffung einer neuen Zentralen Dienstvorschrift (ZDV).

Die Militärs heben drei Grundprinzipien hervor, die den Rahmen für die Tätigkeit des Vertrauensmannes bilden: 1. „Unteilbarkeit der militärischen Führungsverantwortung als unverzichtbare Voraussetzung für die militärische Effizienz“; 2. „Keine Fremdbestimmung in der Bundeswehr, weder durch BW-externe Gruppen, noch im Sinne einer Bevormundung der Soldaten durch ihre Interessenvertreter, noch im Sinne einer Mitwirkung über den Bereich des Betroffenseins hinaus“, und 3. gilt nach wie vor „das Prinzip der vertrauensvollen Zusammenarbeit, nicht der reinen Interessenvertretung“.

Nachdem also jede Form von Mitbestimmung, organisierter Zusammenarbeit der Vertrauensleute, gewerkschaftlicher Einfluß und Interessenvertretung der Soldaten verboten ist, kann dann die Stellung des Vertrauensmannes gestärkt werden. Der soll nämlich mitwirken können in Fragen des Dienstbetriebes, des Gemeinschaftslebens und der Fürsorge. Mitwirken



‘Rheinländerwochenende‘ (Ausgleich für Reisezeit nach Hause) fordert der Arbeitskreis Wehrpflichtige der DGB-Jugend Hamburg.

heißt, der Vertrauensmann hat das Recht, in diesen Fragen vom Kompaniechef gehört zu werden, ja er kann sogar „Antworten abfordern“ (Apel). Dafür werden seine Arbeitsmöglichkeiten verbessert, z.B. Mitbenutzung des Geschäftszimmers.

Im Kern ist diese Stärkung der Rolle des Vertrauensmannes eine Präzisierung dessen, was er darf und vor allem, was er *nicht darf* (über 30 Fallbeispiele haben die Strategen von der Hardthöhe mitgeliefert); das soll sich verkaufen lassen als Ausweitung der Rechte (breiteres Tätigkeitsfeld, bessere Arbeitsmöglichkeiten). Notwendig wird diese Reform dadurch, daß sich die Gewerkschaften zunehmend um die Interessen ihrer Mitglieder beim Bund kümmern und die Forderung nach Interessenvertretung lauter wird, auch wenn diese Entwicklung noch ganz am Anfang steht.

Westberlin

Die Aufgaben der Arbeiterbewegung bleiben

Schon vor den jetzigen Parlamentsneuwahlen diskutieren die bürgerlichen Parteien über Neuwahlen im November, weil keine Partei sich offensichtlich eines Parlamentssieges sicher ist. Die „Berliner Rundschau“, Zeitung der CDU, schreibt: „Um die absolute Mehrheit zu erreichen, muß sie (die CDU, d. Red.) aber in die Schichten der typischen SPD-Stammwähler eindringen.“

In ihrer Wahlpropaganda trommelt die CDU gegen Filz, Bürokratie, staatliche Bevormundung. Von Norbert Blüm, Favorit der CDU als „Gewerkschafter“, ist bisher bekannt, daß er die Kita-Plätze abbauen und Erziehungsgeld einführen will. Elmar Pie-roth verspricht den Arbeitern, von denen der größte Teil zur Zeit sich im Kampf um den Lohn befindet, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in Form von betrieblichen Beteiligungen, um Teile des Lohns den Kapitalisten auch noch als Kapital zur Verfügung zu stellen. Mit den Schlagworten: „Mehr Bürgerfreiheit, Hilfe zur Selbsthilfe, Stärkung der Familie“ versucht die CDU zu verkleistern, daß sie das Programm der Reaktion durchsetzen will.

Der Stobbe-Senat ist an dem Versuch gescheitert, die Maßnahmen, die vom Finanzkapital gefordert werden, durchzusetzen. „Mit Stobbe geht das Sparschwein durch“, hieß es in einer Karikatur in der Dezemberausgabe der Gewerkschaftszeitung der ÖTV. Die Sparmaßnahmen des Senats stoßen auf Widerstand, vor allem auch bei den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft. Die SPD versucht, mit Vogel den Wahlkampf zu führen in Berufung auf die Tradition der Arbeiterbewegung, im Zeichen der Vernunft die „Probleme der Stadt“ zu lösen.

Die Arbeiterbewegung steht vor der Aufgabe, gegen das Programm der Reaktion eine Front aufzubauen, die Forderungen, die teilweise schon in den Einzelgewerkschaften erhoben werden, zusammenzufassen und dafür zu kämpfen, egal, wer die Senatsmannschaft stellt. Jedoch werden die Bedingungen unter einer CDU-Regierung schlechter.

Eine Schwächung der Arbeiterbewegung ist, daß keine Partei, die ein konsequentes Programm gegen den Angriff der Reaktion und für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse vertritt, kandidiert, und der alle diejenigen, die eine solche Position im Parlamentsrummel für notwendig halten, ihre Stimme geben könnten.

Von der Bewahranstalt zum Landeskrankenhaus Zur Lage der psychisch Kranken in der Bundesrepublik

Dem Arzt Dr. Pramann wurde zum 31.3.81 vom schleswig-holsteinischen Sozialministerium gekündigt, weil er die Zustände im Schleswiger Landeskrankenhaus offengelegt und die Initiative der Patienten nach Beseitigung ihrer Isolierung unterstützt hat.

Schon immer haben die herrschenden Klassen sich der „nutzlosen“ psychisch Kranken durch Entrechtung, Unterdrückung und Isolierung zu entledigen versucht. Im Mittelalter, sofern sie nicht für die Feudalherren als Narren auftreten mußten, kamen sie in die Gefängnisse, später entstanden die ersten „Verwahranstalten“, die nichts mit Pflege zu tun hatten. Landeskrankenhäuser gibt es seit 1812.

Für die westdeutsche Bourgeoisie heute bleiben die psychisch Kranken ein Kostenfaktor, der gesenkt werden muß, und wird nur der Teil dieser Menschen interessant, der für die kapitalistische Produktion noch auszusortieren ist.

Am 31.12.71 wies die Statistik in der BRD 112347 Patienten in psychiatrischen Krankenanstalten aus, fast jede Familie hat in ihrem Kreis einen solchen Kranken. Die Aufnahmen in das Schleswiger Landeskrankenhaus z.B. sind von 1969 2229 auf 1977 2630 gestiegen. 75% aller psychiatrischen Krankenhausbetten in SH stehen in den LKHs. In den letzten Jahren ist immer wieder die rechtliche, soziale und materielle Gleichstellung der psychisch Kranken mit anderen Kranken

gefordert worden. Grundlage für die Schlechterstellung ist einmal das Halbierungsgesetz, von Hitler 1939 erlassen, Grundlage sind auch die Paragraphen des Strafrechts und der Ländergesetze für psychisch Kranke, die bis ins Einzelne die Zwangsverwahrung, Entmündigung, Entrechtung und Isolierung organisieren und die Grundlage von Satzungen der LKHs sind, gegen deren vielfältige Schikanen sich die Patienten des LKH Schleswig z.B. mit ihrer Patientenzeitung wenden.

Während die psychiatrischen Abteilungen der allgemeinen Krankenhäuser oder der Unikliniken voll in die Bedarfspläne eingehen, liegen die Pflegesätze der LKHs laut Ländervereinbarung (auf Grundlage des Halbierungsgesetzes) bei 60% dieser „normalen“ Pflegesätze, was dann zu folgenden Zuständen führt:

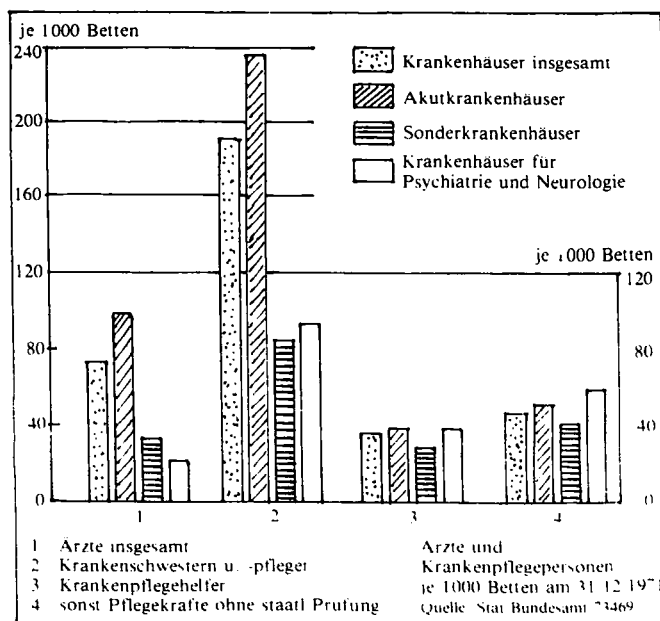
Betten in ... Gebäuden n. Alter	
22,3%	bis 1899
49,9%	1900 — 1925
5,3%	1926 — 1953
22,5%	1954 — 1969
Kranke in Schlafräumen mit	
1— 5 Betten	33%
6—10 Betten	28%
11—20 Betten	28%
21 und mehr	11%

(Psychiatrie-Enquete der Bundesregierung 1973)

Der durchschnittliche Bettenausnutzungsgrad lag mit 100,8% deutlich über dem allgemeinen mit 88,5%. Bei

der Versorgung mit Ärzten und Pflegepersonal (s. Schaubild) kommt zum Ausdruck, daß geschultes Personal fehlt, ungelerntes Personal mehr eingestellt wird. Die Zahl der Wirtschafts- und Verwaltungskräfte liegt mit 140 je 1000 Betten bei der Hälfte der sonst üblichen.

Es gibt auch im LKH Schleswig Rehabilitationsabteilungen, die der Landes- und Bundesregierung als Vorzeigeeinheiten dienen. Die Stationen mehrere Türen weiter im gleichen Haus für chronisch psychisch Kranke zeigen die Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Patienten und der Beschäftigten: geriatrische Aufnahmestation Schleswig: 30—32 Patienten auf der Station, 13 Pflegekräfte und 2 Schüler, die voll auf den Stellenplan angerechnet werden, arbeiten in 3 Schichten. Oft sind bei einer Schicht nur 2—4 Kollegen zur Verfügung. Bei den Patienten, die sich einnässen und nicht allein essen können, ist kaum die minimalste Pflege möglich. Gespräche sind unmöglich, einen Arzt hat die Station nicht. Auf den Langzeitstationen sind oft nur 2 Pfleger. In einem Leserbrief in der „SH-Landeszeitung“ wendet sich eine Beschäftigte gegen die Propaganda, daß die Pfleger die Patienten mißhandeln würden und benennt die Ursachen: „Es ist nachts auch bei nachhaltigem Fördern des geregelten Wasserlassens nicht vermeidbar, daß durchschnittlich 15 Patienten einnässen bzw. einkoten und von einer Pflegekraft versorgt werden müssen. Da diese eine



Landeskrankenhaus Wiesloch (geschl. Abteilung)

Gängige Methoden in der Psychiatrie: bestenfalls Symptome verdeckt

Seit dem Ende des 18. Jh. suchen Ärzte nach Wegen zur Behandlung von „Irren“. Therapien mit jähem Kaltwassergüssen, Hunger- und Durstkuren, Abführ- und Brechkuren, Drehsesseln und glühenden Eisen basierten auf der Meinung, daß Schock vom „Wahn“ befreien könnte. 1938 sah der Nervenarzt Cerletti, wie im Schlachthof durch Elektroschock betäubte Tiere schmerzlos getötet werden konnten. Diese elektrisch ausgelösten Krämpfe mit nachfolgender Bewußtlosigkeit wandte er an Menschen an und fand, daß diese ruhiger wurden. Noch heute wird der E-Schock, auch „Heilkrampf“ genannt, in der BRD angewandt. Da



bekannt ist, daß bereits nach vier Schocks irreparable Schäden auftreten, wurde diese Behandlung mehr oder weniger reduziert auf sogenannte lebensbedrohliche Katatonien (Erstarrungszustände), obwohl es Kliniken gibt, die auch ohne Schocktherapie zurecht kommen.

Eine Wende in der psychiatrischen Behandlung trat in den 60er Jahren ein mit der Erfindung der Psychopharmaka (Neurothymoleptika) zur Behandlung der Schizophrenie und anderer Wahnkrankheiten. Die biochemische Wirkung dieser Medikamente ist immer noch weitgehend unbekannt, man weiß nur, daß sie „wahndämpfend“ wirken und eine „stille Ergebenheit“ zur Folge haben.

Innerhalb und außerhalb der Anstalten erleben diese Menschen ein seelisches und psychisches Krüppeldasein. Zwar werden z.Zt. rund 80% der Wahnkranken aus den Kliniken entlassen, jedoch kehren fast alle wieder für längere Zeit dorthin zurück. Ein Kreislauf, der von Experten als „Drehtürpsychiatrie“ beschrieben wird. Bei der Behandlung tritt eine Fülle von Nebenwirkungen auf: Apathie, Angstzustände, Depressionen bis zum Suizid, Krämpfe, Sehstörungen, Schwindel, Erbrechen, Durchfälle, Blutbildveränderungen und Leberschäden. Bekannt ist, daß die Therapie auf die Dauer nicht nur Herz- und Gefäßschäden zur Folge hat, sondern eine unheilbare

Stammhirnveränderung, die den Behandelten letztendlich zum Pflegefall machen kann.

Häufig wehren sich die Patienten gegen die Behandlung, und je mehr sie sich wehren, desto höher wird dosiert. Oft ist das nur mit Tricks möglich, indem Tropfen in Wasser verabreicht werden, wobei der Kranke die Dosiserhöhung nicht wahrnimmt, oder man gibt den Patienten zur Langzeittherapie Depot-Spritzen, weil sie die Medikamente freiwillig nicht regelmäßig einnehmen. Dennoch wird in der Psychiatrie weiterhin hauptsächlich mit diesen Medikamenten „behandelt“. Die Ursachen der Krankheiten, die nur allzu oft in den gesellschaftlichen Bedingungen des Kapitalismus begründet sind, bleiben unbeachtet. Neuroleptika und Elektroschocks verdecken also unter dem Preis schwerster Nebenwirkungen bestenfalls die Symptome, oft nicht einmal das.



Pflegekraft auch noch Nacht für Nacht ein bis zwei aus dem Bett Gefallene wieder hineinbefördern muß, ... kommt es immer wieder zu Szenen, die ... wie Schlägereien anmuten mögen. Eine Doppelwache ist nötig, um den Verdacht, die Patienten zu schlagen, zu begegnen ... und eine fachgerechte Versorgung zu gewährleisten.“

Durch „Arbeitstherapie“ ideologisch begründet, folgt so der Arbeitsinsatz der Kranken selbst. LKH Lüneburg: 4 Gartenkolonnen aus 12—15 Patienten bearbeiten 720 Morgen. Das landeseigene Gut von 159 ha wird von 14 Patienten bewirtschaftet, die Arbeit in Schlosserei, Malerei, Tischlerei wird im wesentlichen von Patienten geleistet. Das Land Niedersachsen sackte aus Reingewinn der Kranken allein 765 000 DM im Jahr 1977 ein. Gerichtliche Patienten werden nach §10 Justizwo gezwungen zu arbeiten, wenn

nicht, müssen sie sämtliche Kosten für die „Unterbringung“ zahlen.

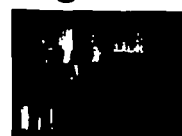
Die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ in den LKHs: Nach Satzung muß Anstaltskleidung getragen werden, werden Briefe zurückgehalten und geöffnet, kann der wichtige Besuch verboten werden, wird das Wahlrecht entzogen, kann Ausgang gestrichen werden. Die Kritik an diesen Zuständen, unter denen die psychisch kranken Arbeiter, Angestellten und Jugendlichen leben müssen, ist Anfang der 70er Jahre zuerst als Sachverständigenkritik formuliert worden. Gestützt auf die Psychiatrie-Enquete hat die Bundesregierung seit 1973 eher Gesetze verabschiedet, die die Lage verschlechtern: die Ausbeutbarkeit auch für psychisch Kranke, die Sozialversicherungspflicht für Behinderte in Werkstätten ohne die Gleichstellung von Leistungen. In den letzten Jahren

haben sich sowohl die Gewerkschaft ÖTV als auch die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) für die Offenlegung der Bedingungen in den Großkrankenhäusern ausgesprochen und Forderungen entwickelt.

DER AUSBLICK

Unabhängige Zeitung unimündigster aber nicht mündigster Patienten Nr. 3/Dezember 1980

„Droht“ jetzt einigen die Wiederbe-mündigung?



DIE ANSTALT MAL ANDERSRUM

Ein Aufruf zur Veränderung der psychiatrischen Versorgung.

**Versorgung mit psych. Betten
pro 1000 Einwohner**

BRD	1,8
Schweiz	3,5
England	3,5
Schweden	4,2
USA	4,5

Italien

In den 70er Jahren setzten Beschäftigte der psychiatrischen Anstalten mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei Änderungen durch wie: Abschaffung der physischen Zwangsmaßnahmen, Öffnung von geschlossenen Abteilungen, Patientenversammlungen. Kommunale Vertretungen wurden gezwungen, besetzte Häuser als Ambulatorien für psychisch Kranke zu finanzieren. Durch Gründung von Centri Igieni Mentale (CIM), das sind ambulante Stationen, wird teilweise die Rückkehr der Pa-

tienten in ihre Dörfer erreicht. 1978 wird das Gesetz Nr. 18 verabschiedet, das die allgemeine Auflösung der psychiatrischen Anstalten gesetzlich verankert. Die Zwangseinweisung durch Vollzugskräfte der Polizei wird per Gesetz verboten, zwangseinweisen kann nur der Bürgermeister mit zwei zuständigen Ärzten. Dennoch sieht man schon an der Frage der Finanzierung, welche Möglichkeiten der italienischen Bourgeoisie zur offensichtlichen Verbilligung offenstehen: Art. 7: „Die Regionen verwirklichen die graduelle Überwindung der psychiatrischen Krankenhäuser ... Solche Initiativen dürfen keine größeren Belastungen für die Provinzverwaltung mit sich bringen.“ Die geringen kommunalen Finanzen werden zum Vorwand für Steuer- und Gebührenanhebung genutzt werden können.

Forderungen und Stellungnahmen**ÖTV:**

– Stellungnahme 1972: Forderungen nach Integration psychiatrischer Krankenhäuser in das allgemeine Krankenhausystem, Psychiatrische Dienste auch in den Krankenhäusern der Regelversorgung, Stadtnähe, bessere Personalschlüssel, Abbau der Großanstalten.

– Gewerkschaftstag 1977: Gesetzlich geregelte Zulassung, Prüfung und Kontrolle der Werkstätten und Heime und eine Bezahlung, die den Lebensunterhalt und soziale Sicherung garantiert.

– Hauptvorstand 1980: Behebung des Personalmangels in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern. „... nur die Forderung nach Schließung der Großkrankenhäuser unterstützt konservative Kostendämpfungsprogramme, eröffnet u.U. eine Marktlücke für Privatheime und erzeugt beim Personal Angst um ihren Arbeitsplatz.“

DGSP (Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie):

– Stufenweise Auflösung aller Großkrankenhäuser, Gemeindepsychiatrie, gemeindenähe Versorgung, Ambulanzen, gemeindeorientierte Fort- und Weiterbildung des Personals.

– Mehr Öffentlichkeit in den Großkrankenhäusern, Angleichung der Pflegesätze an die allgemeinen, Streichung des Nazi-Halbierungsgesetzes, keine Modellförderung der Bundesregierung als Freikauf für Änderungen.

– (Arbeitstagung 5.4.1981 in Köln): Weg mit dem diskriminierenden Punktesystem bei der Entlohnung in den Werkstätten, Tariflohn.

Forderungen, die die Entrechtung der psychisch Kranken durch Gesetze angreifen und der Arbeiterbewegung einen Einfluß auf die Lage verschaffen, sind kaum entwickelt. Bei den Forderungen zur Entlohnung der Behinderten wäre wohl richtig, das Kontrollrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte der Auftragsfirmen zu verlangen. So richtig die Forderungen nach Abschaffung des Halbierungserlasses und dem Abbau der Großkrankenhäuser und für eine Gemeindepsychiatrie sind, so gefährlich ist es, die Frage der Finanzierung außen vor zu lassen. Ohne die weitergehende Forderung nach Zahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten würde die Bourgeoisie weiterhin zwischen Kranken, die miternährt werden müßten, und Gesunden spalten können, und dies würde zur weiteren Beitragserhöhung herhalten. Finanzierung der Gemeindepsychiatrie durch die Kommunen, ohne die Forderung nach Oberhoheit und Bestimmung über die eingezogenen Steuern durch die Kommune selbst, würde zu Steuererhöhungen führen.

Gesetzliche Grundlagen

Zwangsverwahrung als „Sicherung“ vor der Bevölkerung
1933: Im Erbgesundheitsgesetz wird die Zwangsverwahrung sichergestellt, es wird 1939 weiterentwickelt zur Euthanasieverordnung. 80000 Menschen wurden dadurch in Deutschland ermordet.

1966: Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Hamburg, §13: Gewahrsam von Personen (3): Bei psychisch Kranken und Süchtigen darf der ... begründete Gewahrsam fortauern, solange es zur Abwehr einer bevorstehenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich ist. In §17 ff werden geregelt: unmittelbare Zwangsmaßnahmen durch Fesselung und der Gebrauch von Schußwaffen. 1971 wird eingefügt in §18a: Ärztliche Zwangsmaßnahmen (2): Beruhigungsmittel dürfen bei krankhaften, die Ordnung der Anstalt erheblich störenden Erregungszuständen ... zwangsweise beigebracht werden.

1969: 2. Gesetz zur Reform des Strafrechts, §63: Hat jemand eine rechtswidrige Tat im Zustand der Schuldunfähigkeit oder der verminderten Schuldfähigkeit begangen, so ordnet das Gericht die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an, wenn die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Tat ergibt, daß von ihm infolge seines Zustandes erhebliche rechtswidrige Taten zu erwarten sind und er deshalb für die Allgemeinheit gefährlich ist. §126 legt fest, daß auch schon eingewiesen werden kann, wessen Unterbringung in eine Anstalt ärztlich voraussichtlich angeordnet werden wird.

1980: Gesetz für psychisch Kranke (PsychKG), Landesgesetz Schleswig-Holstein, §8: Psychisch Kranke können gegen oder ohne ihren Willen in einem Krankenhaus untergebracht werden, wenn und solange sie infolge ihres Leidens ihre Gesundheit oder Rechtsgüter anderer erheblich gefährden ... Eine Gefahr besteht insbesondere dann, wenn sich die Krankheit so auswirkt, daß ein schadenstiftendes Ereignis unmittelbar bevorsteht oder wegen der Unberechenbarkeit des psychisch Kranken unvorhersehbar ist ... Die Höchstdauer der Zwangsverwahrung beträgt ein Jahr, die Dauer braucht dem Betroffenen nicht mitgeteilt werden.

Entrechtung, „Eingliederung“

1974: Schwerbehindertengesetz (SchwbG): Reiht in §1 die psychisch Kranken in die körperlich Behinderten mit ein und ermöglicht erst die jetzige Ausbeutung der psychisch Kranken in den Behindertenwerkstätten und der freien Wirtschaft.

1979: PsychKG Schleswig-Holstein, §12: Die Beiordnung (eines Rechtsanwaltes) unterbleibt, wenn die besonderen Umstände des Einzelfalls dies zur Wahrnehmung des Betroffenen nicht erforderlich erscheinen lassen ... §13: ... Die Anhörung (bei Zwangseinweisung) des Betroffenen kann unterbleiben, wenn nach ärztlichem Gutachten Nachteile für den Gesundheitszustand des Betroffenen zu erwarten sind. §26: Ärztliche Eingriffe sind auch ohne Einwilligung zulässig, wenn sie erforderlich sind, um von den Betroffenen eine nicht anders abwendbare gegenwärtige Gefahr einer erheblichen Schädigung seiner Gesundheit oder für sein Leben abzuwenden. §27 regelt die Ordnung im Krankenhaus durch besondere Satzung. Persönlicher Besitz, die Kleidung und Besuche können nach Satzung dem Patienten abgesprochen werden.

Finanzierung

1942: Halbierungsgesetz: regelt „die Beziehungen der Fürsorge zu den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung bei der Unterbringung von Geisteskranken. (3): Werden gegen Krankheit versicherte Geistesranke von anderen Stellen als den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung in Heil- oder Pflegeanstalten eingewiesen und treten die Fürsorgeverbände als Kostenträger auf, so sind die ... Kosten je zur Hälfte von dem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und dem Fürsorgeverband zu tragen ...“ – Seit 1973 sind zwischen den Sozialministern der Länder und den Krankenkassen etliche Übereinkommen zur Ablösung des Halbierungsgesetzes getroffen worden, das Gesetz bleibt dennoch die Grundlage.

1974: Justizverwaltungskostenordnung, §10 sieht vor, daß Gerichtspatienten, die ihnen zugewiesene Arbeit verrichten, sich nicht an der Deckung der Unterhaltskosten beteiligen müssen. Ist dies nicht der Fall, gilt folgendes Gesetz:

1979: PsychKG Schleswig-Holstein, §38: Kosten der Unterbringung trägt der psychisch Kranke.

Chilenische Kupferbergleute streiken

Seit dem 21. April streiken die 10000 Arbeiter des El-Teniente-Kupferbergwerks, der zweitgrößten Kupfermine Chiles. Codelco, die staatliche Kupferorganisation, hatte 2% auf zwei Jahre geboten – bei einer Inflationsrate von 31% (1980)! Bei einer Urabstimmung lehnten 95% der Arbeiter diese Unverschämtheit ab und beschlossen Streik. Die vom Militärregime zugelassenen Organisationen fordern 10%, aber der Streik geht um mehr. Ein einfacher Arbeiter verdient auf El-Teniente 11000 Pesos im Monat (etwa 600 DM). Die Bergleute auf der Mine La Bistupawa bei Santiago haben 17000 Pesos (940 DM) durchgesetzt. Außerdem fordern die Arbeiter, daß das Pinochet-Regime Pläne zum Verkauf der staatlichen Kupferbergwerke an ausländische Monopole fallenläßt. Der Streik wird unter äußerst schweren, halblegalen Bedingungen geführt. – Auf dem Kupfermarkt hat der Streik bislang nur geringe Auswirkungen. Die marktbeherrschenden Konzerne haben zur Zeit ausreichend Rohmaterial, außerdem rechnen sie auch mit einer schnellen Niederschlagung des Kampfes. Seit dem

Philippinen: Neue Marcos-Wahlfarce

Bei den philippinischen Präsidentschaftswahlen am 16. Juni wird es nur einen Kandidaten geben: Ferdinand Marcos (Bild), der seit 1965 als Diktator und Marionette der US-Imperialisten regiert und das Land in eine Pfründe für seinen Clan verwandelt hat. Die neun in der Vereinigten Demokratischen Opposition zusammengeschlossenen Parteien, die die Marcos-Diktatur und die völlige Auslieferung des Landes an die Imperialisten bekämpfen, aber den bewaffneten Kampf ablehnen, werden die Wahlen boykottieren.



Marcos hatte ihre Forderungen, die Wahlkampagne zu verlängern, die Wählerlisten zu überprüfen, ihnen den gleichen Platz in den Medien zu geben und die Wahlprüfungskommission umzusetzen, abgelehnt. Damit wird auch

28.4. verhandelt Codelco wieder mit sechs der acht Arbeiterorganisationen. Der Streik wird entsprechend den Arbeitsgesetzen des Regimes nach 60 Tagen illegal.

Grenada gegen IWF-Einmischung

Der karibische Inselstaat Grenada wird innerhalb von zwei Wochen aus dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank austreten, wenn diese Organisationen ihre Einmischung in Grenadas Angelegenheiten nicht beenden. Außenminister Kenrich Rawe er-

klärte, auf Druck der USA hätte der IWF Kreditzusagen über 19 Mio. \$ zurückgezogen. Außerdem hat die Weltbank verschiedene Länder aufgefordert, keine Kredite für den internationalen Flughafen in Grenada zur Verfügung zu stellen. Die USA bezeichnen ihn als „Stützpunkt kubanischer Expansion“, weil Kuba am Bau beteiligt ist. Grenada braucht 30 Mio. \$ zur Fertigstellung, Nigeria und Schweden haben bislang 27 Mio. \$ zugesagt. Grenada erkämpfte 74 mit einem langen Generalstreik die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht.

der bürgerliche Marcos-Gegner Aquino, der von der Carter-Regierung als Nachfolger für den Fall des Zusammenbruchs des Marcos-Regimes ausersehen war, nicht kandidieren. Aquino, den das Marcos-Regime zum Tod verurteilt hat, lebt in den USA; er hatte angekündigt, nach den Philippinen zurückzukehren und den Wahlkampf aus dem Gefängnis heraus zu führen.

– Über fünf Südpfevinzen hat das Regime den Ausnahmezustand verhängt, weil der bewaffnete Kampf der Moro-Rebellen und der kommunistischen Neuen Volksarmee inzwischen sogar die Provinzhauptstädte erfaßt.

„Weg mit dem Chon Doo Hwan-Regime!“

Unter dieser Losung demonstrierten am 14.4. mehr als 1000 Studenten der Souler Nationaluniversität (Südkorea) gegen die brutale Unterdrückung durch die Militärdiktatur. U.a. forderten sie uneingeschränkte Pressefreiheit. Am 14. demonstrierten auch mehrere hundert Studenten der Koryo-Universität in Seoul gegen das Regime. Die Verfolgungswelle seit Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju 1980 hat den Kampf gegen Militärdiktatur und US-Besatzung ebenso wenig brechen können wie Lockerungen des Kriegsrechts, Verfassungsänderung und „Wahlen“ unter Militärbajonetten.

USA, BRD sabotieren Seerechtskonvention

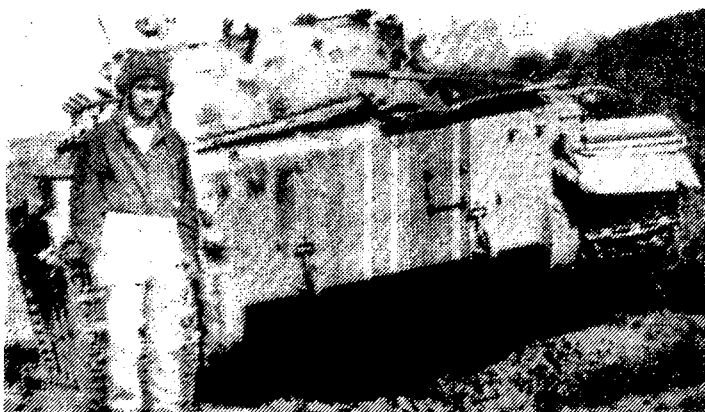
Nach sechs Wochen sind Ende April die Abschlußberatungen über die UN-Seerechtskonvention, die nächstes Jahr unterzeichnet werden soll, geplatzt. Die USA wollen eine Änderung des Vertragswerks erzwingen, das den Tiefseebau der imperialistischen Konzerne der Kontrolle durch eine internationale Behörde unterwirft und die Erhebung von Abgaben vorsieht. Schon im letzten Jahr haben die US- und die BRD-Regierung durch Gesetze zum Schutz des Tiefseebaus die Arbeiten an der Seerechtskonvention unterlaufen. – Länder der Dritten Welt, u.a. Philippinen und Iran, verlangen in der Konvention eine Genehmigungspflicht für die Passage von Kriegsschiffen durch Territorialgewässer. USA und SU fordern dagegen „Freiheit der Meere“.

Erfolge der Befreiungsbewegung in Afghanistan

In der ersten Aprilhälfte haben die Kräfte der Befreiungsbewegung in Afghanistan mit Beginn des Frühjahrs eine Offensive begonnen. Am 1. April führten sie Gefechte in 23 der insgesamt 29 Provinzen gegen die sowjetischen Besatzungstruppen durch. Sie eroberten Kandahar, die zweitgrößte Stadt des Landes. In der Stadt wurde eine Reihe von Offizieren des Geheimdienstes getötet. Erfolgreich sind solche

Angriffe selbst in der streng bewachten Hauptstadt Kabul. Die Begräbnisfeiern, an denen hohe Offiziere unter Abschirmung ganzer Straßenzüge durch Soldaten teilnehmen, häufen sich. Die von den sowjetischen Besatzern in Afghanistan zwangsrekrutierte Armee ist von 90000 Mann durch aufreißende Kämpfe und zum großen Teil durch Desertion auf 30000 zusammengeschnitten. Die Besatzer sollen

sie durch eigene Truppen auf 85000 Mann aufgestockt haben, die allerdings oft schon nach wenigen Wochen ausgetauscht werden müssen. Mehrere Fälle von Desertion unter Mitnahme von größerem Kriegsgut sind bekannt geworden. Ein afghanischer Offizier fuhr vor drei Wochen unter Vortäuschung einer Testfahrt mit einem sowjetischen Panzer über die Grenze nach Pakistan (s. Bild) und bat um Asyl. Seitdem erwägt die pakistanische Regierung das Ersuchen des Karmal-Regimes um Rückgabe des Panzers. Ebenso setzte sich die Besatzung eines sowjetischen Hubschraubers ab. Karmal hat vor etwa zwei Wochen in einem Interview gegenüber einer indischen Zeitung zum erstenmal die militärischen Auseinandersetzungen mit den Befreiungskräften überall im Land zugegeben. Der Vizepräsident der Vereinigten Nationalen Islamischen Front Karzai hat die Versuche der Invasoren, Kandahar zurückzuerobern, für aussichtslos erklärt.



Libanon

Einkreisungsversuch gegen die Palästinensische Befreiungsorganisation

Seit Wochen belegt die israelische Armee den Südlibanon mit Bomben- und Raketen Teppichen. „Einschneidende Maßnahmen“ gegen die Palästinenser wurden im israelischen Kabinett beschlossen, „loszuschlagen, wo immer sie gefaßt werden können.“ Die palästinensische Nachrichtenagentur berichtet, daß die Städte Tyros und Nabatie im Durchschnitt 8–12 Stunden am Tag beschossen werden. Saida, die Hauptstadt der Region mit einer halben Mio. Einwohner, wurde drei Tage

konnte das Luftabwehrfeuer der palästinensischen Streitkräfte schwerste Verluste vermeiden. Nach einem der barbarischsten Angriffe erklärten Begin und der Führer der faschistischen Milizen Haddad scheinheilig, sie wollten die Zivilbevölkerung schonen und die UNO-Truppen vor den Palästinensern schützen. Dem Kommandeur der UNO-Truppen verboten sie allerdings, den Südlibanon mit einem UN-Hubschrauber zu überfliegen.

Zum „ersten Mal“ habe Israel jetzt



Israelische Truppen im Südlibanon

lang ununterbrochen bombardiert. Im letzten Jahr sind ca. 800 Menschen durch israelische Angriffe im Südlibanon ums Leben gekommen. Zehntausende wurden obdachlos.

Mit der Eroberung des Südlibanon – bereits 1978 versucht – will Israel die PLO entscheidend schlagen, denn der Libanon ist zum politischen und kulturellen Mittelpunkt des palästinensischen Exils geworden. Zwischen Beirut im Norden und Tyros im Süden leben heute ca. 500000 palästinensische Flüchtlinge. Dort ist die wichtigste Basis der PLO in ihrem Kampf für die Rückkehr in ihre Heimat. In den Flüchtlingslagern hat die PLO Schulen, Krankenhäuser, soziale Einrichtungen, Werkstätten und Ansätze von Industrie aufgebaut. Im Libanon befinden sich die Zentralen der wichtigsten Organisationen des palästinensischen Volkes: Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände, Frauen- und Jugendorganisationen und nicht zuletzt die bewaffneten Einheiten der palästinensischen Revolution. Obwohl Israel die modernsten amerikanischen Waffen einsetzt, darunter auch die international geächteten Splitterbomben,

durch den Abschluß von zwei syrischen Hubschraubern bei Zahle im Ostlibanon direkt in die Kämpfe zwischen Syrern und Rechtsmilizen eingegriffen. Das Ziel der „christlichen Milizen“ (Kataeb, Falangisten) – von den westlichen Imperialisten und von Israel bezahlt, bewaffnet und mit Nachschub versorgt – ist die Spaltung des Libanon und Zerschlagung der palästinensischen Revolution und der fortschrittlichen libanesischen Nationalbewegung.

Die Stationierung von syrischen Sam-6 Luftabwehrraketen erschwerten der israelischen Luftwaffe ihre Aufklärungsflüge über den Libanon. „Wir werden uns mit dieser Aktion nicht begnügen“, drohte Begin, Israel könne den syrischen Versuch, den Libanon zu erobern und die Christen zu liquidieren, nicht hinnehmen. Dem Ausbruch der Kämpfe zwischen den syrischen Friedenstruppen, die seit dem Bürgerkrieg 1976 im Libanon stationiert sind, und den „Christlichen Milizen“ war der Versuch der Falangisten vorausgegangen, eine Straße von Ost-Beirut über Zahle in den „Freien Libanon“ der israelischen Marionette Haddad zu

bauen, damit eine wichtige Nachschublinie der syrischen Truppen im Libanon zu unterbrechen und Israel einen direkten Zugang nach Damaskus zu eröffnen. Dieser Durchbruchversuch veranlaßte die syrischen Truppen zum Gegenschlag. Als sie in Zahle die Oberhand gewannen, schlug Giscard d'Estaing vor, die syrischen Truppen im Libanon durch französische UNO-Truppen zu ersetzen. Der US-Außenminister Haig schloß sich diesem Vorschlag an. Die arabischen Staaten lehnten ihn ab, auch der Libanon. Arafat erklärte dazu: „Die Tage des französischen Imperialismus sind vorbei. Niemand kann dem Libanon eine Initiative aufzwingen ... Warum regten sie sich nicht auf, als Israel christliche Dörfer im Libanon zerstörte? ... Vielleicht deswegen, weil sie den Plan für eine Einkreisung gegen uns unterstützen?“

Der 15. palästinensische Nationalrat, der vom 11.–19.4. in Damaskus tagte, betonte die äußerste Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen Umstände im Libanon für die PLO. Er beschloß die allgemeine Mobilmachung für alle Palästinenser, die außerhalb ihrer Heimat leben, und forderte die arabischen Staaten zu verstärkter Unterstützung auf.

Der Vorschlag der SU zu einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz wurde begrüßt, insbesondere weil er die fundamentale Rolle der PLO bei einer gerechten Lösung des Palästina-problems anerkennt. Andere diplomatische Anstrengungen, einschließlich die Westeuropas, seien nur dann als wertvoll zu betrachten, wenn sie eine klare Zurückweisung des Camp-David-Planes und die Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes einschließen.

OPEC

Imperialisten machen Druck auf den Ölpreis

Am 25. Mai beginnt in Genf das OPEC-Ministertreffen. Seit dem Beschluß vom letzten Dezember, die Ölpreise um 9,5% zu erhöhen, aber kein einheitliches Preisgefüge verbindlich zu machen, haben sich die Verhältnisse auf dem Ölmarkt zuungunsten der OPEC-Länder verändert: Die Wirtschaftskrise in den imperialistischen Ländern und deren Zwangsmaßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs haben zu einem Rückgang der Ölimporte geführt. Die Ölförderung übersteigt gegenwärtig den Bedarf um 2,5–3 Mio. Barrel täglich. Während andere OPEC-Länder daraufhin die Produktion gedrosselt haben, hält Saudi-Arabien, das 40% des OPEC-Öls

fördert, seine Produktion bei 10,3 Mio. b täglich. Mit dem erklärten Ziel, durch das Überangebot eine Revision des OPEC-Preisgefüges zu erzwingen und künftig den Ölpreis an die Inflationsrate, an Währungsschwankungen und an das Wirtschaftswachstum in den imperialistischen Ländern zu indizieren.

Der von der OPEC im letzten Jahr beschlossene Preisrahmen von 32–36 \$/b – je nach der Qualität des Öls – bestimmt nur den Grundpreis. Saudi-Arabien verkauft den größten Teil seiner Förderung zu 32 \$, während andere OPEC-Länder bislang für qualitativ gleichwertiges Öl den imperialistischen Ölmonopolen Preise bis zu 36 \$ abtrotzen konnten. Algerien, Libyen und Nigeria, die hochwertiges Öl fördern, haben dafür Preise zwischen 40 und 41 \$ erlöst. Hinter den Differenzen über die OPEC-Preis- und Förderpolitik stehen unterschiedliche nationale Interessen: Algerien z.B., das mit einer absehbaren Erschöpfung seiner Öllager rechnen muß, braucht für die Verwirklichung seines Aufbauprogramms jeden Pfennig. Saudi-Arabien dagegen mit seinen riesigen Ölvorräten und seiner geringen Bevölkerungszahl setzt auf eine langfristige Sicherung des Ölpreises.

Die Ölkonzerne nutzen die Gunst der Stunde: Shell und BP erzwangen von Kuwait Lieferverträge für 35,5 \$, ohne den bisherigen Preisaufschlag von 5,5 \$. US-Konzerne kündigten Lieferverträge mit Kamerun, Mexiko und Nigeria. Mexiko, Malaysia, Indonesien und Ekuador haben den Ölpreis senken müssen. Die BRD-Imperialisten haben ihre Öleinfuhren noch mehr auf Saudi-Arabien verlagert (25% der Importe). Die Freude der Imperialisten ist aber nicht ungetrübt: Die „Financial Times“ kommentierte, Saudi-Arabien wolle aus der OPEC ein noch festes Kartell machen, mit zwar mäßigen, aber umso regelmäßigeren Preiserhöhungen.

Wahlen in Frankreich Schwächung der PCF kompliziert die Lage

In der Stichwahl zum Amt des französischen Staatspräsidenten treffen morgen, am 10.5., erneut der bisherige Staatschef Giscard d'Estaing und Sozialistenführer Mitterrand aufeinander. Während Giscard am 26.4. noch 28,3% der Stimmen und damit 4% weniger als 1974 erhielt, erzielte Mitterrand mit 25,8% das beste Ergebnis der Sozialistischen Partei (PS) seit ihrer Gründung und konnte die Französische Kommunistische Partei (PCF) um 3 Mio. Stimmen überflügeln. 1,3 Mio. Wähler der PCF haben ihr diesmal die

Stimme verweigert. Die höchsten Verluste erlitt sie zudem dort, wo sich die Arbeiterklasse konzentriert, so z.B. in den Außenbezirken von Paris. Der kleinere Teil dieser Arbeiter ist nicht zur Wahl gegangen (Wahlbeteiligung: 81%) oder hat ungültig gestimmt (490 000 = 1,3%). Die große Mehrheit stimmte „nützlich“, d.h. für Mitterrand als aussichtsreichsten Kandidaten der Linksparteien.

Daß es sich bei dieser doch erheblichen Stimmenverschiebung *nur* um eine dem Wahlsystem geschuldete *taktische* Maßnahme handelt – wie das ZK der PCF in einer Erklärung nahelegt –, ist eher unwahrscheinlich. Der starke Einbruch der PS in Kernschichten der französischen Arbeiterklasse wie die scharfen Auseinandersetzungen in der PCF vor den Wahlen deuten vielmehr die Abwendung eines Teils der Arbeiterbewegung von der PCF an; einer PCF, die heute die offene Unterstützung der sozialimperialistischen Politik der SU in internationalen Fragen mit stärkeren nationalistischen Tönen – z.B. der Forderung nach Einwanderungsstopp für ausländische Arbeiter – paart und andererseits bei radikaler Propagierung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterbewegung die zu ihrer Durchsetzung notwendige gewerkschaftliche Aktionseinheit unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Reformismus behindert.

Wenn der relative Erfolg Mitterrands im 1. Wahlgang seine Siegesaussichten durchaus vergrößert und das Zentralkomitee der PCF am 28.4. dazu gezwungen hat aufzurufen, „im 2. Wahlgang für den sozialistischen Kandidaten F. Mitterrand zu stimmen mit dem Ziel, ... unabdingbare antikapitalistische und demokratische Reformen zu erreichen und eine Regierung der Einheit der Linken durchzusetzen“, so entspricht das dem Willen breiter Volksmassen, Giscard und damit die Reaktion zu schlagen.

Eine politische Stärkung der Arbeiterbewegung ist damit noch nicht erreicht. Das vollständige Fehlen einheitlicher gewerkschaftlicher Maidemonstrationen hat im Gegenteil die fortbestehende Spaltung drastisch dokumentiert. Zudem geht Mitterrand in die Stichwahl, ohne wie 1974 zumindest auf ein Minimalprogramm verpflichtet zu sein. Sein Wahlslogan „Die weiteste Volkssammlung für die nationale Erneuerung“ dokumentiert seine Absicht, die von der Finanzbourgeoisie erwogene „Öffnung zur linken Mitte“ (s. Pol. Ber. 9/81) als Präsident zu vollziehen und den programmatischen Konzessionen praktische Zusammenarbeit folgen zu lassen. Etliche Arbeiter werden in dieser Lage geneigt sein, nicht zu wählen. Das kann den Wahlausgang entscheidend bestimmen.

Irland

Besatzungstruppen trifft der Zorn über Sands Tod

In ganz Irland, in England, den USA, überall, wohin irische Emigranten vertrieben wurden, führten republikanische Organisationen große Märsche aus Anlaß des Todes von Bobby Sands und gegen die britische Besetzung Nordirlands durch. Robert Sands war am letzten Dienstag nach 66 Tagen Hungerstreik im britischen Maze-Gefängnis in Nordirland gestorben.

1973 hatte ihn ein britisches Sondergericht als Mitglied der Provisorischen IRA wegen illegalen Waffenbesitzes zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Sands, damals 19 Jahre alt, saß die Strafe als sogenannter „special category prisoner“, als Gefangener mit Sonderstatus, gemeinsam mit anderen IRA-Häftlingen im heutigen Maze-Gefängnis ab.

Die politischen Gefangenen hatten damals die Rechte, für die Sands jetzt den Hungerstreik führte; u.a. das



Recht auf ungehindertes Zusammensein mit den anderen Gefangenen, das Recht, Gefängnisarbeit zu verweigern und eigene Arbeit und Unterricht durchführen zu können; das Recht, ihre eigene Kleidung zu tragen.

1976 wurde Sands nach Verbüßung der halben Strafe – das ist der übliche frühe Entlassungszeitpunkt in Nordirland – entlassen. Nach sechs Monaten verurteilte ihn ein britisches Gericht erneut wegen illegalen Waffenbesitzes zu 14 Jahren. Inzwischen hatte die damalige Labour-Regierung den Sonderstatus für alle nach dem 1. März 1976 verurteilten politischen Gefangenen abgeschafft (s. Pol. Ber. 4/80), um die IRA zu kriminalisieren. Alle vor dem 1. März 76 Verurteilten behielten den Sonderstatus, mehr als 200 Gefangene haben ihn bis heute.

Robert Sands gehörte zu den hundert politischen Gefangenen, die sich gegen den Entzug dieser Rechte wehren. Sie weigern sich, Gefängnis- kleidung zu tragen. Fünf Jahre lang lebte Sands, wie die anderen, nur mit einer Decke bekleidet in der Zelle.

1980 gehörte er zu den sieben Gefangenen, die den ersten Hungerstreik durchführten. Dieser Hungerstreik endete mit Zugeständnissen der britischen Regierung in fast allen Punkten – freies Zusammensein abends und am Wochenende, „flexible“ Interpretation der Gefängnisarbeit, Recht auf das Tragen der eigenen Kleidung, auf jeden Fall in der Freizeit, mehr Briefe, Pakete und Besuche. Die Gefangenen stimmten diesen Vorschlägen zu, aber die britische Regierung hielt kein Wort davon ein. Deshalb begann Sands am 1. März einen neuen Hungerstreik, gefolgt von drei weiteren Gefangenen. Sands wurde vor vier Wochen mit 30000 Stimmen ins britische Unterhaus gewählt.

Die irische Regierung, die sich aus der Sache heraushalten wollte, mußte am Montag aktiv werden und die Europäische Menschenrechtskommission auffordern, die Haftbedingungen im Maze-Gefängnis zu untersuchen.

Mit Gerüchten und falschen Parolen mobilisiert die Kolonialmacht in Nordirland unterdessen ihre Hilfstruppen, die von ihr ausgehaltenen protestantischen bewaffneten Organisationen. Die Regierung läßt halbfertige Wohnblocks in Belfast eiligst belegen – die IRA wolle sie als Evakuierungszentren benutzen und die Wohnungen der Iren in Westbelfast anzünden, verbreitet die Regierung. In Wahrheit veröffentlichte die Provisorische Sinn Féin, die mit der IRA verbundene Partei, einen Aufruf, die Empörung und den Zorn gegen die britische Armee und Polizei gegen nichts anderes zu richten sowie die Unterstützung für die drei Hungerstreikenden und die anderen politischen Gefangenen noch zu verstärken.

Türkei-Hilfe

Massenprozesse, Rohstoffraub, Steuertreiberei

Für das in diesem März begonnene türkische Wirtschaftsjahr 81/82 steht bereits fest: Gut 3 Mrd. \$ an geplanten Einfuhren können weder durch Exportleistungen noch durch Rücküberweisungen von türkischen Arbeitern aus dem Ausland finanziert werden. Also sind in dieser Höhe weitere Umschuldungen erforderlich. Aber die Imperialisten lassen sich Zeit. Zunächst wollen sie die gewünschte breitflächige Ausplünderung der Türkei gesichert und in Gang gebracht sehen.

Europäischer Gewerkschaftsbund: „DISK-Prozeß stellt eine Verletzung grundlegender Gewerkschaftsrechte dar“

„Der Prozeß, durch den der türkische Gewerkschaftsbund DISK endgültig vernichtet werden soll, begann gestern, am 22. April 1981, in Istanbul. Der EGB war bei dem Prozeß durch seinen stellvertretenden Generalsekretär Jon Ivar Nalsund vertreten. Nach dem ersten Prozeßtag bezeichnete Nalsund das ganze Verfahren als eine Farce. „Die Militärs klagen den DISK an, auf die Abschaffung der Verfassung mit Gewalt hingearbeitet zu haben, während jeder weiß, daß gerade sie selbst sich seit Septem- ber 1980 dieses Tatbestands schuldig machen und daß der DISK die türkische Verfassung und Demokratie in seinem Land verteidigt hat.“

Vor Gericht hat sich DISK-Präsident Abdullah Bastürk in seiner ersten öffentlichen Erklärung seit seiner im September letzten Jahres erfolgten Verhaftung in deutlichen Worten für die Demokratie und das Recht der Arbeitnehmer, sich in Gewerkschaften zu organisieren, ausgesprochen. Die Verteidigung ist von 76 prominenten türkischen Rechtsanwälten vorbereitet worden. Der Richter lehnte es ab, das Material der Verteidigung zu berücksichtigen, unter dem Vorwand, er müsse das Militärgericht darüber konsultieren, wie mit dem Fall zu verfahren sei. Der Prozeß wurde deshalb bis zum 18. Mai 1981 vertagt ...“ (Erklärung des EGB v. 23.4.81)

Die Expertenkommissionen von Weltbank und IWF sind zu dem Schluß gekommen, daß am direktesten durch Plünderung der reichen türkischen Rohstofflager etwas zu holen sei. Auf 34,5 Mio. t Chromerz, 150 Mio. t Aluminium, 240 Mio. t Kupfer, 80 Mio. t Blei und Phosphat und über 5 Mrd. t Braunkohle werden die wichtigsten Rohstoffvorkommen in der Türkei geschätzt. Dazu kommen in jüngster Zeit noch erfolgreiche Erdölbohrungen im Süden der Türkei.

Lieferung von Maschinerie für die türkische Wirtschaft ist geboten, damit diese Vorkommen abgebaut und ausgeliefert werden können. Gleichzeitig sind die Imperialisten an eigener Kapitalanlage im Bergbau und insbesondere in der Erdölförderung interessiert.

Die Militärjunta wußte, was sie zu tun hatte: Erst vor wenigen Jahren wurde der gesamte Bergbau einschließlich Erdölförderung von der regierenden Volkspartei verstaatlicht. Im März beeilte sich die Junta, ein Gesetz vorzulegen, das diesen Schritt aufhebt und den Bergbau privatisiert. Zwei US-Erdölgesellschaften haben darauf die Bohrungen aufgenommen und verhandeln jetzt über absolute Garantien gegen Enteignung und Einmischungen seitens türkischer Behörden in ihre Geschäftsinteressen.

Als „Neubeginn der Türkei“ hat die Militärjunta die zweite umfassende IWF-Plünderungsmaßnahme ausgegeben: Zins und Tilgung der Kreditschulden muß die Türkei durch Steuereinnahmen über den Staatshaushalt aufbringen. Bei einer Inflationsrate von offiziell 40% mußte der Staatshaushalt dafür verdoppelt werden. Die Steuer- ausplünderung der türkischen Arbeiter und Bauern wird um ein Mehrfaches ansteigen: Alle, die überhaupt Geld einnehmen, sind seit dem 1. März verpflichtet, Steuern zu zahlen und Bücher zu führen, in denen sie die Abgaben jederzeit nachweisen können. An den Arbeitsplätzen erfolgen besondere

Kontrollen.

Während die IWF-Experten diese Wege der imperialistischen Ausbeutung festlegen, sorgt das Militärregime weiterhin für die Grundbedingung ihrer Durchsetzung: blutige Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. In der osttürkischen Stadt Diarbarkir wurden in einem Prozeß gegen 447 Kurden 97 Todesurteile gegen Mitglieder der Kurdischen Arbeiterpartei gefordert. In Istanbul wurde der Prozeß gegen die verbotene Gewerkschaftsorganisation DISK vor dem Militärgericht eröffnet (s. nebenstehenden Auszug aus der Erklärung des EGB), und in Ankara soll ein weiterer Massenprozeß gegen 1100 Mitglieder der Organisation „Dev-Yol“ (Revolutionärer Weg) eröffnet werden.

Namibia

Westmächte blockieren Südafrika-Sanktionen

Durch ihr Veto im UN-Sicherheitsrat haben die USA, Großbritannien und Frankreich einen totalen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika verhindert. Der von den Ländern der Dritten Welt geforderte Boykott sollte wirksam werden, sofern Südafrika nicht unverzüglich die UN-Sicherheitsrat-Resolution 435 zu Namibia erfüllt, die einen Waffenstillstand mit der Befreiungsorganisation SWAPO und die Durchführung von Wahlen unter UN-Aufsicht vorsieht. Ein vom Sicherheitsrat verhängter *bindender* Boykott hätte es den westlichen Imperialisten erschwert, weiter Südafrikas Besatzungsregime über Namibia mit Waffen- und – trotz des OPEC-Embargos gegen Südafrika – Öllieferungen zu unterstützen.

USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und die BRD, die sich gegen-

über der UNO und der SWAPO zu Garantiemächten über Namibia aufgeschwungen haben, haben die früher auch von ihnen gebilligte UN-Resolution nun auch offiziell fallengelassen. Nach einer Konferenz im April verlangten sie, die Resolution müsse „verbessert“ werden, und forderten Schritte, „die allen Parteien größeres Vertrauen in die Zukunft eines unabhängigen Namibia geben.“ Seit dem Thatcher-Besuch bei Reagan zeichnet sich das neue Konzept ab: Durchführung einer Namibia-Konferenz unter ihrer Schirmherrschaft mit allen Parteien – also auch den südafrikanischen Marionetten von der „Turnhallen-Allianz“; vor den Wahlen die Ausarbeitung einer Verfassung, die laut Reagan der weißen Minderheit besondere Rechte und außerdem den Besitz der weißen Siedler und der Bergwerkskonzerne garantieren soll.

Die westlichen Imperialisten fürchten die umgehende Durchführung von Wahlen, weil sie mit einem eindeutigen Sieg der SWAPO rechnen. An den im letzten November vom südafrikanischen Besatzungsregime durchgeführten Lokalwahlen, die von der SWAPO boykottiert wurden, beteiligten sich in den Wahlgebieten weniger als 50% der Farbigen und Schwarzen. Aufgrund der Stärke der SWAPO mußten die Wahlen in Ovamboland, wo die Hälfte der 1,2 Mio. Schwarzen Namibias lebt, abgesagt werden. Die westlichen Imperialisten und Südafrika spielen jetzt auf Zeit, mit weiteren Verhandlungen und ständig neuen Bedingungen Südafrikas, um eine ihnen genehme Alternative zur SWAPO mit Massenbasis aufzubauen. Der westdeutsche UN-Vertreter Jelonek, nach zweieinhalb-jähriger Verschleppung der UN-Resolution durch Südafrika: „Die Auferlegung von Sanktionen gegen Südafrika ... zu diesem Zeitpunkt würde den Konflikt eskalieren und zu einer Verschlechterung des Verhandlungsklimas führen.“ Gleichzeitig hat Südafrika bei Grootfontein einen riesigen Militärstützpunkt und bei Windhoek ein neues Militärlager errichtet. Nach britischen Berichten schicken die USA Militärexperten nach Namibia. Die Rössing-Bergbaugesellschaft, die auch die VEBA mit Uran beliefert und den Transport u.a. über die Deutsche Afrika-Linie abwickelt, plant neue Gruben. Die Dresdner Bank kauft sich gerade in die namibische Swabank ein.

Nach dem Scheitern im Sicherheitsrat haben die Vertreter der Dritten Welt angekündigt, den Wirtschaftsboykott in der UN-Vollversammlung zur Abstimmung zu stellen, die allerdings keine bindenden Beschlüsse fassen kann. Die Außenminister der Blockfreien haben im letzten Monat verstärkte Waffenhilfe für die SWAPO angekündigt.

Weltkongreß des IMB

Rund 800000 Metallarbeiter in 3½ Jahren organisiert

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) hat vom 24. bis 29. Mai in Washington, USA, seinen 25. Weltkongreß. Der Weltkongreß ist das höchste beschlußfassende Gremium des IMB. Das Sekretariat legt für den Weltkongreß einen Tätigkeitsbericht vor.

Die Mitgliederzahlen des IMB haben sich von 1977 bis 1980 folgendermaßen entwickelt:

	1977	1978	1979	1980	Steigerung zu 1977
Europa	5 639 925	5 648 889	5 762 048	5 792 381	+ 2,7
Nordamerika	3 661 731	3 563 814	3 566 432	3 486 812	- 0,5
Lateinamerika/Karib. Raum	489 900	491 960	515 710	1 171 360	+ 89,7
Afrika	99 184	101 090	115 814	115 928	+ 16,9
Nahost	53 700	115 200	118 312	118 312	+ 120,0
Südpazifik	257 600	257 166	259 199	258 601	+ 0,4
Asien	2 287 725	2 353 563	2 268 769	2 306 328	+ 0,8
Total	12 489 765	12 531 682	12 606 284	13 249 722	+ 6,1

in Prozent zu verzeichnen. Das ist auf die Aufnahme des Türk Metall Sendikasi 1978 zurückzuführen, die jedoch seit dem Militärputsch in der Türkei verboten ist. In Europa konnte der größte Zuwachs in der IG Metall in der BRD verzeichnet werden. In Afrika sind es zwei Gewerkschaften in Südafrika.

Der IMB unterstützt die Metallarbeiter in den Ländern der Dritten Welt



In allen Erdteilen bis auf Nordamerika hat die Mitgliedschaft des IMB zugenommen. Absolut ist der Zuwachs am größten in Lateinamerika und im Karibischen Raum. Dabei spielen eine Rolle die Streiks der brasilianischen Metallarbeiter, denen es gelang, während mehrerer Jahre Lohnerhöhungen durchzusetzen. 1979 fanden in Minas Gerais zwei einwöchige Streiks statt, einer davon mit 10000 Arbeitern bei Mannesmann. Die zuständige Gewerkschaft konnte von 1979 auf 1980 185000 Metallarbeiter neu organisieren. In Nahost ist der größte Zuwachs

nicht nur durch Unterstützung in den Lohnkämpfen, sondern kümmert sich auch sehr intensiv um den direkten Aufbau von Gewerkschaften über Bildungsprogramme und Intervention bei Verletzung von Gewerkschaftsrechten. Ein Schwerpunkt der Arbeit in den letzten Jahren war die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Das ist ein großes Problem in den Ländern der Dritten Welt, weil die Imperialisten in diesen Ländern auf Arbeiter treffen, die sich bisher nicht oder nur wenig Schutzrechte gegen giftige Stoffe und gegen die Intensität der Arbeit erkämp-

Asien: IMB gegen imperialistische Konzerne

AEG-Telefunken-Werk in Pakistan: 1980 beginnt die Belegschaft mit dem Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft gegen die von der Geschäftsleitung gegründete gelbe Gewerkschaft. Darauf werden alle Gewerkschafts-



Der malaysische IMB-Delegierte prangert die behördliche Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte an

mitglieder entlassen. Die AEG-Zentrale leugnet gegenüber IMB und IG Metall zunächst jede Kenntnis von den Vorgängen und lehnt die Verantwortung dafür ab. Ein Streik und ein pakistanischer Gerichtsentcheid zwingen AEG, die Entlassenen ohne Verlust von Bezügen und Rechten wieder einzustellen und in dem Werk eine Abstimmung durchzuführen, welche Gewerkschaft die Belegschaft vertreten soll.

CCI-Siemens-Kabelwerk in Bombay (Indien) entläßt im November 77 drei Gewerkschafter als Antwort auf

die Belegschaftsforderung, die Metallgewerkschaft als Tarifpartner anzuerkennen. Nachfolgende Streiks erzwingen die Anerkennung. Die Entlassenen müssen Mitte 79 wieder eingestellt werden. Der IMB unterstützte den Streik und verhandelte mit der Siemens-Zentrale.

SKF-Werke in Indien: Viermonatiger Streik 1977/78 gegen die Angriffe auf die Gewerkschaftsorganisation. Die Gewerkschaftsorganisationen in den Niederlassungen der schwedischen Konzerne Vulcan-Laval, Atlas-Copco und Sandvik unterstützen die Streikenden und protestieren gegen die Polizeibrutalitäten gegen Streikende. Der IMB gewährt Streikunterstützung und schaltet die schwedische Metallarbeitergewerkschaft ein. Nach dem Streik schließt sich die Betriebsgewerkschaft der indischen SKF-Werke dem IMB an.

Philips-Werke in Indien: Philips erkennt bis heute – nach verschiedenen Streiks und Einschaltung des IMB – die Gewerkschaft nicht an. Die Kon-

IMB-Mitgliedsgewerkschaften in Asien (ohne Japan) und Mitgliederzahl 1980

Bangladesh: 2 Gewerkschaften	33 253
Hongkong: HKTUC-Metallarbeiterkomitee	3 704
Indien: 2 Gewerkschaftsbünde und 4 Betriebsgewerkschaften	765 620
Indonesien: 1 Gewerkschaft	5 320
Korea: Metalworkers' Union	82 907
Malaysia: 6 Gewerkschaften	18 906
Pakistan: 1 Gewerkschaftsbund und eine Metallgewerkschaft	38 732
Philippinen: IMF Council	24 000
Singapur: 1 Gewerkschaftsbund und 4 Betriebsgewerkschaften	17 978
Sri Lanka: 1 Gewerkschaft	10 000
Taiwan: IMF Rep. of China Council	100 000
Thailand: IMF Thai Council	5 908

zernzentrale lehnt die Verantwortung für die Politik der indischen Niederlassungen ab.

Auf die Unterstützung des Kampfes für Gewerkschaftsrechte konzentriert der IMB seine Arbeit in Asien, wegen der Niedriglöhne, der geschickten Arbeitskräfte und der Ein-



CCI-Siemens-Indien: Streikende warten auf Verhandlungsergebnisse

schränkungen der Gewerkschaftsrechte bevorzugtes Anlagefeld der imperialistischen Konzerne. 1978 beschloß die Regionalkonferenz des IMB, dessen Mitgliedsgewerkschaften in Asien (ohne Japan) über 1,1 Mio. Mitglieder haben, eine Charta für Gewerkschaftsrechte in Asien. Diese Charta basiert auf den Übereinkommen der IAO, der Internationalen Arbeitsorganisation, einer UNO-Unterorganisation. Nach den Feststellungen des IMB wird das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, in der britischen Kronkolonie Hongkong und in Malaysia nicht garantiert und ständig verletzt. Das Streikrecht ist in den meisten Ländern eingeschränkt und durch Kriegerrecht in Pakistan und Thailand völlig aufgehoben. Die Rechte der Gewerkschaften als Tarifpartner sind in Korea, Pakistan, den Philippinen und Thailand nicht geschützt.

fen konnten. Verschiedene Mitgliedsverbände aus imperialistischen Ländern verfassen Schulungsmaterial zu diesem Thema, mit dem dann in den Ländern der Dritten Welt Schulungen durchgeführt werden. Auch werden die Belegschaften in der Untersuchung von Krankheitsursachen unterstützt. So organisierte der IMB eine Sitzung über Asbest in Nickelbergwerken in Neukaledonien, einer französischen Kolonie. Die Nickelbergwerke gehören SLN, einem französischen Konzern, der sich weigerte, solche Untersuchungen durchzuführen. Im Juni 1980 wurde vom IMB ein Asbest-Aktionsprogramm herausgegeben, das auf das Verbot von Asbest hinarbeitet.

Der IMB-Tätigkeitsbericht geht in seiner Einleitung davon aus, daß in den imperialistischen Ländern „die unverhohlenen Angriffe auf die Gewerk-

schaftsbewegung ihr Tempo gesteigert“ haben. Leider wird in den Regionalberichten, die ausführlich die Tätigkeit des IMB in den Ländern der Dritten Welt schildern, nicht auf die Tätigkeit des IMB in den imperialistischen Ländern eingegangen. Es ist zwar so, daß der IMB auch in Europa in die Auseinandersetzungen eingegriffen hat, zum Beispiel beim Streik der Stahlarbeiter in Großbritannien 1980, oder Untersuchungen angefertigt hat, wie die Untersuchung über die Löhne in der Automobilindustrie in der ganzen Welt, aber die Tätigkeit des IMB ist in der Bundesrepublik längst nicht so bekannt, wie es gut wäre.

Außerdem geht der IMB davon aus, daß in den imperialistischen Ländern Demokratie herrscht, er unterstützt zwar die Arbeiter der Dritten Welt im Kampf gegen die reaktionären Regimes, setzt aber Hoffnung auf die impe-

rialistischen Monopole. Im Tätigkeitsbericht heißt es über die Reise einer Delegation nach Südafrika: „Die Delegation bezeichnete ihr Gespräch mit Harry Oppenheimer, einem der bedeutendsten Großindustriellen Südafrikas ... als eines ihrer fruchtbarsten ... und war mehr denn je davon überzeugt, daß die Eigenständigkeit der Wirtschaft als wirksames Instrument gegen Apartheid, Rassendiskriminierung und Rassenunterdrückung eingesetzt werden könne und müsse.“ Jetzt wurde Ende April ein internationaler Gewerkschaftsprotest gegen Oppenheimer eingeleitet, weil er den streikenden Arbeitern der Anglo American Corporation gleichen Lohn, wie ihn die anderen Automobilarbeiter in Südafrika haben, verweigert. Ein streikender Arbeiter wurde erschossen. Die schwarze Gewerkschaft, die die Kämpfe führt, wird nicht anerkannt.



Drei Oscars erhält „Eine ganz normale Familie“: Die Bourgeoisie honoriert die Rettungsversuche.

Filmrezension

„Eine ganz normale Familie“: ein oscarprämierter Versuch, die bürgerliche Familie zu retten

Robert Redford, erstmals als Regisseur, versucht mit seinem Film „Eine ganz normale Familie“ an der Fassade der sogenannten „upper middle class“-Familie in den USA zu kratzen. Die „ganz normale Familie“ in Chicagos bester Wohngegend: Vater Steueranwalt, Ehefrau/Mutter für gepflegte Atmosphäre im Heim und Erfüllung der gesellschaftlichen Verpflichtungen zuständig, Sohn Star der Schul-Schwimm Mannschaft und Tenor im Schulchor. Soweit die Fassade, die zerbricht.

Nach dem Tode seines älteren Bruders, der beim gemeinsamen Segeln ertrank, verstrickte sich der überlebende Sohn in Schuld komplexe, unternahm einen Selbstmordversuch, verschließt sich nach seiner Rückkehr aus dem Sanatorium gegen seine Umwelt, findet schließlich Hilfe und Selbstfindung beim Psychiater, freundet sich mit diesem an, verläßt die Schwimm Mannschaft. – Der Vater leidet sichtlich unter den gestörten Beziehungen zum Sohn, krampfhaft und hilflos sind seine Versuche, ihm zu helfen, bis er selbst den Psychiater aufsucht. Die Familie ist jedoch nicht mehr zu retten; die Gefühlskälte der Mutter und Ehefrau erstickt jeden zaghaften Annäherungsversuch des Sohnes und jede hoffnungsvolle Erwartung des Vaters. Zum endgültigen Zerwürfnis kommt es, als dieser ihr vorwirft, daß sie selbst beim Begräbnis des angeblich heißgeliebten älteren Sohnes nicht



Die „normale Familie“ zerbricht

zur Trauer fähig war, sondern lediglich die angemessene Trauerkleidung im Kopf hatte.

Robert Redford gilt als Liberaler. Seine Kritik an der bürgerlichen Rechtsform der Familie ist reaktionär. Zwar wendet sie sich gegen die erstarrten Formen, die, so der Film, sowohl die Beziehungen zwischen den Geschlechtern wie auch zwischen den Generationen ersticken. Auch vermittelt der Film, wenngleich ungewollt, einen Eindruck von der unselbständigen Stellung der Frau auch und vielleicht gerade in den oberen Mittelklassen. Ihre Aufgabe erschöpft sich in

Kinderaufzucht, Organisation des Haushalts und Repräsentation. Doch kritisiert er nicht etwa diese Entmündigung und Prostitution der Frau, sondern die Tatsache, daß sie als Ehefrau und Mutter die Formen wahr, ohne sie mit Liebe auszufüllen. Eine der Schlußszenen zeigt Vater und Sohn engumschlungen im Morgengrauen, nachdem sie sich ausgesprochen und ihre gegenseitige Liebe erklärt haben. Die Mutter ist verabschiedet, aber die Familie lebt im engen Sohn-Vater-Verhältnis fort, nun vollständig zu einer Liebesbeziehung idealisiert.



Regisseur Redford mit dem Film-Sohn

Sie kam und sie blieb

„Sie kam und sie blieb“, von Simone de Beauvoir 1938–41 geschrieben, war ihr erster erfolgreicher Roman, den sie noch heute für einen ihrer besten hält. „Die Literatur“, sagte sie dazu, „tritt in Erscheinung, wenn irgend etwas im Leben aus den Fugen gerät“, so trägt er auch biographische Züge ihres Zusammenlebens mit Sartre und der Entwicklung der existenzialistischen Grundauffassungen. Eine ihrer frühen Grundauffassungen, das Zusammenleben als Konfrontation des eigenen mit einem fremden, feindlichen Bewußtsein, als Rivalität und Bedrohung der Souveränität und Selbstbehauptung wird hier unter dem Motto Hegels „Ebenso muß jedes Bewußtsein auf den Tod des anderen gehen“, als Geschichte des Zusammenlebens der Schriftstellerin Francoise und des Regisseurs Pierre dargestellt. Das anfänglich als „wir sind eins“ beschriebene Leben zerbricht an der jungen launischen und nur für den Augenblick lebenden Xaviere. Sie beginnen ein Dreiecksverhältnis als Versuch neuen Zusammenlebens, in dem keiner in seinen Interessen eingeschränkt wird. Der ihr vorher vertraute Pierre wird Francoise völlig fremd, durch sein Interesse wird Xaviere für sie von so bedrohlicher Wichtigkeit, daß sie meint, nur noch durch sie zu leben. Um sich selbst gegenüber Piers Vorstellungen und Gedanken zu behaupten, aufzuhören, selbst „ein Nichts“ zu sein, bringt sie Xaviere um, nachdem Pierre zu ihr zurückgekehrt ist.

Simone de Beauvoir, Sie kam und sie blieb, Rowohlt, 9,80 DM

„Toleranz“ für die bürgerliche Ehe

Was macht die verspielte siebzehnjährige Gutsbesitzerstochter, deren Eltern sie mit einem mehr als doppelt so alten gleichfalls adeligen Landrat verheiraten? Sie tut treu ihre Pflicht, erliegt aber bald unter schrecklichen Gewissensbissen den Verführungen eines Kleinstadtcasanovas, Major der Landwehr, der zwar ebenso alt wie ihr Ehemann ist, ihr aber zumindest etwas von der „Zerstreuung“ geben kann, die ihr in der miefigen Siedlerkleinstadt im Osten so fehlt. Der Fehltritt wird erst sieben Jahre später vom inzwischen zum Ministerialrat in Berlin beförderten Ehemann entdeckt, der

Exliebhaber fällt im Duell, die Heldin muß auf Ehe und Tochter verzichten und stirbt einige Zeit nach der Scheidung.

„Ich bin für Zärtlichkeit und Liebe“, sagt Effi Briest noch vor der Hochzeit, „und wenn es Zärtlichkeit und Liebe nicht sein können, nun, dann bin ich für Reichtum und ein vornehmes Haus.“ Man könnte meinen, Fontane greife mit seinem 1895 veröffentlichten Roman den Kern der bürgerlichen Ehe selbst an – nämlich daß nur nach Vermögen und Stellung verheiratet wird.

Aber darum geht es ihm nicht, allenfalls mißfallen ihm einzelne Erscheinungen, zum Beispiel, daß Effi zu jung ist. Denn die Romanehe der Effi Briest ist, obwohl von den Eltern arrangiert, „glücklich“.

Das Problem des Romans ist: Was tun mit den zwangsläufigen Folgen der bürgerlichen Ehe, dem Ehebruch? Insofern greift Fontane die bürgerliche Gesellschaft an, als die mit der geltenden Moral den Ehemann zum Duell und zur Scheidung zwingt. Die Angelegenheit hätte doch so geregelt werden können, die Sache war lange her, Effi war ihm seither treu und hat ihren Liebhaber nicht geliebt – die Argumente werden alle geliefert.

Fontane fordert „mehr Toleranz“. Schließlich schafft der Skandal nicht nur in der Karriere Probleme, sondern auch im Vermögen und in der Erbschaftsabwicklung.

Teodor Fontane, Effi Briest, Insel-Taschenbuch 138

Was tun gegen den „Apokalypso“?

Das blinkende „UDOPIA“ – Abzeichen an der übergroßen Schlägermütze, machte Udo Lindenberg den ganz Lässigen in der Talk-Show „Kölner Treff“. Seine neue LP „UDOPIA“ ist jedenfalls besser als dieser etwas affige Auftritt.

Er besingt darin den „Tag, als der Reagan kam“, die „bunte Tante Karola Wojtyła“, „Carolinen“ und die „Monakken und Monarchen“ (als „Erbschleicher von Monakko“), „die schlaffen, ungebügelter Affen“, diese „wahren Bekloppten“, die verlogenen „Polittopper in Bonn“, die „schönfliegenden Neutronenbomber“, den „Pfaffen, der immer seinen Segen gibt“ – „Immer lustig und vergnügt, bis der Arsch im Sarge liegt“ ...

Die Texte spiegeln Alltagserfahrungen wieder, die Lindenberg auch hier wieder aus verballhornten Namen, satirischen Wortspielen, Parodien auf bekannte Liedertexte und Melodien sowie verschiedenen musikalischen Stilformen zusammensetzt und alles in der Rockmusik zu einer Einheit fügt. Das unterscheidet seine Musik erheblich von dem „Fuzzikram und Schwachsinn auf dem Schlagermarkt“ (Lindenberg). Der schnoddrige Witz in Lindenburgs Stücken entspricht dem Umgangston vieler Jugendlicher.

Was setzt er nun gegen diese „ganze Scheiße“, die „auch noch zu kochen anfängt“? „Zärtlichkeit“ statt „Eiszeit“, zusammen „durch dick und dünn gehen“ statt „durch dick und doof“, sich „jede Freiheit rausnehmen“ – „Gegen die Strömung – gegen den Wind“ ... Die Musik wird in solchen Stücken sanfter, die Stimme weicher, fast traurig manchmal. Doch die Begriffe werden unpräziser, Ratlosigkeit schwingt mit. Der Trost, den er dem unterdrückten und isolierten Hamburger Türkenjungen Ali gibt, ist geradezu pfäffisch: „Heimat ist einfach da, wo du Freund hast. Egal, wo du herkommst, wo eins nur wichtig ist, daß du'n guter Kumpel bist.“ Geht es um Freundschaft und Liebe, schwärmt er von dem „Power-Team“ und sieht Bedrohung nur vom gehässigen Spießer, der „niemand glücklich sehen kann“ und dessen heuchlerische „Morraal“: „Zu meiner Zeit, da gab es sowas nicht!“ Aber für Zarah Leander geschwärmt, meint Lindenberg – „Kann denn Liebe Sünde sein? ...“ Doch wem nützt es, „deine Alten“ zu beschimpfen, daß sie „meterhohe Mauern um Herz und Hirn“ hätten und „nur noch lachen, wenn sie besoffen sind“? Gegen den „Apokalypso“ jedenfalls, den die Imperialisten tanzen, hilft nicht die Spaltung der Alten und Jungen.

UDO LINDBERG
& PANIK ORCHESTER



Frisuren

Kurzhaarschnitte im Kommen Dauerwelle setzt sich durch

In den sechziger, siebziger Jahren trugen Jugendliche und junge Leute fast keine Dauerwellen. Dies begann sich vor ein, zwei Jahren zu ändern. Lockenköpfe wurden modern, und Dauerwellen begannen sich auch bei Männern durchzusetzen. Der Fachverband des deutschen Friseurhandwerks hat heuer sogar das „Jahr der Dauerwelle“ ausgerufen. In der Tat spricht für dauergelockte Frisuren vor allem, daß sie leicht zu pflegen sind. In vielen Berufen wie z.B. Verkäufer oder Verkäuferin für Bekleidung oder auch Sekretärin verlangen die Kapitalisten gepflegtes Aussehen, das gehört mit zur Arbeitskraft. Bei immer intensiverer Arbeit und den schlechten Lebensbedingungen in den Städten wird es jedoch immer schwieriger, „gepflegt“ auszusehen, denn das geht nur bei guter Ernährung, ausreichend frischer Luft und Bewegung und viel Schlaf. Welcher Lohnabhängige bekommt das heute schon? So wird ein steigender Geld- und Zeitaufwand notwendig, um ein einigermaßen frisches Aussehen zu erhalten.

Vor zwanzig Jahren war es z.B. noch üblich, sich die Haare einmal in der Woche zu waschen. Heute waschen sich die meisten Leute zweimal in der Woche den Kopf, viele sogar täglich. Außer viel Zeit kostet das auch einiges Geld, denn je öfter man sich die Haare wäscht, um so besseres, d.h. schonenderes Shampoo braucht man, außerdem einen Weichspüler, weil sich sonst die Haare nicht kämmen lassen. Hat man lange Haare, muß man morgens mindestens eine Stunde früher aufstehen, wenn man sie waschen und fönen bzw. eindrehen will. Läßt man sich eine Dauerwelle legen, kann man die Haare schon mal an der Luft trocknen lassen und braucht sie nicht auf Wickler zu legen. Allerdings, an der Wirkungsweise der Dauerwellen hat sich seit ihrer Erfindung nichts geändert, wenn sie heute auch als „schonend“ angepriesen werden. Die „Für Sie“ schreibt darüber: Der „Haarschaft sieht wie ein Tannenzapfen aus. Die Oberfläche besteht aus kleinen übereinanderliegenden Schuppen. Durch die Wellflüssigkeit – ob Schaum oder eine andere Wellflüssigkeit, ob daheim oder beim Friseur aufgetragen – quillt die äußere Haarschicht auf. Die Schuppen spreizen sich, und die Flüssigkeit kann eindringen und den Haarschaft erweichen. Nur in diesem Zustand läßt sich das Haar dauerhaft in die vom Wickler vorgegebene Form bringen. Nach einer bestimmten Einwirkzeit wird die Wellflüssigkeit gründlichst ausgewaschen, und die Fixierung kommt auf das immer noch eingedrehte Haar. Diese bewirkt nun, daß sich die Schuppenschicht schließt und der Haarschaft in der welligen oder lockigen Form verbleibt.“ (Heft 6/1981) Die Haare verlieren durch die Dauerwelle an Glanz und Farbe, was durch erhöhte Pflege und erhöhte Ausgaben für Pflegemittel ausgeglichen werden muß.

Die Kurzhaarschnitte, wie sie jetzt in Mode kommen, sind meist, auch in den ganz kurzen Ausführungen, mit einer Dauerwelle verbunden. Praktisch ist das natürlich schon, vor allem im Sommer. Man schwitzt nicht so, und nach dem Freibad hat man keine Arbeit damit, man läßt die Haare einfach an der Luft trocknen. Wie allgemein üblich, kostet auch hier Zeit Geld: Der mittlere Preis für Waschen, Schneiden und Fönen oder Legen liegt etwa bei 50 DM, mit Dauerwelle bei 80 DM und darüber. Außerdem muß so ein Kurzhaarschnitt alle vier bis sechs Wochen nachgeschnitten werden. Kurzhaarschnitte, die keine Dauerwelle brauchen, sind eher noch teurer, da sie genauestens auf die individuelle Haarbeschaffenheit und -besonderheit abgestimmt sein müssen und daher viel Geschick und Genauigkeit erfordern. Solch ein Schnitt kann bis zu 80 DM kosten. Auch bei den Dauerwellen gibt es unterschiedliche Ausführungen; es gilt, daß sie um so teurer sind, je schonender sie das Haar behandeln.

Bei den Schnittformen ist auffällig, daß die Friseurschöpfer Anleihen bei den Bewegungen unter der Jugend gemacht haben – man kann deutlich Punk- und Popperfrisuren unterscheiden. Bei den ersteren kann man eher von „Edelpunk“ sprechen, denn eine gewisse Wildheit von Frisur und Haarfarbe, die bei den Punks Ablehnung von herrschenden Schönheitsvorstellungen und herrschender Moral ausdrücken mag, wurde von den Modfrisuren mit Hilfe von Stufenschnitt, stützender Dauerwelle und eingefärbten Strähnen entschärft und umgemodelt in leicht

exotische, raffiniert-zufällige Wildheit. Demgegenüber könnte man den „Lady-Diana-Schnitt“, benannt nach jener „reinen englischen Rose“, die dazu auserwählt ist, dem englischen Königshaus trotz fortgeschrittener Degeneration Nachkommenschaft zu beschören, als einen Popperschnitt einordnen. Billig ist er mit Sicherheit nicht.

Um noch einmal auf die eingangs aufgestellte Behauptung zurückzukommen: Daß es immer teurer wird, sich ein gepflegtes Aussehen zu erhalten, ist auf die zunehmende Schinderei in den Fabriken und Büros und auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zurückzuführen. Daß vor allem die Beschäftigten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen von den realen Lohnsenkungen der letzten Jahre getroffen wurden, kann jeder auch in diesem Punkt an sich selbst oder in seiner Umgebung beobachten. Wer soll sich denn noch monatlich 30, 50 oder gar 80 DM für Friseur leisten können? Das können höchstens noch die besser verdienenden Arbeiter und Angestellten, sofern sie keine Kinder haben.

Terrorismus-Debatte

Wieso ist die RAF in der Jugend populär?

Fast niemand kann mehr darüberhinwegsehen, daß der Kampf der Roten Armee Fraktion (RAF) in der Jugendbewegung Ansehen genießt wie kaum eine andere Richtung, sei sie reformerisch oder revolutionär. Kirchliche, parlamentsparteiliche, ja auch linke Organisationen richten sich an die Jugend mit dem Ziel, diesen Einfluß zu brechen, zu unterminieren oder aufzuklären. Man appelliert an die Jugend, hiervon zu lassen und stattdessen lieber anders zu fühlen, zu denken und jedenfalls um Gottes willen aber zu handeln. Wieviel hiervon ankommt, liest sich an den Häuserwänden und Bauzäunen fast aller größeren und inzwischen zunehmend auch kleineren Städten ab, die in der Tonart „Die BRD – ein Pulverfaß“ oder „Kommt Zeit kommt RAF“ gehalten sind. Und man muß auch nicht gerade blutjung sein, um sich vor dem Geschwätz zu ekeln, das mit Spießerbhagen auf der opfervollen Niederlage der RAF herumreitet und letztlich bei dem Kirchenspruch landet: „Wer das Schwert nimmt, kommt durch das Schwert um.“

Von der Reaktion mit Hingabe gepflegt wird die folgend nach dem „Nato-Brief“ zitierte „Kritik am Terrorismus“:

„Die sechste Todsünde des Terrorismus besteht darin, daß er die Apparatur der Freiheit in den liberalen Gesellschaften ausnützt und sie dadurch in Gefahr bringt.

Um der Bedrohung durch den Terrorismus zu begegnen, muß sich eine freie Gesellschaft bewaffnen. Aber es ist gerade dieser Prozeß der Selbstbewaffnung gegen die Gefahr von innen, der die Freiheiten, den Anstand und die Maßstäbe gefährdet, die diese Gesellschaft zu einer zivilisierten machen. Daher ist der Terrorismus – und genau das ist es, was wir den intelligenten jungen Leuten begreiflich machen müssen, die in Versuchung geraten könnten, mit ihm zu sympathisieren – eine direkte und dauernde Gefahr für alle Schutzvorrichtungen einer freien Gesellschaft. Er ist eine Bedrohung der Freiheit der Presse und des Fernsehens, ohne Einschränkungen zu berichten. Er ist eine Bedrohung der Herrschaft des Rechts, die notwendigerweise durch Notstandsgesetzgebung und Sondervollmachten Schaden nimmt. Er ist eine Bedrohung der habeas-corpus Idee, des fortlaufenden Prozesses der Vermenschlichung des Gesetzeskodex und der Gefängnisse. Er ist eine Bedrohung aller Systeme, die entworfen wurden, um Ausschreitungen der Polizei, der Strafvollzugsbehörden oder jeder anderen gesellschaftlichen Gewalt einzuschränken.“

Die infame Drohung mit der völligen Entfesselung der Staatsmacht im Falle, daß die „jungen Leute“ nicht schlucken, was man ihnen einflößen will, verrät den Reaktionär. Indessen ist sein Argument im Kern auch dort vorhanden, wo man bedauernd davon spricht, daß wenigstens in der BRD und in Westberlin der Terrorismus, d.h. die RAF, die ausschweifende Polizeirüstung sowie eine Masse von Gesetzen zur Unterdrückung des politischen Kampfes verursacht oder wenigstens ermöglicht, mindestens aber erleichtert hätte. Ein Festhalten an derartigen Argumenten – und sie sind in der politischen Bewegung der Arbeiterklasse und der Volksmassen leider verbreitet – wird unbedingt zu einer Verbitterung nicht unerheblich kleiner Teile der politischen Jugendbewegung führen; denn diese Behauptungen sind in Betracht der tatsächlichen Entwicklung in der BRD opportunistisch verlogen.

Als die westdeutsche Monopolbourgeoisie sich 1956 entschloß, die KPD zu verbieten und die Wiederaufrüstung zu betreiben, war in der BRD und in Westberlin von Terrorismus keine Spur zu finden. Die herrschende Klasse ergriff diese Maßnahmen nicht in Abwehr des Terrorismus, sondern mit dem Ziel, ihre Herrschaft im Inneren zu sichern, und sei es nur vor Kritik, und ihre Ansprüche gegenüber anderen Völkern zu verfechten, und sei es auch in-

direkt, durch Vergrößerung des militärischen Spielraums der USA gegenüber den Völkern der Dritten Welt. Als die Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre versuchte, das gegen die Völker der Dritten Welt gerichtete Bündnis mit den USA durch moralische und finanzielle Unterstützung des Vietnamkrieges zu festigen und durch Notstandsgesetzgebung im Inneren alle gesetzlichen Einschränkungen im Gebrauch der Staatsmacht für den Fall der Fälle aufzuheben, konnte von einem irgendwie gearteten Terrorismus noch immer nicht die Rede sein. Als – praktisch parallel zum Beschluß der Notstandsgesetzgebung – die gesetzlichen Grundlagen für die Aufrüstung der Polizei- und Geheimdienste gelegt wurden, war ebenfalls von Terrorismus nicht die Spur vorhanden. – Es war schon eher die unnatürliche Schaffsgeduld, mit der die unterdrückten Klassen diese ganzen Maßnahmen hinnahmen, die die herrschende Klasse mit der Frechheit beseelten, dies alles anzurichten.

Man könnte nun freilich auf die Idee kommen, daß zwar die politische Apathie unterdrückter Klassen die herrschende Klasse zur Errichtung einer ausgeklügelten Reaktion reize, eine sinnlich fühlbare Verschärfung der Reaktion aber dadurch verursacht oder ermöglicht werde, daß unbedachte Aktionen seitens der unterdrückten Klassen den Vorwand lieferten. Auch diese sowieso schon windige Annahme hält der einfachen Betrachtung des Zeitablaufs nicht stand. Die brutale, offene, ungezügelter Gewalt kam ins politische Leben der BRD nicht durch Propaganda und Aktionen der RAF, sondern durch Propaganda und Aktionen der herrschenden Klasse.

Als 1967 der inzwischen vertriebene Schah von Persien die BRD besuchte, um mit den BRD-Imperialisten zusammen die Unterdrückung Irans zu feiern und Früchte der Ausbeutung Irans ins Trockene zu bringen, war in der BRD und Westberlin die politische Kritik an der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt bereits entwickelt und wurde von großen Teilen der damals jungen Generation auf die Straße getragen. Da die BRD in Iran (im Unterschied z.B. zu Vietnam) sehr erhebliche eigene Interessen hatte, war die Bewegung besonders erbittert, aber auch die Reaktion besonders heftig.

Am 2. Juni 1967 wurde nach einer Demonstration gegen den Schahbesuch der Westberliner Student Benno Ohnesorg auf offener Straße von einem Polizeibeamten namens Kurras erschossen. Kurras konnte noch nicht einmal eine wie auch immer geartete Notwehrsituation vortäuschen. Zu diesem Zeitpunkt war von der RAF noch nicht die Rede; wenn auch wahr ist, daß damals viele anfangen nachzudenken, was zu tun sei gegen die Entfesselung der staatlichen Gewalt und deren Einsatz gegen Leute, denen, wie dem Studenten Ohnesorg, selbst im engen Rahmen des geltenden Rechts nichts Ungesetzliches nachzuweisen war.

In der Osterwoche 1968 wurde Rudi Dutschke, einer der Sprecher des Westberliner SDS, auf offener Straße von einem Attentäter lebensgefährlich angeschossen. Gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und gegen Rudi Dutschke fand zu dieser Zeit eine großangelegte Hetzkampagne des Springerverlages statt. Ziel dieser Kampagne war eine reaktionäre Massenmobilisierung. Kaum jemand fand sich damals in der Lage zu bestreiten, daß der Anschlag auf Rudi Dutschke (der gesundheitlich schwer geschädigt blieb und an den Spätfolgen der Verletzungen 1979 verstarb) Ergebnis dieses Versuchs reaktionärer Massenmobilisierung war.

Das Einreißen gesetzlicher Schranken, die vor der nackten Willkür der herrschenden Klasse gewissen Schutz bieten, der physisch brutale und bis zum mörderischen Exzess getriebene Einsatz der Staatsmacht, der Versuch, Kräfte der Reaktion zur Terroraktion anzustacheln, all dies war eine Seite der Realität in der BRD und Westberlin, ganz eindeutig und unbestreitbar, bevor jemand daran dachte, etwas wie die RAF oder verwandte Bewegungen zu organisieren. – Die entsprechenden Ereignisse liegen heute anderthalb Jahrzehnte und länger zurück. Wer aber annimmt, in Vergessenheit sei geraten, wer eigentlich mit der Verbreitung von Schrecken zur Förderung politischer Ziele angefangen hat, und je nach Naturell vernünftend oder frömmlicherisch daherredet über die Vorwände zur Volksunterdrückung, die der Terrorismus liefere, der muß sich nicht wundern, wenn ihn nicht unerheblich kleine Teile der Jugend als einen opportunistischen Lumpen verachten; und dies vor allem dann nicht, wenn er schon ein wenig älter ist und sich ganz leicht erinnern könnte.

Der RAF und verwandten Bewegungen hat es an moralischen Gründen zur Rechtfertigung ihrer Aktionen nie gefehlt. Die spärlichen Dokumente weisen starke sozialkritische Züge auf, fast

durchweg aus dem Problemkreis, der heute in der grün-bunt-alternativen Bewegung, aber auch in der Arbeiterbewegung zunehmend verhandelt wird; die bürgerlichen Fachleute wissen das und rechnen deswegen mit einer „Hinwendung zum Terrorismus“ überall, wo Bewegungen über den Horizont unmittelbarer Eigeninteressen hinausgreifen und die bürgerliche Humanität mit den Zuständen im Wohnungswesen, im Gesundheitswesen, in der Fabrik, im Verfahren mit den Alten und mit den Kindern, der Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen konfrontieren.

Obwohl die RAF und die ihr verwandten Bewegungen in ihrer Propaganda großen Wert auf die Enthüllung der sozialen und politischen Folgen der Ausbeuterordnung legten, blieb ihre politische Strategie von dieser Kritik relativ unberührt. Die RAF nahm an, daß der Imperialismus dahin gediehen sei, alle Unterschiede zwischen den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen des Planeten im Wesentlichen einzuebnen. In ihren Darstellungen bestehen bloß graduelle Unterschiede im Ausmaß der Bedrückung zwischen den verschiedenen Ländern der Erde, die herrschenden Klassen in diesen Ländern betrachtete die RAF in ein einheitliches Komplott verschmolzen, welches von den USA gelenkt und gesteuert würde.

Da der verschiedene Entwicklungsgrad der Produktivkräfte aber gerade sehr verschiedene Wege für den Fortgang der proletarischen Weltrevolution möglich macht, aber auch erzwingt, muß man die Verwischung aller Unterschiede, die sich in den Dokumenten der RAF nachweisen läßt, für absichtsvoll halten. Absichtsvoll, weil bloß aus dem Zwecke erklärlich, einen Weg zur Revolution beschreiten zu wollen, der in den imperialistischen Ländern nicht gangbar ist.

In Ländern der Dritten Welt kann der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus bewaffnet geführt werden. Er kann mit dem Ziel geführt werden, befreite Gebiete zu schaffen. Diese befreiten Gebiete sind für den weiteren Fortgang des Kampfes von unerhörter Bedeutung. Daß sie es sein können, hängt allerdings davon ab, daß der Entwicklungsgrad der Produktivkräfte in diesen Gebieten nicht nur die Errichtung einer politischen Macht erlaubt, sondern auch die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung. Dies ist nur möglich, wenn die Produktion im Wesentlichen auf der Landwirtschaft basiert, eine Hebung der Produktivkraft der Landwirtschaft durch Verjagen von Großgrundbesitz und Befreiung der bäuerlichen Produktivkräfte gelingen kann. In Ländern, in denen sich der Kapitalismus bereits entwickelt hat, sind solche befreiten Gebiete unmöglich, da die Errichtung einer neu geordneten Volkswirtschaft nicht möglich ist. Der langwierige Volksbefreiungskrieg, in dem die Revolution Stück um Stück das Land befreit, sich nötigenfalls zurückzieht, neuerlich vorstößt, sich mit Waffen versorgt, die sie dem Feind entreißt, kann in der BRD und Westberlin nicht erfolgreich geführt werden. Allenfalls wären Häuserblocks, ja ganze Stadtviertel denkbar, in die sich die Polizei nicht wagt. Aber selbst dies hätte nicht dieselben Folgen, wie die Errichtung eines befreiten Gebietes in Ländern der Dritten Welt haben kann und hatte; denn eine Befreiung der Produktivkräfte gelingt in einem entwickelten kapitalistischen Land nur durch eine Neuordnung der ganzen Volkswirtschaft, deren einzelne Wirtschaftsunternehmen nicht nur miteinander per Wirtschaftsbeziehungen über das ganze Land hinweg und mit dem Weltmarkt unlöslich verwoben sind, sondern in ihrem Funktionieren vom Dasein einer öffentlichen Gewalt abhängig. Wenn die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in einem solchen Land nicht die öffentliche Gewalt ergreifen, ist die Befreiung ihrer Produktivkraft unmöglich.

Die RAF versuchte, eine Strategie zu verfolgen, die im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus in den Ländern der Dritten Welt entwickelt worden und erfolgreich gewesen war, in der BRD aber auf Kampfhandlungen hinauslaufen mußte, die den sozialen und politischen Interessen der unterdrückten Klassen und den hieraus sich entwickelnden Kämpfen kaum nützen konnten.

Gewiß ist dies bloß eine Seite der Strategie der RAF, vielleicht ist die Darstellung nicht ganz richtig, die erhältlichen Dokumente sind spärlich und teils auch widersprüchlich, gegebenenfalls möge man uns berichtigen. Man sollte aber bedenken, ob die feststellbare Popularität der RAF und verwandte Bewegungen in der Jugend nicht einen Grund hat in dem Bedürfnis, sich den gesetzlich gemachten Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie nicht bedingungslos zu unterwerfen, in dem sicheren Instinkt, daß politische Situationen eintreten, in denen das eifersüchtig gehütete Gewaltmonopol der herrschenden Klasse nicht akzeptabel ist.

USA

Waffenbesitzrecht: entstanden in der Kolonisierung Amerikas

Nach jedem Anschlag auf einen Präsidenten lebt in den USA die Debatte über die „gewalttätigen Amerikaner“ auf. Die Täter sind fast immer Einzelgänger, nach Urteil der jeweiligen Untersuchungskommission „geistig verwirrt“. Anders als in Europa gibt es in den USA kaum oder nur vorübergehend politisch organisierte bewaffnete Gewalt gegen Vertreter der Bourgeoisie. Politisch organisierte bewaffnete Gewalt gegen Minderheiten geht von den faschistischen Ku Klux Klans aus. Die Aufstände in den Ghettos in den 60er Jahren waren Abwehrkämpfe gegen Unterdrückung, Ausplünderung und staatliche Gewalt. Nicht selten werden bei Streiks die Arbeiter durch von den Kapitalisten angeheuerte Banden in bewaffnete Auseinandersetzungen hineingezwungen. Ein Vergleich der Kriminalstatistik der USA mit der BRD ergibt, daß Mord, Totschlag und gefährliche Körperverletzung etwa zwei- bis dreimal, Eigentumsdelikte etwa vier- bis sechsmal häufiger sind. Die Ursachen sind bei einer Gesellschaft mit großem Reichtum auf der einen Seite und über 10% unter der offiziellen Armutsgrenze lebenden Menschen nicht schwer zu finden. Auffällig ist die sehr hohe Zahl von Tötungen durch Schußwaffen. (2)

Die Unterschiede zwischen den USA und der BRD liegen nicht in den Ursachen, sondern in der *Form* der Auseinandersetzungen: der so viel häufigeren Anwendung von bewaffneter Gewalt. So hervorstechend ist diese Form der Auseinandersetzung, daß bei der Diskussion „Gewalt in den USA“ Gewalttätigkeit immer mit Waffengewalt gleichgesetzt wird, als ob Unterdrückung und Ausbeutung keine Gewalt seien.

Die Wurzeln für die Bevorzugung der Waffengewalt liegen in der Geschichte der USA. Die Siedler an der „frontier“, den neu zu besiedelnden Gebieten, mußten sich selbst verteidigen und selbst „für Recht und Ordnung sorgen“. Es entstanden sog. „vigilance committees“ (Wachkomitees), mit denen die Siedler die Verteidigung ihres Eigentums hauptsächlich gegen Pferde- und Rinderdiebe organisierten. Eine staatliche Ordnungsgewalt war erst im Entstehen. Aus diesen frühen Existenzbedingungen hat sich eine bis heute weit verbreitete Grundanschauung abgeleitet, der „vigilantism“, der vier Hauptelemente enthält (1):

- Selbstverteidigung als grundlegende Gesellschaftsstruktur. Gegen Verbrechen und Unordnung das Recht in die eigene Hand nehmen, sei ein Akt der Selbstverteidigung.
- das Recht auf Revolution, was der Akt des „das Recht in die eigene Hand nehmen“ gegen die staatliche Autorität in der Tat ist. Als Präzedenzfall wird auf die amerikanische Revolution von 1776 verwiesen.

- Volkssouveränität. Das beinhaltet, daß die Herrschaft des Volkes, organisiert in der Wachsamkeitsbewegung, über das reguläre Rechtssystem gesetzt wird, sollte sich jenes als unfähig erweisen, Leben und Eigentum zu schützen.

- die Doktrin der Wachsamkeit

Die Umsetzung dieser Vorstellungen ist ohne Bewaffnung des Volkes unmöglich. Wenn auch heute der „vigilantism“ im wesentlichen nur als Anschauung fortlebt, so ist einsichtig, weshalb in den USA das Recht, eine Waffe zu tragen, so weit verbreitet für ein Grundrecht eines freien Bürgers gehalten wird. Ganz anders in Europa, wo seit mehreren Jahrhunderten nach jedem Krieg und nach jeder bewaffneten Erhebung die siegreiche Macht bzw. die siegreiche Klasse alsbald die Volksmassen wieder entwaffnet hat. Der Monopolanspruch des Staates auf Waffengewalt ist ziemlich fest verankert. Nicht daß für die US-Bourgeoisie bewaffnete Volksmassen nicht potentiell gefährlich gewesen wären, nur ohne Gewehr hätten die Siedler den Westen nicht kolonisieren können.

Von Anfang an gab es als ebenfalls weit verbreitete Gegenposition den „anti-vigilantism“, der an die englische Rechtstradition anknüpft, auf die Einhaltung des geschriebenen Rechts pocht und die Ausübung der öffentlichen Gewalt durch den Staat allein verlangt. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Auffassungen findet sich als Klischee in vielen Western-Filmen. Die augenblickliche Diskussion über die Lizenzierung des Waffenbesitzes zeigt, daß der „vigilantism“ noch weit verbreitet ist.

(1) Assassination and Political Violence, Vol. 8, Washington, 1969. S.236

(2) Stern, Nr. 16, 9.4.81

Lohnhöhe und Ausbildung (II)

Nach den im Teil I dieser Serie benützten Daten schien sich der Arbeitsmarkt in der BRD und Westberlin hauptsächlich in zwei, voneinander deutlich abgegrenzte Sphären zerfallen zu lassen. Die eine, auf der Lohnskala höhergelegene, von Arbeitskräften behaut, die mit großem Beschulungsaufwand herangebildet werden, d.h. von Hoch- und Fachhochschulabsolventen. In der anderen Arbeitskräfte, bei deren Ausbildung der Beschulungsaufwand hinter der Ausbildung durch Arbeit für die Kapitalisten zurücktritt. Dies Untersuchungsergebnis ist soweit eine Platitude, als ohnehin jeder weiß, daß die Lohneinkommen von Akademikern höher stehen als die beispielsweise von Hilfsarbeitern. Jedoch zeigte diese Untersuchung bereits, daß derjenige ein Fehlurteil fällt, der aus dieser platten Tatsache auf einen allgemeinen Zusammenhang von Ausbildungsaufwand und Lohnhöhe rückschließt. Die Untersuchung von Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung gegenüber solchen mit abgebrochener, bzw. nicht abgeschlossener Berufsausbildung ergab nämlich, daß in den untersten Lohnzonen der Anteil von Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung stärker ausgeprägt ist, der Anteil von Arbeitskräften ohne abgeschlossene Berufsausbildung aber niedriger liegt, ein Verhältnis, das sich erst in den höheren Lohnzonen wieder umkehrt. Dieser Sachverhalt bestärkt unsere Vermutung, daß die Ausbildung jedenfalls nicht ausschließlich und wahrscheinlich nicht einmal hauptsächlich als Ursache der Lohndifferenzierung angesehen werden muß.

Um herauszufinden, inwieweit die Lohndifferenzierung, die zwischen Hoch- und Fachhochschulabsolventen und anderen Arbeitskräften besteht, durch die verschiedenartige Ausbildung verursacht ist, müssen die Daten der Volkszählung von 1970 herangezogen werden. In dieser Volkszählung sind für sog. „Berufsgruppen“ differenzierte Nettoeinkommen erfaßt, aus denen Verteilungen errechnet werden können. Bei der Beurteilung dieser Daten muß aber bedacht werden, daß die Einteilung nach „Berufsgruppen“ gewisse Tücken hat. Sie stammt aus dem Zunftwesen, in dem die „Berufsgruppen“ noch mit den Produktionsstätten zusammenfallen. Daß die „Berufsgruppen“ die Beschäftigten eines Gewerbes umfassen, ist heute bei gewissen Berufsgruppen noch gegeben, bei den meisten aber nicht, die Industrie faßt Angehörige sehr verschiedener „Berufsgruppen“ in einer Produktion zusammen.

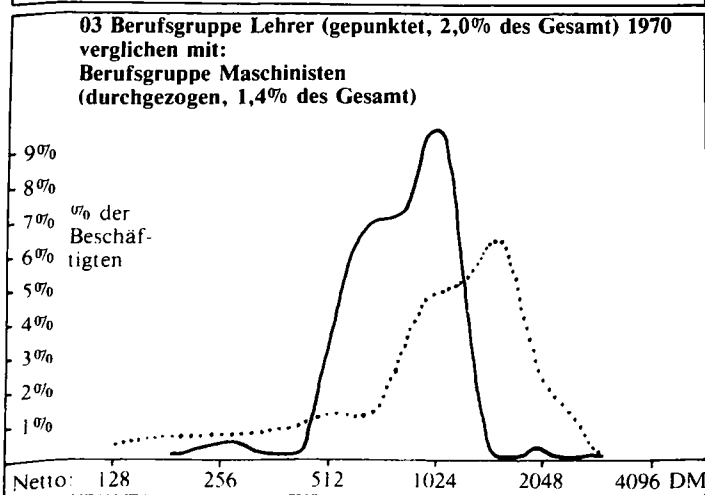
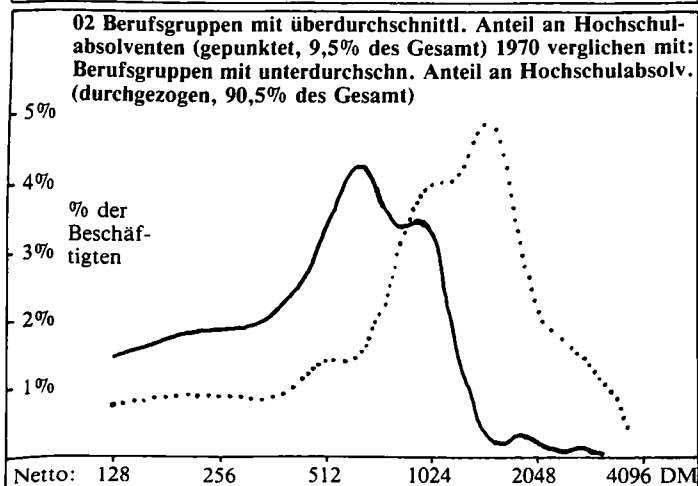
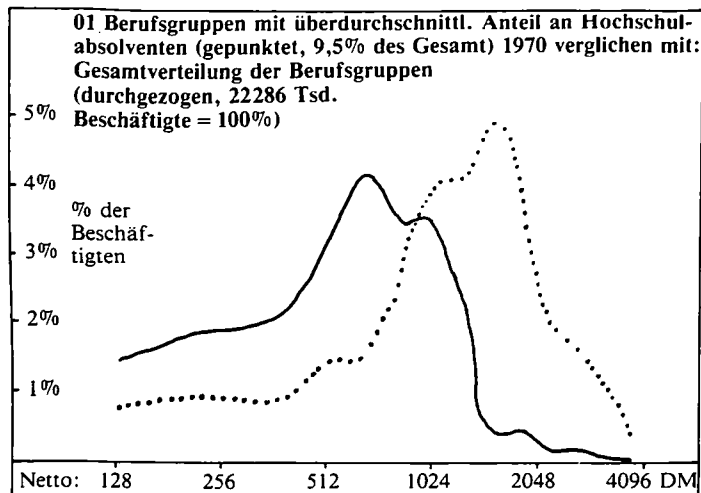
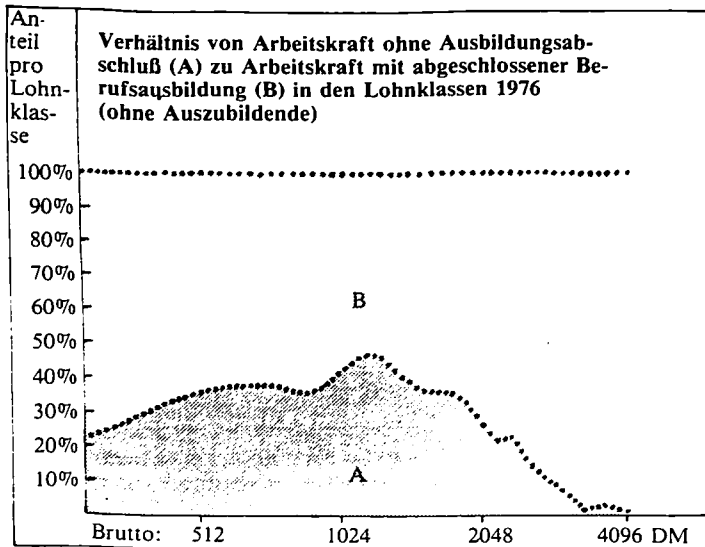
Obgleich die Benützung dieser Statistik also nicht einfach ist, konnte sie für unsere Zwecke doch verwendet werden, da in etlichen Fällen eine Zuordnung der Berufsgruppen zu Ausbildungsgängen ganz gut möglich ist. Zur Veranschaulichung unseres Problems haben wir die Methode der Gegenüberstellung verschiedenartiger Einkommensverteilungen gewählt. Zu beachten ist stets, daß die absolute Zahl der gegenübergestellten Berufsgruppen und ihre Belegung erheblich unterschiedlich ist, in der Abbildung aber auf gleiche Größe verrechnet ist.

1.) Im Schaubild 01 ist die Verteilung derjenigen Berufsgruppen, in denen ein überdurchschnittlicher Anteil von Hochschulabsolventen festzustellen ist, der Gesamtverteilung gegenübergestellt.

Die Gegenüberstellung ergibt, daß der Anteil der höheren und höchsten Nettoeinkommen im Gesamten betrachtet niedrig, bei den Berufsgruppen mit überdurchschnittlichem Anteil an Hochschulbildung aber hoch ist. Auffällig sticht bei diesen Berufsgruppen der Anteil an höchsten Einkommen hervor, der in der Gesamtverteilung verschwindend gering erscheint.

2.) Im Schaubild 02 ist die Verteilung der Berufsgruppen, in denen ein überdurchschnittlicher Anteil an Hochschulabsolventen gefunden wird, jener gegenübergestellt, in der ein unterdurchschnittlicher Anteil gefunden wird.

Die Gegenüberstellung bestätigt, daß ein Zugang zu den höheren und höchsten Einkommensklassen bloß über die Berufsgrup-



pen mit hohem Hochschulabsolventenanteil stattfindet, zeigt aber auch eine Überlappung in der Zone mittlerer Einkommen. Zu prüfen ist, ob diese Überlappung lediglich durch statistische Ungenauigkeiten der Erfassung, d.h. durch Erfassung von Nicht-Hochschulabsolventen in Berufsgruppen mit hohem Akademikeranteil und umgekehrt zustandekommt.

3.) Im Schaubild 03 ist zu diesem Zweck die Verteilung von Lehrern, die einen sehr hohen Hochschulabsolventenanteil aufweisen, der Verteilung der Maschinisten, die einen derartigen Anteil statistisch nicht ausweisen, gegenübergestellt.

Die Gegenüberstellung ergibt mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß die Überlappung „echt“ ist, d.h. daß Ausbildungen, die wesentlich in der Produktion stattfinden, bis in die Lohnsphäre von Ausbildungen, die rein durch Beschulung verrichtet werden, hineinreichen.

4.) Im Schaubild 04 ist die Verteilung der Berufsgruppe, die in dieser Statistik unter der Bezeichnung „Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer“ gefaßt ist, der Verteilung aller Berufsgruppen mit überdurchschnittlichen Hochschulabsolventenanteil gegenübergestellt.

Die Gegenüberstellung legt die Vermutung nahe, daß der Zugang zu den höchsten Einkommensklassen zwar durch die Ausbildung erwirkt scheint, die tatsächliche Höhe aber durch die Stellung der entsprechenden Arbeitskräfte zum Eigentum an den Produktionsmitteln erreicht wird.

5.) Im Schaubild 05 ist die Verteilung der Berufsgruppe „Physiker, Mathematiker, Chemiker“ der Verteilung der Berufsgruppe der „Ärzte“ gegenübergestellt.

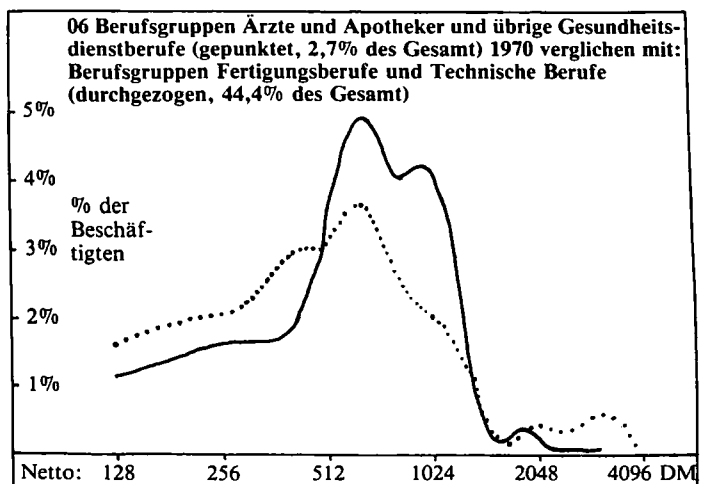
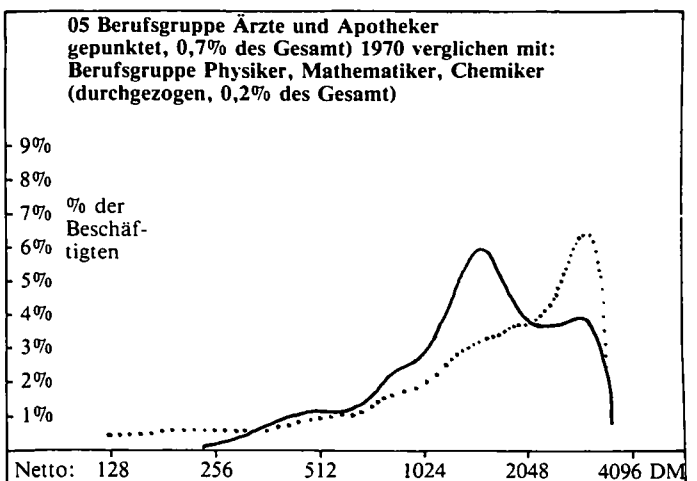
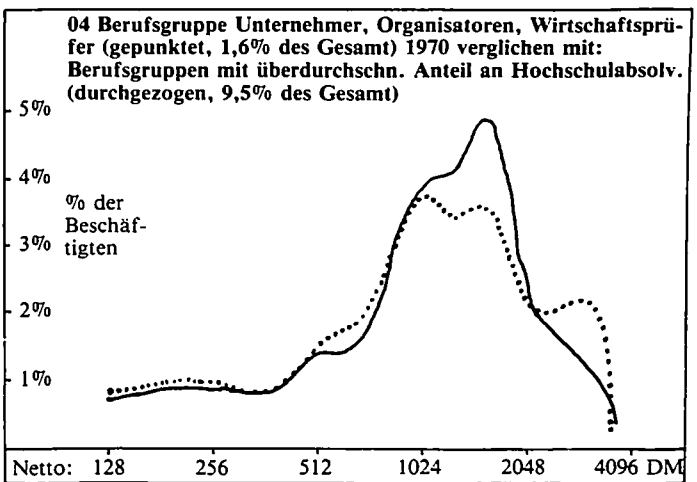
Die Annahme, daß jedenfalls erheblich mehr zu Ärzten ausgebildete Arbeitskräfte im Besitz der für ihre Arbeit erforderlichen Produktionsmittel befindlich sind, als dies bei Physikern, Mathematikern und Chemikern der Fall sein mag, ist realistisch. Dem entsprechend ist eine Verlagerung von höheren zu höchsten Einkommen bei den Ärzten festzustellen.

6.) Im Schaubild 06 ist die Verteilung aller im Gesundheitsdienst Beschäftigten der Verteilung aller in „Fertigungsberufen“, zusammengefaßt mit den „technischen Berufen“, gegenübergestellt.

Die Gegenüberstellung zeigt, wie die weithin zünftige Organisation des Gesundheitswesens die Möglichkeit zur äußerst dürftigen Zahlung aller Hilfskräfte eröffnet, die sich nur schlecht wehren können. Ein nicht unerheblicher Teil des Ärzte-Einkommens erscheint hier als direktes Ergebnis der Unterbezahlung seiner Hilfskräfte. Der seltene Fall tritt ein, daß das Ausbeutungsverhältnis – obzwar in der Arztpraxis durchaus nicht sonderlich entwickelt – sich in der Verteilung der Einkommen wiederfinden läßt; die Philosophie heißt hier eben nicht Akkumulation, sondern Entnahme, der entnommene Profit erscheint als Vergütung einer qualifizierten Arbeitsleistung.

Die Reihe dieser Gegenüberstellungen wäre noch weithin zu verlängern, jedoch reichen die vorgestellten Daten aus zu folgendem Schluß: Die Lohn- und Gehaltsdifferenzierung zwischen den verschiedenen gebildeten Arbeitskräften wird nicht automatisch und nicht streng durch die an diesen Arbeitskräften vollzogene Ausbildung erzeugt. Im Rahmen der Lohndifferenzierung treten Gegensätze erst dann zutage, wenn sich die Stellung der Arbeitskräfte zum Eigentum ändert. Ein Gegensatz besteht nicht zwischen „Akademikern“ und solchen etwa, die keine sind, sondern zwischen solchen, die keine, und solchen, die Eigner oder Teilhaber an den Produktionsmitteln sind und auf dem Wege eines Rechtstitels höchste Einkommen beziehen. Daß sich diese Leute gleichzeitig beste Ausbildungen angeeignet haben, ist eine andere Sache, weniger die Ursache nämlich als die Folge ihres Einkommens bzw. des Einkommens ihrer Erblasser.

Zu prüfen bleibt, ob – dies Phänomen einmal abgerechnet – die Differenzierung der Lohn- und Gehaltseinkommen den tatsächlichen Reproduktionskosten entspricht und wieweit die Beschulungskosten in diese Reproduktionskosten eingehen.



Die Daten sind der Fachserie A des Statistischen Bundesamtes „Bevölkerung und Kultur, Volkszählung vom 27.5.1970“ entnommen. Verarbeitet wurden die Ergebnisse der Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung von 10%. Als Nettoeinkommen wurde das monatliche Bruttoeinkommen, abzüglich Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Beiträgen für private, kommunale oder staatliche Zusatzversorgungskassen, erfragt. Bei unregelmäßigen Einkommen war der Nettodurchschnitt des Jahres anzugeben. Für die Berechnung der Verteilung wurde als obere Begrenzung ein Nettoeinkommen von 3500 DM angenommen. Der Bruttodurchschnittsverdienst der Rentenversicherung betrug 1970 1112 DM, ein Nettoverdienst von ca. 840 DM in Steuerklasse 3 und ca. 800 DM in Steuerklasse 4. Die Bemessungsgrenze der Krankenversicherung betrug 1200 DM, netto ca. 950 DM in Steuerklasse 3 und 900 DM in Steuerklasse 4; der Rentenversicherung 1800 DM, netto in Steuerklasse 3 ca. 1360 DM, in Steuerklasse 4 ca. 1290 DM.

US-Wirtschaft und -Konkurrenzlage „Ich bin wieder fit, aber die Wirtschaft nicht“

So Reagan bei seinem ersten Auftritt vor dem US-Kongreß, nachdem er sich eine Kugel eingefangen hatte. Sein Haushaltsprogramm, das Sozialleistungen streicht und Kapitalbildung fördert, steht vor der Verabschiedung. Die Geschäftstätigkeit belebt sich. Kommen die US-Imperialisten, mit modernisierten Produktionsanlagen und weit gedrückten Löhnen, als erste aus der Krise heraus? Machen sie Punkte in der Räuberkonkurrenz mit der EG und Japan?



Tarifabschlüsse

Kann die Lohnbewegung 1982 die Lohnsenkungstaktik der Kapitalisten brechen?

Die Laufzeit des neuen Metalltarifs wird von jetzt an gerechnet weniger als 9 Monate betragen. In diesen 9 Monaten werden die Kapitalisten versuchen, die Differenz von Effektivlohnentwicklung und Inflationsrate noch weiter aufzureißen, als sie zwischen Tariflohn und Inflation bereits besteht. Der IG Metall blüht, denselben Kampf, dem sie jetzt aus-

gewichen ist, in relativ kurzer Zeit unter eher schlechteren Bedingungen doch führen zu müssen. Weil vielen klar ist, daß ohne langwierige Vorbereitungen keine Erfolgsaussichten da sind, hat bereits vor dem Abschluß die Diskussion über die Lohnbewegung 82 eingesetzt. Welche Ziele kann und muß sich die Gewerkschaftsbewegung stecken?



Sinti und Roma

Unterdrückte nationale Minderheiten



Etwa 50000 Sinti leben heute in der BRD, außerdem einige zehntausend jugoslawische Roma, die als ausländische Arbeiter hier sind. Seit Jahrhunderten werden die Sinti und Roma in Deutschland verfolgt. Die Faschisten haben Hunderttausende ermordet, viele andere sterilisiert. Nach 1945 wurden sie weiter unterdrückt mit Hilfe von Wiedergut-

machungsgesetz, Landfahrordnung, Gewerbeordnung, Schulgesetz und Polizeischikane. – Sinti und Roma in Westdeutschland haben angefangen, eigene Organisationen für den Kampf gegen ihre Unterdrückung aufzubauen. Vom 16. Mai bis 20. Mai organisiert der Verband Deutscher Sinti den Roma-Weltkongreß in Göttingen.

El Salvador

Entwicklung der revolutionären Einheitsfront

Obwohl die revolutionäre Großoffensive Anfang dieses Jahres nicht zum Sieg führte, ist die Volksbewegung El Salvadors nicht geschlagen.

Die US-Regierung hat in der Zwischenzeit Maßnahmen der Mobilisierung für eine direkte militärische Intervention getroffen. Welche Ergebnisse hatten die Bemühungen der revolutionären Kräfte um die Festigung der Einheit der Guerillabewegung und der Einheitsfront?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457

Bezugsbedingungen

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457